



Telephon Nr. 2325.

Der

Scheckkonto 38.415.

Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Zentagasse Nr. 5.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

Sprechstunden

sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

Insertionspreis:

Die zweimal gespaltene Monoparallelsäule oder deren Raum 40 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

Abonnements-Bedingungen:

Halbjährlich Kr. 2.88
Ganzjährlich 5.76
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.

Nr. 7.

Wien, den 1. März 1911.

19. Jahrg.

Rein Geld für die Eisenbahner, eine halbe Milliarde für Militärerfordernisse.

Restlos haben vor ein paar Tagen die Stiefelpatrioten in den Delegationen die wahnwitzigen Forderungen der österreicherischen Seeresverwaltung bewilligt. Nicht weniger als eine halbe Milliarde Kronen beträgt die Summe, die dabei als „ordentliches Militärerfordernis“ in Betracht kommt, und zu dieser für den armen, ausgeplünderten und in allen seinen wirtschaftlichen Beziehungen hart am Rande stehenden Staat riesigen Summe kommen noch 312 Millionen als Erfordernis für die „Ausrüstung“ der Marine mit Dreadnoughts, Kreuzern, Torpedos, Unterseebooten und was die modernen Werkzeuge zur See eben sind. Aber das ist noch lange nicht alles. Vorläufig sollen vier Dreadnoughts gebaut werden (zwei davon sind vorläufig auf Rump vom Hause Rothschilde, aber ohne verfassungsmäßige Bewilligung, schon in Bau), aber man hat sich vorgesezt, alle bisherigen Schlachtschiffe der sogenannten Radetzky-Klasse auf das Niveau der Dreadnoughts zu bringen, womit man in zehn Jahren fertig zu werden hofft, und wobei man sich durch die Erwägung nicht beirren läßt, daß die österreicherischen Dreadnoughts, wenn die herrliche Schlachtschiffe vollendet sein wird, glücklich alle überholt und wertlos geworden sein werden. Die 312 Millionen Marinekredit sind also ein bindendes Präjudiz für einen weiteren Extrakredit in dieser Höhe; trotz der lächerlichen Armseligkeit seiner Kasse und des Mangels aller ernstesten Seeinteressen will Oesterreich-Ungarn, durch das Beispiel Deutschlands verführt, neben seinen Landrüstungen auch zu Wasser rüsten. Und eine sicherlich nicht geringe Summe wird die während der Annexion begonnene „Ausgestaltung“ des Landheeres verschlingen — immer nur von den „besonderen“ Erfordernissen gesprochen, die allerdings im Militarismus überall das allgewöhnlichste werden — zumal, wenn die Einführung der zweijährigen Dienstzeit selbst in der abgeschwächten Form geschehen wird. Nimmt man dazu die Erfordernisse für die beiden Landwehren (diese sind keine gemeinsame Angelegenheit und die Kredite für sie werden nicht in den Delegationen, sondern in den Parlamenten bewilligt), so sieht man, daß die Oesterreich-Ungarn rapid dem Zeitpunkt nähert, wo es für den Militarismus mit einem jährlichen Aufwand von bald einer ganzen Milliarde rechnen muß. Daß ein so armer Staat, in dem die gesamte Volkswirtschaft noch auf einer so niedrigen Stufe steht, dessen Gebiet zur Hälfte — man denke nur an Galizien, an die Karpatenländer, an die Teile Ungarns, wo die Auswanderung die Geburtenziffer übersteigt — dem Pauperismus verfallen ist, daß das verschuldete Oesterreich-Ungarn diese Last ohne die stärkste Gefährdung seiner wirtschaftlichen Entwicklung nicht tragen kann, ist selbstverständlich. Der Zusammenbruch muß kommen.

Die Wahrheit dieser Behauptung wird recht deutlich und klar, wenn man sich einige Ziffern vor Augen hält, die der Referent im Budgetausschuß, Dr. Steiner, in einem vor einigen Tagen in der Wiener „Urania“ gehaltenen Vortrag anführte. Dr. Steiner wendete folgende Zahlen an:

„Unser Schuldenstand betrug Ende Juni 1910 insgesamt 11.600 Millionen, das Erfordernis für Verzinsung und Amortisation 528.2 Millionen Kronen. Die Klassenbestände beliefen sich Ende 1909 auf 620 Millionen. Der gegenwärtige Zustand der Klassen ist keineswegs ausreichend, um daraus für die laufenden Ausgaben irgend etwas zuzuschicken. Wir haben schon jetzt ein Defizit von 145 Millionen. Jetzt kommen noch dauernde militärische Mehrbelastungen und die

Aufwendungen für die Verzinsung und die Tilgung der Rüstungsanleihe mit einem bis auf dreißig Millionen steigenden Betrag. Wenn die wertvermehrenden Eisenbahninvestitionen und die eigentlichen Rüstungsauslagen durchwegs im Kreditweg gedeckt würden, so würden in der laufenden Gebarung die Abgänge sukzessive 166 Millionen Kronen erreichen. Wir müßten also jährlich 150 Millionen Schulden machen, in sechs Jahren nahezu eine Milliarde, für die anderen 166 Millionen müßten wir aber erst noch aus den Staatseinnahmen aufkommen. Decken wir den Bedarf der laufenden Gebarung nicht aus den laufenden Einnahmen, so schreiben wir eine Katastrophe zu. Schon jetzt ist gegenüber dem Jahre 1907 bei den Staatspapieren und Hypothekarpfandbriefen eine Entwertung um eine Milliarde eingetreten. So können wir unmöglich weiter wirtschaften, daß die Kurse sinken und der Zinsfuß steigt.“

Und dabei fehlt dem Wahnwitz dieser Rüstungen sogar die Rechtfertigung, auf die sich andere gelegene und anders gelagerte Staaten, wenngleich natürlich auch zu Unrecht, berufen können. Oesterreich-Ungarn machte die Mode der Dreadnoughts, wohl die kostspieligste Mode, die sich die Staaten zulegen können, tatsächlich nur im Gefolge Deutschlands mit: die eigenen militärischen Interessen gebieten sie ihm nicht, sie verbieten sie ihm sogar. Denn in einen Krieg, bei dem die militärischen Kräfte auf dem Meere überhaupt in Betracht kommen, kann Oesterreich-Ungarn nur mit Italien geraten. Aber dieser Krieg wird nur auf dem Lande, in den austro-italienischen Grenzbezirken entschieden werden, und der Flotte wird dabei eine über Scheinoperationen und Scheinerfolge hinausgehende Rolle in keiner Hinsicht beschieden sein. Oesterreich braucht also auch vom rein militärischen Standpunkte aus nur auf eine Küstenverteidigung bedacht zu sein, die der feindlichen Flotte den Zutritt zu der österreicherischen Küste sperrt; aber dazu reichen bei dem Inselgewirr der dalmatinischen Küste Torpedos und Unterseeboote, wie ja auch von unbefangenen Militärs zugegeben wird, vollständig aus. Die Wahrheit ist, daß Oesterreich Großmacht spielen will, daß es, da ihm die Gründung einer wirklichen Größe und Macht versagt ist, um so begieriger den Schein sucht, wozu heute in erster Linie die Dreadnoughts gezählt werden.

Jede lumpige Million, die seit dem Jahre 1907 von den sozialdemokratischen Abgeordneten zur Verbesserung der Lage der Eisenbahner begehrt wurde, scheiterte bekanntlich an dem Widerstande der Regierung, die unter Hinweis auf die Leeren Staatskassen regelmäßig den Bankrott des Staatswesens in Aussicht stellte. Und die Christlichsozialen sowohl wie die Deutschnationalen lehnten bekanntlich die Anträge Ellenbogen und Tomschik auf diesen Wink der Regierung getreulich ab. Um so schwerer fällt daher die Bereitwilligkeit gerade dieser Parteien in Betracht, mit der sie den Wünschen der Seeresverwaltung diesmal entgegenkamen und sich so an den Bankrott unserer gesamten Volkswirtschaft mitschuldig machten. Wie warm gerade von den Deutschnationalen, die sich sonst so sehr um die Eisenbahner zu schaffen machen, die wahnwitzigen Forderungen unterstützt wurden, kann man aus einem Artikel eines extrem national-radikalen Blattes, des „Karlsbader Wadewelt“, entnehmen, das am 15. v. M., also ein paar Tage vor der Abstimmung in den Delegationen, schrieb:

„Die deutschen Parteien im österreicherischen Abgeordnetenhause haben übereinstimmend Beschlüsse gefaßt, aus denen hervorgeht, daß sie nach genauer Prüfung geneigt sind, die Mehrforderungen für Armee und Marine zu bewilligen, insofern die Regierung die Bedeckung in einer Form vor-

schlägt, die für eine gerechte Verteilung der Mehrbelastung bürgt. Vom deutschnationalen Standpunkte aus beurteilt, sind diese Beschlüsse durchaus gerechtfertigt...“

Begeistert stimmten also die Herren Geymann, Stölzel und Dobernigg für die kolossale Mehrbelastung, die dem unter dem Druck der furchtbaren Teuerung seufzenden Volke aus den grenzenlosen Militärerfordernissen erwächst. Und die nationale und christlichsoziale Presse singt mit zynischer Offenheit noch ein Loblied auf diese volksverräterische Haltung, die die gesamte Volkswirtschaft des Staates an den Rand des Abgrundes drängt! Das Volk Oesterreichs, und die Eisenbahner ganz besonders, werden sich die Parteien gut merken müssen, die zu einer solchen furchtbaren Mehrbelastung ihre Zustimmung gaben. Die Erinnerung an die Ablehnung des Zwanzig-Millionen-Antrages des Abgeordneten Dr. Ellenbogen, wie an die Ablehnung des Acht-Millionen-Antrages des Abgeordneten Tomschik wird im Gedächtnis der Eisenbahner neu aufgefrischt werden müssen, damit die ganze Verräterrolle der christlichen und deutschnationalen Demagogen in plastischer Deutlichkeit hervortritt. Die Eisenbahner Oesterreichs sollen wissen, wem sie es danken, daß heute ihre dringendsten Wünsche nicht nur auf granitenen Widerstand stoßen, sondern daß ihnen auch noch durch die steigenden Ansprüche des Staates geschmälert werden soll!

Zur Frage der Einfamilienhäuser.

Vom Abgeordneten Rudolf Müller.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Sozialdemokratie die Lehrmeisterin nicht nur ihrer eigenen, sondern aller bürgerlichen Organisationen ist. Mit fast affenartiger Behendigkeit wenden die letzteren unsere Taktik an und gründen nach unserem Muster politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Vereine. Sobald irgendwo ein solches Gebilde entstanden ist, wird in den bürgerlichen Zeitungen Tamtam geschlagen, als wenn eine Wunderherne das Ei eines zweiten Kolumbus gelegt hätte. Zumeist nennen sie sich im Anfang farb- oder parteilose Organisationen und hängen sich unmittelbar an die Reichshöhe aller Parteien, um deren Hilfe und Günst sie bühnen. Haben sich in dieses flaggenlose Schiff eine Anzahl von Passagieren verirrt, dann wird allmählich die Fahne des Kriegsgottes Mars gehißt und gegen die Sozialdemokratie ins Feld gezogen. Soweit wir das Gebiet aller politischen und wirtschaftlichen bürgerlichen Organisationen überblicken, sehen wir überall die gleiche Entwicklung vor sich gehen, die dann später ihre Waffen aus der Rüstkammer des „Hammer“-Bereines zur Bekämpfung der Sozialdemokratie beziehen. Ihre Verblindeten werden die Scharfmacher, die größten, voll Haß erfüllten Arbeiterfeinde. Von dort werden die giftigen Pfeile, die von Unternehmern geladen angefertigt werden, bezogen. Unter der Flagge der Neutralität ziehen die Freischärler oft bewusst und unbewußt gegen ihre Brüder, ihre eigenen Arbeitskollegen ins Feld. Wir erinnern hier nur an die Umbildung des Oesterreicherischen Eisenbahnbeamtenvereines, die sich unter den Lockrufen „deutsch-wirtschaftlich“ ohne jeden politischen Anschlag vollzog. Raum war der Art gegeben, die wankenden Mitglieder beruhigt, wurde mit Bolldampf unter den Klängen der „Wacht am Rhein“ ins deutschnationale Lager geleget. Wir haben uns gewiß noch niemals eingebildet, daß nur die Sozialdemokraten ein Recht auf Organisation haben. Im Gegenteil, wir wünschen es sogar, daß sich die verschiedenen Bevölkerungsklassen organisieren. Es ist uns lieber den Kampf mit Organisationen, die ein Programm, ein Lebensziel verfolgen, zu führen, als mit Freischärlern und Indifferenten, und vor allem, weil alle bürgerlichen Organisationen, insofern sie Lohnarbeiter im weitesten Sinne in ihren Kreis einbeziehen, in letzter Konsequenz

doch den Sozialdemokraten in die Hände arbeiten. Ich für meinen Teil begrüße daher jede neuerlandene Organisation, gleichviel zu welcher Farbe sie sich bekennet, wenn sie sich ein soziales Ziel gesteckt hat. Es gibt der Wege gar viele, sich nützlich für die Menschheit oder auch nur eines Bruchteils derselben zu erweisen, wenn dieses Ziel nur mit offenen und ehrlichen Mitteln angestrebt und verfolgt wird. Leider aber ist es eine Erfahrung, die wir immer wieder machen können, daß gerade in dieser Beziehung Konsequenz und Aufrichtigkeit mangelt, und daß Irrtum und Demagogie bunt durcheinanderlaufen.

Ich verweise nur auf ein Kapitel aus der jüngsten Zeit, auf das Wohnungsfürsorgegesetz, dem eigentlich diese Zeilen gewidmet sind. Außer der Arbeiterchaft, der Sozialdemokratischen Fraktion, hat dieses Gesetz keinen Anwalt im Parlament gehabt, den Vertreter der Hausbesitzer, der Grundbesitzer, der Bauwucherer, der Banken, der Baumeister war dieses Gesetz Hofuba. Sie fürchteten für ihren Geldbeutel Schaden. Sie überließen den Kampf mit der Regierung den Sozialdemokraten allein und legten Schlingen. Als das Gesetz fertig und sanktioniert worden war, da kamen die bürgerlichen Abgeordneten allerdings und suchten für ihre Partei Nutzen zu schöpfen. Das Gesetz zur Schaffung eines Wohnungsfürsorgefonds war im Parlament so gedacht, die Wohnungsteuerung der breiten Schichten der Bevölkerung zu lindern. Das Gesetz war noch nicht fertiggestellt und die Vaugenossenschaften schossen wie die Pilze nach einem Regen aus dem Boden heraus. Nimmt man das Genossenschaftsregister aus der letzten Zeit zur Hand, so sind, um nach ihrem Statuten oder Proponenten zu schließen, zwei Drittel Neutrale und ein Drittel Genossenschaften. Die auf nationaler Grundlage gegründet wurden. Also jene Leute, die an dem Zustandekommen dieses Gesetzes auch nicht einen Finger rührten, deren politische Vertreter im Parlament die Verhinderer waren.

Auch in den Reihen der Eisenbahner ist auf Grund dieses Gesetzes das Gründungsfieber eingezogen und aus fast allen Ländern sind Statuten beim Handelsgericht überreicht worden. Die bereits bestandenen Vaugenossenschaften haben in aller Eile ihre Statuten geändert und die Realisierung ihrer Pläne auf den Wohnungsfürsorgefonds gesetzt.

Einen dieser Vereine, der sich offiziell „Einfamilienhäuser-Vaugenossenschaft für Eisenbahner (E. V. G.)“ nennt, will ich heute zu meiner Besprechung wählen, und glaube ich dabei vor allem eine Pflicht zu erfüllen, weil, wie mir bekannt ist, eine größere Anzahl meiner Parteigenossen und Mitglieder unserer Organisation als Genossenschaftsteilhaber beigetreten sind und weil sich die Genossenschaft, ohne Befragen der Zentraleitung, unausgesetzt an unsere Ortsgruppen mit Einladungen wendet. Bevor ich mich zur Unterjuchung über den Allgemeinwert, über den Nutzen und die Durchführbarkeit des von der E. V. G. gesteckten Zieles einlasse, nehme ich keinen Anstand, zu erklären, daß ich die vorausgeschickte Kritik über die Neutralität nur inso weit auf die E. V. G. gemünzt wissen will, als im Statut und in den Erläuterungen auf Seiten 4 und 5 Anlaß gegeben ist. Dort heißt es: „Jeder Eisenbahner kann Mitglied der E. V. G. werden. Nicht-Eisenbahner sind ausgeschlossen, weil wir unsere Genossenschaft vor der Einwirkung von Personen sicherstellen wollen, welche persönliche Zwecke verfolgen.“ Ich glaube mich mit allen Eisenbahnern, welchen politischen Parteien sie auch angehören mögen, in voller Uebereinstimmung zu befinden, wenn ich diesen Nachsatz kurz als eine Lächerlichkeit und als ein kleines Gemeinheitswerk bezeichne. Ein solcher Satz ist eine grobe Beleidigung, weil mit aller Klarheit ausgesprochen wird, daß Männer, die politischen

Ideen dienen, persönliche Zwecke verfolgen. Diese Erklärung ist lächerlich, weil es mit Ausnahme der paar Kaffeehausbrüder fast keinen Eisenbahner gibt, der sich nicht politisch betätigen würde. Ich kenne die Repräsentanten der E. V. G. nicht und will ihnen deshalb nicht Motive unterstellen, die ich nicht beweisen kann. Wenn aber jemand, ohne einen Schatten des Beweises zu haben, sich dazu versteigt, anderen persönliche Zwecke vorzuwerfen und öffentlich warnt, der muß es als billig hinnehmen, wenn ich sage: Neutralität schützt vor solchen persönlichen Aspirationen nicht, sondern fördert sie erst recht. Ich verweise hier nur auf einige Funktionäre des Oesterreichischen Eisenbahnbeamtenvereines seligen Andenkens. Und nun zur Sache! Vor einiger Zeit brachte mir der Zufall ein Heftchen in grünem Umschlag auf meinen Schreibtisch. Dasselbe war mit einer Kolonie Kottagehäuser geziert und trug die Aufschrift: „Die Wohnungsnot und ihre Abhilfe für die Eisenbahner!“ Da ich mich seit längerer Zeit ein wenig in der schwierigen Materie umsehe und ein lebhaftes Interesse an der Abhilfe der Wohnungsnot habe, so machte ich mich sofort daran zu erfahren, auf welche Art und mit welchen Mitteln die Herausgeber dieses schwere Problem zu lösen beabsichtigen. Ich las es also und bereute es nicht. Ich wurde in ein Traumland geführt. Ein Haus schöner als das andere, mit angrenzenden schönen Gärten, die mit mächtigen Obstbäumen und Nutzpflanzen überschüttet sind. Der Text unterstützt die Bilder trefflich. So heißt es dort: „Jedes unserer Mitglieder soll ein solches Haus sein Eigen nennen. Ein Haus, das ihm eine helle, gesunde Wohnung in freier Natur bietet, einen Garten in schöner Lage, in dem er nicht nur vor und nach des Tages Mühen seine Lunge ausweint, sondern wo er die außerordentlich gesunde Gartenarbeit leisten kann; Pflanzen, Gemüse und Bäume ziehen, Geflügel, Hasen und sonstige Kleintiere züchten kann.“ Genaus in die freien Gefilde, meidet die Stadt!“ Ich muß sagen, daß mir durch den Genuß dieser Schilderung förmlich das Wasser im Mund zusammenlief und in mir der Wunsch rege wurde: könnten doch alle Eisenbahner ein solches Heim ihr Eigen nennen! Da ich aber zu den nichteren Menschen gehöre und weiß, daß man durch bloßes Wünschen niemals in den Besitz eines Hauses samt Anlage kommt, ließ ich mir zu dem Prospekt noch ein Statut und die „Mitteilungen“ Nr. 1 der E. V. G. kommen, um zu erfahren, auf welche Art dieser Traum verwirklicht werden soll. Schon nach einer oberflächlichen Durchsicht kam ich zu der Ansicht, daß die Proponenten und der jetzige Vorstand ganz gute Leute, aber schlechte Musikanten sind.

Auf Grund meiner Studien kam ich zu der Ansicht, daß die E. V. G. die Wohnungsnot und die Wohnungssteuerung für die Eisenbahner auf dem eingeschlagenen Wege weder mildern noch beseitigen kann. Die hübschen Haustypen als auch die Berechnungen sind aus deutlichen Gewerkschaftswerken entnommen und passen durch ihren Stil vielfach nicht in unser Landschaftsbild, auch sind die Berechnungen nicht kurzweg auf die österreichischen Verhältnisse anzuwenden.

Die E. V. G. kann im Glücksfall höchstens für gut situierte Beamte ein paar Villen bauen, das Groß der Genossenschaftler, das zu den finanziell Schwächeren gehört, wird seine Sehnsucht nicht erfüllt sehen, sondern erleben müssen, daß mit Hilfe seiner Einlagen denjenigen, die die meisten Genossenschaftsanteile erlegten, rechtzeitig zu eigenen Willen — Wohnhäusern im gewöhnlichen Sinne kann man die Abbildungen nicht nennen — verholfen wurde.

Bevor ich mich mit den statutarischen Bestimmungen befasse, muß ich vorher die Frage aufwerfen, ob die so schwer fühlbare Wohnungsnot und die drückende Wohnungssteuerung bei den Eisenbahnern durch Erbauung

von Einfamilienhäusern gelöst werden kann. Abgesehen davon, daß die unteren Kategorien von Bediensteten sowie die kinderreichen Unterbeamten, die verschiedenen Schicksalschlägen ausgesetzt sind, schon wegen der ungünstigen finanziellen Lage, ganz außerstande sind, die Genossenschaftsanteile bezahlen zu können, kommt doch hauptsächlich der Umstand in Betracht, daß jeder Eisenbahner von vornherein damit rechnen muß, daß er über kurz oder lang veretzt werden kann. Auf das Recht, ihr Personal dorthin zu veretzen, wo sie es für gut hält, wird die Staatseisenbahn niemals verzichten können. Nehmen wir aber an, es werden bei all jenen, die ein Haus ihr Eigen nennen, Ausnahmen bei Veretzungen zugelassen, so folgt daraus, daß künftighin nur immer jene dem beständigen Wechsel und dessen nachteiligen Folgen ausgesetzt sein werden, die wirtschaftlich in ungünstigeren Verhältnissen stehen, wie die glücklicheren Kollegen. Welche Folgen solche Ausnahmen zeitigen können, will ich an nur einem Beispiel aus der Wirklichkeit zeigen: In einer Landeshauptstadt oder größeren Provinzstadt ist ein Pumpenwärter mit sechs Kindern domiziliert. Zwei Söhne besuchen ein Gymnasium, eine Tochter fand als Comptoiristin Stellung. Sein nächster Kollege verzieht in einer kleinen Station den Dienst. Derselbe ist kinderlos, besitzt jedoch ein Häuschen und ein Kuh zc. Nun soll von den beiden einer in eine kleine Transitstation einer neueröffneten Bahn veretzt werden. Laut Zirkular des Eisenbahnministeriums ist der mit einem eigenen Heim bei Veretzungen der Berücksichtigung der vorgelegten Direktion anzuempfehlen. Es kommt die Reihe der Veretzung an den kinderreichen Bediensteten. Nachdem er über keine Mittel verfügt, seine Söhne allein wohnen und verpflegen zu lassen, so ist es mit der Ausbildung derselben zu Ende und alle Zukunftspläne sind für Vater und Söhne zerstört. Da jedoch auch der Gehalt der Tochter, die als Praktikantin in einem Bureau untergebracht ist, so klein ist, daß sie selbständig nicht erhalten kann, so ist über den Bediensteten eine wahre Katastrophe hereingebrochen, die seine ganzen Zukunftspläne zunichte machte. Das Haus und die Biene wurden bei weitem höher gewertet als zukünftige Existenzen.

Würde es möglich sein, daß der Großteil des Personals eigene Häuser besitzt, so müßte das Dispositivrecht der Direktoren von selbst aufhören. Wird jedoch bei solchen Anlässen auf den Besitz keine Rücksicht genommen, so werden bei den Bediensteten, die einem solchen Eigenhause zustreben, Eigenschaften erwachsen und großgezogen werden, die für die Gesamtheit der Bediensteten eine Gefahr bilden.

Wer im Besitze eines eigenen Hauses ist, der wird naturgemäß in seiner Selbständigkeit eingeengt, er wird an einer weiteren Steigerung seiner sozialen Lage nicht mehr teilnehmen. Alle Demütigungen und selbst Zurücksetzungen und Schädigungen wird er mit Resignation tragen. Den Solidaritätsbestrebungen seiner Kollegen wird er ängstlich ausweichen, weil ihn stets die Angst peinigt, von seinem Heim veretzt zu werden. Solche Kollegen sind, wie die Erfahrungen lehren, oft der Hemmschuh zur Durchführung einer gemeinsamen Aktion. Ich könnte Dutzende Beispiele anführen, wo solche Herren aus Eigennutz Verräter an ihrem Stande wurden.

Nehmen wir an, das gesteckte Ziel der E. V. G. könnte verwirklicht werden. Wem würden da die Früchte zufallen? Das große Heer der kommerziellen und Gewerbebediensteten mit seinem unregelmäßigen Dienst sowie die Werkstättenarbeiter mit den kleinen Mittags-

Feuilleton.

Eine unheimliche Nacht.

Ein Abenteuer aus Südbungarn von Róda Róda.
 Ich gab damals das „Palankaer Bezirksblatt“ heraus und hatte fünfhundert, zum Teil sehr getreue Abonnenten.
 Eines Abends stürzte Michel, mein schwebisches Faktotum, mit allen Zeichen des Schreckens in das Bureau und rief: „Harr Schef! Harr Schef!“
 „Was ist's, Michel?“
 „Wissen Sie schon, daß sich der Zantschi Wedö in unsara Gegend herumtreiben tut?“
 „Was — Teufel, Michel! Zantschi, der berühmte Räuber?“
 „Jo, derselbige, Harr Schef. Er ist in der Höhlen beim Stadtwald versteckt, glei draußen außer Palanka.“
 „Unmöglich.“
 „Jo, ja. Ich hab's zwaa Polizisten verzählt g'hört. Morgen in der Früh soll er ausgehoben wer'n.“
 Morgen früh — zwei Polizisten — Zantschi Wedö — mir ging's wie ein Tornado im Kopf herum. Da heißt es rasch handeln. Wenn es mir gelänge, Zantschi noch in dieser Nacht zu sprechen, wäre mein ungarischer Konkurrent, der „Palankaer Wöplav“, geschlagen und ich ein gemachter Mann.
 „Michel!“
 „Harr Schef!“
 „Leg deinen Anzug ab.“
 „Harr Schef!“
 „Tu, wie ich dir sage. Ich werde deine Kleider nehmen und Zantschi Wedö interviewen gehen.“
 „Sein Es ... to ... toll — tot hab ich gewölt sagen?“
 „Noch nicht — aber vielleicht später einmal. Jetzt mach rasch, Michel!“
 Michel gehorchte und borgte mir sein Kostüm.
 Punkt zwei Uhr nachts nahm ich gerührten Abschied von Michel, der mich bis an die Donau gebracht hatte.
 „Harr! Haben Sie Waffen bei Ihnen?“
 „Ja, Michel, einen Revolver.“
 „Geben Sie ihn her — Sie könnten Unheil a'richten.“
 „Wenn aber Zantschi Wedö ...?“
 „Der schießt besser un g'schwinde als wie Sie.“

„Du hast recht, Michel — hier hast du das Eisen.“
 „Und passen Sie auf, daß Sie denen Schandaren nüt in den Weg laufen.“
 „Reinst du?“
 „Na — bö arretieren Ihna, wenn I' Es in den Aufzug treffen.“
 „Ich sehe also wenig vertrauenswürdig aus, Michel?“
 „So zerlumpt als wie Sie kann der Zantschi unmöglich sein. Gute Nacht, Harr Schef!“
 „Gute Nacht, Michel. Vergiß die Briefe nicht, die du bestellen sollst, wenn ich bis Mittag nicht zurück bin.“
 „Ich vergiß' scho nüt, Harr. Leben Sie wohl!“
 — — —
 Es ist stockfinster. Durch die Stille der Nacht quillt mit entsetzlicher Gleichmäßigkeit das Gurgeln der Donau. Feucht und kalt ist's da am Ufer. Allein sein bei Nacht — in Ungarn, im südlichen noch dazu — und in dieser Jahreszeit, wo alle armen Leute so hungrig sind! Wie werde ich heim kommen? Am liebsten lehrte ich gleich um. Aber der Gedanke an mein notleidendes „Palankaer Bezirksblatt“, an die furchtbare Konkurrenz des „Palankaer Wöplav“ gibt mir Kraft.
 „Als ich so durchs Dickicht gehe, in der kalten Luft, da fällt sich meine innere Dede langsam mit neuem Lebensmut, und ich beginne zu erwägen, was zu tun wäre. Ich breche mir einen tüchtigen Steden aus dem nächsten Baum und mache mich mutig dran, hinunter längs des Stromes.“
 Eine Viertelstunde gehe ich — der Ritt schallt auf der Makadamstraße, als wäre sie von lauter Gestein. Nicht zwanzig Schritte weit kann man sehen. Der sechste wäre da ohne Bittern gegangen.
 Und jetzt kommt ein Augenblick, den ich nie vergessen werde, so alt ich werde: auf einmal taucht eine schwarze Gestalt vor mir auf, mit einer Blinte auf dem Rücken.
 Ich — stehe. — Er — auch.
 Ich gehe langsam weiter und denke mir: am besten ist's, keine Furcht zu verraten. Er — geht auch — hinter mir. Einen Gendarm hätte ich jetzt lieber gesehen, als den Leichenstein meines Erbteils. Ich fühle schon, wie mich der schwarze Mann — kein Zweifel — das ist Zantschi. Hinter mir her lasse ich den Kerl aber nicht trotten. Besser ein schneller Tod als eine lange Angst.
 Ich stoppe — er natürlich auch — und ich sage ihm mit aller Festigkeit, deren ich fähig bin: „Guten Morgen, Bruder! — Bist du auch so einer?“

„Was für ajner?“ fragt der Schwarze und schiebt an seiner Blinte herum.
 „Na ... eben ... so einer“, antworte ich und mache eine bezeichnende Bewegung mit der Hand in die Tasche. In meiner Angst vergesse ich ganz, daß er meine Mimik in der Finsternis gar nicht sehen kann.
 „Ich sieh' nicht ver, was du willst“, antwortet mein graufiger Partner. Die Nacht vergrößert mir seine Schattengestalt ins Uebernatürliche.
 Wie pflegen sich zwei unbekannte Räuber einander vorzustellen?
 „Na, bist du nicht ... so einer?“ frage ich beharrlich.
 „Ah — ajn ormes Durtsch majnt du?“
 „Also wirklich! „Arme Durtsche“ — so nennen sich ja die hiesigen Bettjaren.“
 „Ja — ich bin ein ganz armer, sehr armer Durtsche“, antworte ich.
 „Schajnst aber noch ein Frischling zu sein“, sagt er und kommt zutraulich näher.
 Ich erbebe und verstecke geschwind meine Blinte.
 „Wie meinst du? Ich — ein Reuling?“ schreie ich beleidigt — ich könnte dir an jedem Finger einen Diebstahl herzhählen.“
 „Ich auch — wann ich mehr Händ hätt“, erwidert er lustig — und wir gehen nebeneinander her — dem Städtchen zu.
 „Wie long bist denn in ... izé ... Zuchthaus gefessen worden?“ fragt er nach einer Weile.
 „Im Zuchthaus?“ antworte ich wegwandernd. „Nicht eine Stunde. Ich bin noch allemal unschuldig freigesprochen worden.“
 „Kerl mit Schwajnt! Ich war zwölfzig Jahr in Wetzgen.“ Und er haut mir eins auf die Schulter, daß mir das Schüsselbein kracht. — Herrgott, wenn er mich durchschaut!
 „Das sollt man dir gar nicht glauben, du schienst so frisch.“ Bei meiner Seele, ich sehe — ohne meine Blinte — keinen Schimmer von seinem Gesicht.
 „Frisch? Im Gegentheil. Schon sehr mitgenommen.“
 „So — mitgenommen. Was hast du denn mitgenommen?“ frage ich. Den Zuchthausdruck will ich mir für meinen Artikel merken — wenn ich erlücke, ihn zu schreiben.
 „Ollertaj. Ober ich bin kein Stehler nicht von Profesion, ich beliebe Raubmörder zu sein.“

pausen wären von vornherein von dieser Wohlthat ausgeschlossen. Diejenigen aber, die sich zu den Glücklichen zählen dürfen, in den Besitz eines eigenen Hauses oder einer Villa zu kommen, welche materiellen Vorteile ziehen sie daraus? Im Statut und im Prospekt sowie in der Zeitschrift wird darauf verwiesen, weit von dem Gerüche der Städte Einfamilienhäuser zu bauen. Es ist natürlich, daß man derartige Bauten dort durchführen muß, wo die Baugründe sowie die Materialien und die Arbeitslöhne am billigsten sind. Wenn aber der Besitzer infolge seiner fargen Mittagspause das Mittagmahl statt bei seiner Familie in einem Gasthaus neben dem Arbeitsort einnehmen muß, ist das ein Vorteil, eine Erleichterung? Würde jeder Arbeiter und Bedienstete sein Arbeitspensum täglich durch die zurückgelegten Fahrten um zwei bis drei Stunden freiwillig verlängern? Die Pausen bei Reserverhalten des Zug- und Maschinenpersonals wären gleichfalls verloren und mit weiteren Kosten in Gast- oder Kaffeehäusern verbunden. Besitzen solche Eigentümer Kinder, die in der Stadt die Schule besuchen, studieren oder in Kondition stehen, so sind alle Familienmitglieder Sklaven des eigenen Hauses geworden, das ihnen allen weit größere Unannehmlichkeiten und Geldopfer, als Freude verschafft.

Wer den ganzen Tag in der Werkstätte den Hammer schwingt, wer die Mangierung der Büge vornimmt, Seizer oder Bremser ist, der verzichtet am Abend auf die „gesundheitsfördernde Gartenarbeit“, die die E. V. G. so hoch anschlägt. Ein solches Vergnügen könnte man sich nur auf Kosten der Ruhezeit, das heißt der Gesundheit erlauben. Ob das eine sozialpolitische oder hygienische Wohlthat ist, will ich den eben angeführten Kategorien von Bediensteten zur Entscheidung überlassen. Ebenso will ich die Amortisation, die Kosten und die beständige Angst vor Elementarereignissen nicht in den Bereich meiner Untersuchung ziehen.

Als Eisenbahner können daher auch nur Beamte, und zwar die besser situierten, die bei den Direktionen und im Ministerium um 2 Uhr nachmittags Arbeitslohn haben und Verkehren in den seltensten Fällen ausgeübt sind, bei dieser Genossenschaft ernsthaft in Betracht kommen. Die sechshundert und besser situierten Beamten dürften auch, wenn die E. V. G. ihre Ideen verwirklicht, jene sein, die vermöge ihrer größeren finanziellen Leistungsfähigkeit Häuser bekommen, währenddem jene, die ihre Anteile in Raten à 5 Kr. zahlen, die Erfüllung ihres Wunsches nicht erleben dürften, auch wenn sie ein Methusalemalter erreichen. Das sind nun die vielen Schwierigkeiten und die vielen Reibereien, die sich auf genossenschaftlichem Gebiet bei Erwerbung eines Hauses entgegenstellen. Es ist auch grundfalsch zu glauben, daß man auf diese Art billiger zu einem Hause kommt, als wenn man selbständig ein solches zu erwerben sucht. Wie aus der Zeitung der E. V. G. vom 20. Jänner l. J. zu entnehmen ist, hat sich die Genossenschaft an verschiedene Finanzgruppen in Berlin, Amsterdam und London um Darlehen gewendet. Ich fürchte sehr, daß Banken auf nichts sich überhaupt an solchen Operationen nicht beteiligen und wenn ja, einen unerschwinglichen Zinsfuß zwischen 7 und 10 Prozent festsetzen, den der Erstreber eines Hauses bezahlen muß. Der Genossenschaftler kann auch nicht bestimmen, in welcher Gegend er sein Haus erbaut haben will. Er muß es dort nehmen, wo eben gebaut wird, wenn ihm die Gegend auch noch so unsympathisch erscheint. Wenn Eisenbahner, bevor sie in den Ruhestand treten, ein eigenes Heim besitzen wollen, wird der Wunsch rege, in ihre Heimat zu ihrem Bekanntenkreise zu ziehen, zumindestens aber in eine Gegend, die

ihnen gefällt und wo die Teuerung keine so furchtbare ist, wie vor den Toren der Großstädte, wo sich zumeist Sommerfrischen und Villenviertel der besitzenden Klassen befinden.

Nach all dem Vorhergesagten wage ich die Behauptung aufzustellen, daß die Baugenossenschaft für Einfamilienhäuser für Eisenbahner E. V. G. kein gemeinnütziges Institut ist und nicht gemeinnützig wirken kann. Sie kann im günstigen Fall ein paar Leuten Villen bauen, sogar teurer bauen, aber sie kann nicht den geringsten Einfluß auf die bestehende Wohnungsnot und Wohnungssteuerung ausüben. Ihre Tätigkeit ist den Eigentumsfanatismus zu weichen, ein Stück Mittelstandspolitik im singulären Sinne zu üben.

Die E. V. G. hat daher gar kein Recht, für private Zwecke Mittel aus gemeinnützigem Institut zu beanspruchen. Wie aus Nr. 1 ihrer Zeitung zu ersehen ist, hat der Vorstand beim Eisenbahnminister sowie beim Chef des Wohnungsfürsorgeamtes, Hofrat v. Mainzinger, vorgeprochen, um eine rasche und kräftige Beteiligung aus diesem Fonds zu erbitten. Ebenso sollen die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt und die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen ihre Bereitwilligkeit, größere Kredite einzuräumen, zugesagt haben. Obwohl ich persönlich an einer solchen Zusage zweifle, so will ich vorzichtshalber an dieser Stelle den schwersten Protest einlegen, daß Gelder aus Humanitätsanstalten für Privatzwede; und wenn dieselben auch im Genossenschaftsweg erreicht werden, gegeben werden. Nebenbei will ich nur erwähnen, daß laut Verordnung des Ministeriums des Innern derartige Gelder nur mündelsicher zu gemeinnützigem Zweck und in beschränkter Höhe abgegeben werden dürfen; keinesfalls aber an Unternehmungen, die selbst dringend der Vormundschaft bedürfen. Wenn man die Wohnungsnot und Wohnungssteuerung bei den Eisenbahnbediensteten mildern oder beseitigen will, wenn man dieser großen Berufsgruppe sanitäre und sozialpolitische Vorteile zuwenden will, so muß die Staats-eisenbahnverwaltung aus den angehäuftsten Fondsgeldern, die von den Massen der Bediensteten erlegt und mit ins Verdienen gebracht wurden, sowie aus Budgetdauer-mitteln rasch und in der ausgiebigsten Weise Wohnungsfürsorge im weitesten Sinne betreiben. Jene Hilfsmittel und Bonifikationen, Steuernachlässe, Banzuschüsse und Regiefrachten zc., die dem Staat zur Verfügung stehen, können nur vom Staat, niemals von Privaten und Genossenschaften in der Sache angewendet und ausgenützt werden. Was den Eisenbahnern not tut, sind also hinreichende und gesunde Wohnungen, deren Mietpreise nicht höher als das normierte Quartiergeld sind, die aber stets niedriger als der ortsübliche Mietbetrag sein müssen. Diese Eisenbahnhäuser dürfen von dem Arbeitsort nur so weit entfernt sein, daß die Ruhepausen der Bediensteten nicht beeinträchtigt werden. Wohnungen, an die solche Anforderungen gestellt werden, kann nur die Staatseisenbahnverwaltung erstehen lassen. Das dienstliche und wirtschaftliche Interesse fordert es, daß dieses große Staatsunternehmen im weitesten Sinne Wohnungsfürsorge mache. Alle Faktoren müssen hier mithelfen, damit dieselbe in der ausge-dehntesten Weise und im großen Umfang von dem Eisenbahnministerium betrieben werde. Mit kleinen und teuren Geldmitteln und kleinen und ungeschickten Leuten kann man nur kleines und Teures leisten. Das ist doch eine Binsenwahrheit. Da in dem von der E. V. G.

hinausgegebenen Märchenbuch (Prospekt) sowie in ihrer Zeitschrift und in den Versammlungen die zukünftige Tätigkeit der Genossenschaft als eine „Insel der Glückseligen“ geschildert und in einer romanhaften Sprache angepriesen wird, habe ich mich verpflichtet gefühlt, einen Zipfel des darüber gebreiteten Schleiers zu heben, der den Eisenbahnern weit mehr Nachteile als Vorteile bei der E. V. G. offenbart. Ich will keine Warnung gegen die E. V. G. aussprechen und bin hierzu auch nicht legitimiert; wozu ich mich aber berechtigt fühle, ist, unseren Parteigenossen zu sagen, daß diese Genossenschaft kein soziales Glied, kein Streiter und Kämpfer, nicht einmal ein Mithelfer zur Verbesserung der Sozialverhältnisse in irgendeiner Art für die Eisenbahner ist. Diese Zeilen sollen zugleich die Antwort auf die vielfachen an mich gerichteten brieflichen Fragen sein. In einem nächsten Artikel werde ich mich mit all jenen Utopistereien, die in den Statuten der E. V. G. niedergelegt sind, beschäftigen.

Ein Verleumdungsfeldzug.

Tendenzlose Ausschrotung eines Klassenjustiz-Urteils.

Seit langem leiden die Christlichsozialen unter den Eisenbahnern, sowohl an einem furchtbaren Schwund an Mitgliedern als auch an Mangel an Stoff, der gegen die verhassten Sozialdemokraten und deren Vertrauensmänner zu verwerten wäre. Die Verleumdungen, die seit Jahren immer wieder aufgetischt wurden, sind eben schon so alt und schleifig geworden, daß damit auch bei den frommen Schäflein kein Eindruck mehr zu erwecken ist. In dieser Not entdeckte nun das Organ des „Verkehrsbundes“ einen Prozeß, der allerdings schon vor bald vier Jahren in Prag stattfand, und bei welchem der vom Abgeordneten Genossen Tomšič geklagte nationalsoziale Redakteur Stribrný den Beweis erbracht haben soll, daß Genosse Tomšič, die Eisenbahner geschädigt und mit ihnen Komödie gespielt haben soll.

Man könnte diese neueste Verleumdung ebenso wie manche andere, die von diesem Gelichter ausgebreitet wurde, mit einer knappen Darstellung des wahren Sachverhaltes abtun. Aber der Fall, um den es sich handelt, ist geradezu ein typisches Schulbeispiel, mit welcher hinterhältiger Verlogenheit unsere Gegner zu Werke gehen, wenn es gilt, die Funktionen der Organisation mit der Fauche persönlicher Berührungsglimpfung anzutun. Der Lügenartikel der als Separat-Abdruck aus der „Österreichisch-ungarischen Eisenbahner-Zeitung“ verbreitet wird, gewinnt diesmal um so mehr Interesse, da er zugleich ein angelegliches Schreiben des Rechtsanwaltes des „Verkehrsbundes“ Dr. Mataja enthält, in welchem im Schlusssatz gleichfalls behauptet wird, „Redakteur Georg Stribrný sei anlässlich des in Rede stehenden Prozesses wegen erbrachten Wahrheitsbeweises freigesprochen worden.“

Wenn Herr Dr. Mataja mit derselben Sorgfalt die rechtlichen Interessen der Verkehrsbundmitglieder vertritt, als er Behauptungen aufstellt, die anderen Leuten die Ehre abschneiden, dann sieht es um die „Christlichen“ Eisenbahner wirklich gut aus. Herr Dr. Mataja stellt entweder Behauptungen auf über eine Sache, die er nicht kennt, oder aber er lügt bewusst, wobei bei jeder der beiden Annahmen der juristische Doktorgrad dieses Herrn nur erschwerend ins Gewicht fällt. So handelt eben unter keinen Umständen ein Rechtsanwalt.

Tatsache ist nämlich, daß „Ehrenmann“ Stribrný nicht nur keinen Wahrheitsbeweis erbracht, sondern diesem geradezu fluchtartig ausgewichen ist. Stribrný selbst leuchtete es nämlich nicht nur in der Voruntersuchung, trotzdem er dazu aufgefordert wurde, ab, irgend einen Beweisanspruch zu stellen, sondern verhinderte es bei der Hauptverhandlung direkt, daß die noch nicht gehörten Zeugen einvernommen werden. Daß „Ehrenmann“ Stribrný trotzdem freigesprochen wurde, dankt er lediglich der ganz merkwürdigen Rechtsauffassung der Prager tschechisch-nationalen Geschwornen, die erklärten, daß der gegen den Genossen Tomšič erhobene Vorwurf überhaupt keinen beleidigenden Charakter besitze. So lehrreich das Prager Geschwornenurteil als ein Ergebnis bürgerlicher Klassenjustiz ist, so kennzeichnend ist es heute für die Art der biblischen Verlogenheit unserer Gegner. Weil das Prozeßergebnis in seinem Beweisverfahren mit schlagender Beweisraft die Verlogenheit des geklagten nationalsozialen Blattes ergab, wird heute mit zäher Frechheit weiter noch damit kreben gegangen. Ehe hierzulande eine Gemeinheit verreckt, fließen aus ihr neue Quellen, aus denen sich der Schlamm zu einem Sturzbad sammelt, der dann für lange das Reservoir für das „Material“ unserer Gegner bildet.

Der Prozeß Tomšič kontra Stribrný.

Von Dr. Alfred Meißner (Prag).
Ich habe nicht die Gelegenheit, alle Blätter der antisozialistischen Eisenbahnerorganisationen zu lesen. Zufälligerweise erlaube ich, daß diese Blätter seit einiger Zeit nichts Besseres zu tun haben, als den Prozeß Tomšič kontra Stribrný aus dem Jahre 1907 in einer Weise auszuschrotten, welche der Wahrheit direkt ins Gesicht schlägt. Am meisten muß ich meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß jemand behaupten kann, Redakteur Stribrný hätte den Wahrheitsbeweis über seine

„Mauhmörder?“ jauchzte ich auf. „Aber willkommen, Bruder! Da sind wir ja Sachgenossen. — Und hast du schon viele...?“ Das Wort bleibt mir in der Kehle stecken.
„Obgefragt?“ fragt er zynisch. „Ich weiß nicht genau — mit meine Großvater mütterlicherseits hob ich geangefangt.“
Himmel, wenn ich dem imponieren will, muß ich andere Saiten aufziehen! Ich möchte auch geschwind einen Verwandtenmord begehen, aber ich wage gar nicht, von dergleichen zu sprechen. Weil's denn sein muß und widerstrebend — riskiere ich meine Schwiegermutter.
„Große Geister begegnen sich“, erzähle ich also, „auch ich hab ähnlich begonnen, mit meiner Schw...“
„Was?“ Brüllt er lachend — „am Ende Schwiegermutter? Pater! Die heb ich mir für zum Schluß auf.“
Mit dem Mann komme ich nicht aus, das sehe ich schon. Ich gebe es ihm auch offen zu und fahre fort: „Anlängst trete ich — da vor ein paar Tagen — in eine einsame Schenke. Da war viel Kitt zu holen.“
„Kitt? Was ist das?“
„Na — — Kitt. Draht. Moos.“ — Wenn ich nur wüßte, wie sich die Gauner hier fachmännisch ausdrücken.
Er hilft mir: „Ah — Du meinst wahrschajnlischkeitlich Geld?“
„Ja. Da war viel Geld in der einsamen Schenke. Ich fragele also die Wirtin ab... (so viel Notwätsch hatte ich schon von ihm gelernt) — „ich fragele den Wirt ab... und...“
„Na — und? Der Sachen interessiert mich.“
„Ja — und!“ Wo nehme ich denn die Phantasie zu einer Kriminalgeschichte? Aber frisch darauf los! — „Ich fragele die Kinder ab... ich... ich fragele die Diensthöten ab...“
„Jetzt fong ober on, aufzuhören mit die achthundvierziger Geschichten“, schreit er, „sonst bist du in majne Augen drinnen ajne Aufschneider.“
Wie soll ich ihm beschwören, daß es wahr sei? Auf Ehre? — Lächerlich! „Bei Merkurius“, sage ich, „das ist wahr.“
„Was??? Bei welchem Herrn Kurius?“ fällt er mißtrauisch ein, und ich bin froh, daß er mich nicht verstanden hat.
„Kurius?“ moche ich erstaunt. „Ich habe das Wort Kurius gar nicht in der Hand gehabt.“
„Obdenn — wie ist es durch die Obgefragelten wajter gewesen? Bei die Diensthöten sajn wir stehen geblieben“, forscht er hartnäckig.
„Ja, richtig. Höre, Bruder! In diesem Moment kommen zwei Gendarmen!“

„Wahrschajnlischkeitlich hoben sie den abgemurzten Poor Eltern gesehen.“
„Das Elternpaar! Ja, das hatten sie gesehen!“
Er rückt geschickt die Flinte auf die andere Schulter und sagt: „Gehen wir rascher, der Tag ginnt be. — Hat, was hoben also die zwei Gendarmen gewollten?“
„Na, ich nehme natürlich Reißaus.“
„Was rajst du aus?“
„Ich laufe davon — weiter, immer weiter — bis — bis zur Donau — dort springe ich ins Wasser.“
„Vor dir denn nicht solt?“
„Nein, ich war warm gekleidet!“
„Kommt, sag ich Dir noch einmol. Morgenrötung stajgt sich hinauf, ich muß mir aufheben.“
„Aufheben?“
„Frajlich. Bei Tag steck ich mir ber, baj Nacht wird durch mich auf Mauß gegongen.“
O — ich zähle die Minuten bis zur Dämmerung. Wenn ich nach Palanka komme, dachte ich mir, dort beim Gemeindegauß, ruf ich um Hilfe. Es werden wahl Leute genug auf der Straße sein, und ich bin erlöst. Ein wenig heller war es auch schon geworden. Ich konnte die mageren Danditenzüge meines Gesellschafters wahrnehmen — wenn auch nur sehr undeutlich — so ohne Brille.
Und endlich kamen wir in die Stadt. Ich kann nicht schildern, wie ich zitterte, ob er links gehen würde — am Gemeindegauß vorbei — oder nicht. Er ging links. Jetzt sah ich auch; die Flinte war in ein Leinwandfutteral gepackt. So vorsichtig war der Kerl!
Menschen gab's genug auf der Straße. Am Brunnen stand eine ganze Gruppe. Ich sprang mitten unter sie und rief erregt und halblaut: „Fangt den Mann da — das ist Jantschi Bedd!“
Die Leute fuhren herum, und schon hatten sie ihn. Er schrie auf — und alle, alle lachten. Ich setzte meine Brillen auf... trat näher — — zögernd näher, ganz nahe — und wen sah ich?
Den Herausgeber des „Palantai Néplap“ — zerlumpt und zerrissen wie ich.
Er hatte sich vor mir gerade so gefürchtet, wie ich mich vor ihm, und hatte Jantschi Bedd interviewen wollen.
Und die Flinte?
Das war eine Amateurlamera mit Stativ.
Am Tag darauf verschmolzen wir das „Palantai Bezirksblatt“ mit dem „Palantai Néplap“ zu dem zweimal wöchentlich erscheinenden zweisprachigen „Palantai-Courier“.

Sorget dafür, daß der „Eisenbahner“ auch vom reisenden Publikum gelesen werde!

Anschuldigungen erbracht. Diese Behauptung kann nur jemand aufstellen, der die Prozeduren nicht kennt oder der trotz Einsicht in dieselben ein Interesse hat, eine offenkundige Unwahrheit zu verbreiten.

Zu vorhinem muß ich bemerken, daß ich vor dem Prozeß Tomšič-Stříbrný in einigen Fällen sozialdemokratische Redakteure vor den Prager Geschwornen vertreten habe und daß ich bereits an so manches gewöhnt war. Aber die Art und Weise, wie in dem Falle Tomšič-Stříbrný vorgegangen wurde, hat mich äußerst frappiert und in meiner Meinung gestärkt, daß Sozialdemokraten vor den Prager Geschwornen ihr Recht nicht so leicht finden können. Als Beweis will ich bloß zwei Fälle anführen:

Genosse Němec, Redakteur des „Právo Lidu“, hatte sich vor einigen Jahren vor den Prager Geschwornen über die Ehrenbeleidigungsklage eines Stellenvermittlers zu verantworten. Der inkriminierte Artikel enthielt eine Paraphrase einer im Abgeordnetenhaus von dem jungtschechischen Abgeordneten Karbus überreichten Interpellation. Der Stellenvermittler gab in Interferaten vor, verschiedene Stellen bei Staatsämtern, insbesondere bei der Post und Eisenbahn, zu vermitteln. Die Parteien, die im Voraus einen Vorstoß zu erlegen hatten, erhielten jedoch keine Posten. Der Abgeordnete starb auf dieses Treiben aufmerksam und gebrauchte in seiner Interpellation die kräftigsten Ausdrücke; das Wort „Schwindel“ war noch der mildeste Ausdruck. Das „Právo Lidu“ veröffentlichte den Auszug dieser Interpellation und fügte einige Bemerkungen hinzu. Bei der Verhandlung bestätigten tatsächlich mehrere Zeugen, daß sie durch das Gebaren des Privatklägers geschädigt worden sind. Es ist seitens eines Beschädigten sogar die Strafanzeige erstattet worden, und auch die Bezirkshauptmannschaft sah sich veranlaßt, gegen den Stellenvermittler einzuschreiten und ihm mehrere Geldstrafen aufzuerlegen. Es herrschte im Gerichtssaal allgemein die Ansicht, daß mit Rücksicht auf die Ergebnisse des Beweisverfahrens ein einstimmiger Freispruch erfolgen wird. Das Resultat war ein unerwartetes: Genosse Němec wurde verurteilt, und zwar aus dem Grunde, weil ihm der Wahrheitsbeweis nicht gelungen ist! Der Gerichtshof traf infolgedessen eine Remedur dieses sonderbaren Ausspruches, als er nicht eine Freiheitsstrafe, sondern bloß eine verhältnismäßig geringe Geldstrafe verhängte und über die Nichtigkeitsbeschwerde des Beklagten wurde das ganze Urteil vom Obersten Gerichtshof kassiert. Wer den Haß, dem das „Právo Lidu“ in den Unternehmertreibern begegnet ist, gekannt hat, wird sich den Ausspruch der Geschwornen erklärt haben.

Einige Zeit vorher war ein sozialdemokratischer Arbeiter angeklagt, weil er in hektographierten Blakaten gegen die Prager Polizisten wegen ihres Vorgehens in den Oktober-Unruhen im Jahre 1905 aufzureizen versucht hat. Wie ich später erfahren habe, sind bei der Beratung unter den Geschwornen Stimmen laut geworden, „den Sozi zu verurteilen, weil ihnen ja die Sozi die Knechte und Arbeiter verheizen!“

Nach diesen Erfahrungen war es im vorhinem gewiß, daß das Prager Schwurgericht nicht das geeignete Tribunal zur Abgabe eines unvoreingenommenen Urteiles über die Anklage eines sozialdemokratischen Abgeordneten gegen einen nationalsozialen Redakteur ist. Wenn Genosse Tomšič sich trotzdem zu der Anklage entschlossen hat, so verfolgte er damit zwei Zwecke: erstens wollte er dem Angeklagten Gelegenheit geben, den Wahrheitsbeweis durchzuführen und ihm die Ausrede nehmen, er habe nicht die Möglichkeit gehabt, seine Behauptungen durch gerichtliche Einvernahmen zu beweisen. Und zweitens sollte durch das Strafverfahren dem Privatkläger ermöglicht werden, durch gerichtliche Beweise die gegnerischen Behauptungen zu entkräften. Der Ausspruch der Geschwornen war nicht mehr entscheidend und nicht Zweck der Anklage. Trotzdem mußte der Prozeß bis zum Ende durchgeführt werden, weil es bis zum Schlusse des Beweisverfahrens ungewiß war, ob der Angeklagte Beweise anbieten wird.

Gegenstand der Anklage war die in den „Československé Zelezniční Listy“ enthaltene Schilderung der Unterredung des Genossen Tomšič mit dem Eisenbahnminister Deršchatta. Am 14. März 1907 intervenierte Genosse Tomšič mit einer Deputation, bestehend aus den Genossen Wabitsch, Schimon und Jedlička beim Eisenbahnminister wegen der Herausgabe der Automatik. Einige Tage nachher sprach beim Eisenbahnminister der nationalsoziale Abgeordnete Burival in derselben Angelegenheit vor. Bei dieser Intervention soll sich nun — nach der Behauptung der „Československé Zelezniční Listy“ — der Eisenbahnminister vor elf Zeugen geäußert haben, der Abgeordnete Tomšič hätte ihn erwidert, mit der Verlautbarung des Elaborats zuzuwarten, da noch genügend Zeit ist. Es solle früher nichts publiziert werden, bevor die Personalkommission nicht zusammengestellt und gewählt werden. Hierdurch habe Tomšič die Herausgabe des bereits fertiggestellten Elaborates verzögert, die Eisenbahner geschädigt und bloß eine Komödie mit ihnen gespielt.

Singegen behauptete Abgeordneter Tomšič, er habe an den Minister das Ersuchen gestellt, daß die Wahlen in die Personalkommission und den Arbeiterausschuß ehestens ausgeschrieben werden, und zwar noch Ende März, und daß der neugewählten Zentralpersonalkommission und dem Arbeiterausschuß die geplanten Aufbesserungen zur Beratung vorgelegt werden. Das Ministerium solle hierbei ein Communiqué ausgeben, daß alle geplanten Aufbesserungen rückwirkend auf den 1. Jänner 1907 (die Rückwirkung war damals bereits auf den 1. Jänner 1907 zugestanden und es hat sich nur gehandelt, dies den Bediensteten offiziell zur Kenntnis zu bringen. Die Redak.) gemacht werden, damit durch die Beratung die Angestellten nicht verkürzt werden.

Das ist freilich etwas ganz anderes, als die „Československé Zelezniční Listy“ behauptet haben. Wollte nun Redakteur Stříbrný den Wahrheitsbeweis antreten, so mußte er diejenigen Personen

als Zeugen führen, die bei der Intervention des Abgeordneten Tomšič am 14. März 1907 anwesend waren. Das war außer dem Privatkläger der Eisenbahnminister und die Genossen Wabitsch, Schimon und Jedlička, eventuell jene Zeugen, welche bei der Unterredung des Abgeordneten Burival mit dem Eisenbahnminister anwesend waren. Das war der Eisenbahnminister, der Abgeordnete Burival und die weiteren zehn Mitglieder der Deputation. Der wichtigste Zeuge war jedenfalls der Eisenbahnminister Deršchatta, der über beide Unterredungen Bescheid geben konnte, und die Mitglieder der ersten Deputation.

Nun ist es äußerst interessant zu untersuchen, wie Redakteur Stříbrný den Wahrheitsbeweis „angetreten“ und „durchgeführt“ hat.

Ueber Antrag des Privatklägers ist gegen Redakteur Stříbrný vorerst die Voruntersuchung eingeleitet worden. Bei der ersten Einvernahme erklärte er: „Ueber den Inhalt werde ich den Wahrheitsbeweis durchführen und erjuche um eine acht tägige Frist, in welcher ich die betreffenden Anträge stellen werde.“ Die acht Tage verflossen, ohne daß Stříbrný einen Antrag eingebracht hätte.

Am 11. Juni 1907 erfolgte die zweite Einvernahme. Hierbei lautete seine Erklärung: „Ueber den Inhalt beider Artikel werde ich den Wahrheitsbeweis durchführen, die Durchführung desselben behalte ich mir jedoch bis zur Zeit, welche für die Vorbereitung zur Hauptverhandlung bestimmt ist, vor und verweigere, dies in der Voruntersuchung zu tun.“

Da nun der Privatkläger sah, daß der Angeklagte dem Wahrheitsbeweise aus dem Wege geht, beantragte er am 25. Juni 1907, die Mitglieder der Deputation Josef Wabitsch, Franz Schimon und Johann Jedlička über den Inhalt der Unterredung zwischen Genossen Tomšič und dem Eisenbahnminister Deršchatta einzunehmen. Diese Zeugen bestätigten bei ihrer Einvernahme die Behauptungen des Genossen Tomšič, widerlegten zur Gänze die Schilderung der „Československé Zelezniční Listy“ und bezeichneten sie als „gänzlich unwahr“.

Damit die Unwahrheit der inkriminierten Artikel noch krasser nachgewiesen wird, wurde seitens des Privatklägers am 9. August 1907 der Antrag gestellt, daß über dieselben Umstände, über welche die Zeugen Wabitsch, Schimon und Jedlička ausgesagt haben, noch der Eisenbahnminister Deršchatta einvernommen werde. Dieser Antrag ist jedoch von der Ratskammer des Landesgerichtes mit Beschluß vom 14. August 1907, Pr. XIV. 1397/10, mit der Begründung abgewiesen worden, „weil durch die Aussagen des Johann Wabitsch, Franz Schimon und Johann Jedlička der ganze Vorgang des Verhandlung zur Genüge aufgeklärt erscheint, so daß die Notwendigkeit, über denselben Umstand noch einen weiteren Zeugen einzunehmen, nicht vorliegt!“

Trotzdem also die Ratskammer als erwiesen annahm, daß der Vorgang bei der Verhandlung sich so abgespielt hat, wie es die drei Zeugen bestätigt und Genosse Tomšič behauptet hat, stellte der Privatkläger am 30. August 1907 einen weiteren Beweis Antrag, um das Auskreifen des Angeklagten zu verhindern. Dieser Antrag lautet in Uebersetzung wörtlich:

„Bei seiner ersten Einvernahme erklärte Herr Stříbrný, er werde den Wahrheitsbeweis durchführen, und bot sich an, dies innerhalb acht Tagen zu tun. Den Wahrheitsbeweis hat er jedoch nicht angeboten, weil er keine Beweise hat. Zur Vereinfachung der Sache und damit nach Anordnung der Hauptverhandlung die Angelegenheit nicht nochmals in Untersuchung gezogen werden muß, stelle ich den Antrag, daß dem Herrn Georg Stříbrný der Inhalt der Einvernahmen der Zeugen Jedlička, Wabitsch und Schimon mitgeteilt wird, und daß derselbe, mit Rücksicht darauf, als er erklärt hat, er trete den Wahrheitsbeweis an, befragt werde, mit welchen Beweismitteln er diesen Wahrheitsbeweis durchzuführen gedenke. Insbesondere sei er darüber einzuvernehmen, ob er mit dem Antrag des Privatklägers einverstanden ist, daß der Minister Deršchatta in Wien verhört werde.“

Daraufhin erfolgte am 5. September 1907 die Einvernahme des Herrn Stříbrný. Das Protokoll darüber lautet:

„Dem Herrn Georg Stříbrný wurden die Protokolle des Johann Jedlička, Josef Wabitsch und Franz Schimon vorgelesen, worauf derselbe angibt: Ich erkläre, daß ich mir die Beweisangebote bis zur Hauptverhandlung vorbehalte, und ich verweigere, dies im vorbereitenden Verfahren zu tun. Ebenso erkläre ich, daß ich jede Aeußerung über den Antrag des Privatklägers, ob ich mit der Einvernahme des k. k. Ministers Deršchatta einverstanden bin, ablehne!“

Damit war die Voruntersuchung geschlossen und die Anklage wurde überreicht.

Schon aus dem Gesagten sei ersichtlich, daß Herr Stříbrný während der ganzen Voruntersuchung keinen einzigen Beweis Antrag gestellt hat und nicht versucht hat, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Und wiederum es in seinem Willen gelegen war, daß der Hauptzeuge, Minister Deršchatta, einvernommen werde, hat er auch diese Einvernahme durch sein passives Verhalten vereitelt. Gingen wurde dem Privatkläger trotz seines Antrages die Einvernahme dieses Zeugen durch die Abweisung der Ratskammer unmöglich gemacht.

Am 26. November 1907 fand die Hauptverhandlung statt. Knapp vor der Hauptverhandlung, am 23. November 1907, kam erst G. Stříbrný mit seinen Beweis Anträgen, und zwar verlangte er die Einvernahme des Eisenbahnministers Deršchatta und des Abgeordneten Burival. Letzterer solle aufgefordert wer-

den, die Mitglieder der Deputation zu nennen und diese sollen auch verhört werden, und beantragte eventuell die Vertagung der Verhandlung. Ueber diesen Beweis Antrag erging seitens des Vorsitzenden am 24. November 1907 lediglich die Verfügung, die Nummern des „Zelezniční Zřizeneč“, auf die sich Stříbrný berufen hat, zu besorgen. Die Zeugen wurden jedoch nicht vorgeladen.

Bei der Hauptverhandlung selbst ist vorerst Herr Stříbrný verhört worden. Auch bei diesem Verhör blieb er irgendeinen Beweis Antrag schuldig. Aus diesem Grunde stellte ich als Vertreter des Abgeordneten Tomšič sofort nach Einvernahme des Redakteurs Stříbrný den Antrag, es möge über den Inhalt der zwischen dem Genossen Tomšič und dem Eisenbahnminister Deršchatta geführten Konferenz sowohl der Abgeordnete Tomšič als der Eisenbahnminister Deršchatta einvernommen werden. Jetzt war der Moment gekommen, bis zu welchem sich Redakteur Stříbrný den Wahrheitsbeweis aufgespart hat und es mußte erwartet werden, daß er jetzt die Einvernahme des Ministers beantragen wird, damit ihm derselbe die Wahrheit seiner Behauptungen beweist. Aber es sollte anders kommen. Der Angeklagte Stříbrný sprach sich gegen die Einvernahme des Eisenbahnministers und des Abgeordneten Tomšič aus und der Antrag wurde vom Gericht als „irrelevant“ abgewiesen.

Als Zeugen wurden bei der Hauptverhandlung die bereits in der Voruntersuchung einvernommenen Mitglieder der Deputation Franz Schimon und Josef Wabitsch verhört, welche ihre früheren Aussagen bestätigten. Das Protokoll des Johann Jedlička wurde vorgelesen. Ich stellte namens des Abgeordneten Tomšič noch weitere Beweisangebote durch die Einvernahme der Zeugen Brodecký und Novák, und auch dieser Beweis Antrag wurde, nachdem der Angeklagte dagegen Protest erhoben hat, vom Gerichte abgewiesen. Sodann wurde das Beweisverfahren geschlossen, ohne daß der Angeklagte oder sein Verteidiger auch nur einen einzigen Beweis Antrag gestellt hätten und ohne daß auch ein einziger Zeuge außer Schimon, Wabitsch und Jedlička einvernommen worden wäre. Es muß verwundern, daß Stříbrný auch den Antrag auf Vorladung des Abgeordneten Burival und der Mitglieder der zweiten Deputation bei der Hauptverhandlung nicht wiederholt hat. Redakteur Stříbrný hat den Wahrheitsbeweis bei der Hauptverhandlung gar nicht angetreten, ja er hat sogar gegen die Einvernahme des Ministers Deršchatta protestiert und sie vereitelt.

Und nun kommt das Resultat. 12 Geschworne, meistens Agrarier, Baumeister und Hausbesitzer, ausgesprochene politische und Klassengegner des Klägers, hatten zu entscheiden. Ich habe in meinem Plädoyer meiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß ich nicht zu Anhänger irgendeiner politischen Richtung spreche, sondern zu Richtern, die ihre politische Parteizugehörigkeit zu Hause gelassen haben.

Daraufhin erklärte der Verteidiger des Angeklagten, die Sache sei eine politische, der Prozeß sei für die Organisation der nationalsozialen Eisenbahner von großer Wichtigkeit. Der Freispruch Stříbrnýs bedeute für die sozialdemokratische Organisation einen Schlag und sei für den Aufschwung der nationalsozialen Organisation von größter Bedeutung. Durch diese Rede und durch das ganze Verhalten des Angeklagten ist der Prozeß Gegenstand politischer Erwägungen geworden. Nicht Richter sollten dem Sinne dieser Rede nach entscheiden, sondern politische Parteigegner des Privatklägers. Die Geschwornen verneinten die Hauptfrage betreffend die Verübung der Ehrenbeleidigung, und somit hätte die Beantwortung der Frage, ob der Wahrheitsbeweis gelungen ist oder nicht, dem Gesetze nach entfallen müssen. Trotzdem und trotz der Belehrung des Vorsitzenden beantworteten die Geschwornen auch die Frage betreffend den Wahrheitsbeweis und erklärten, der Wahrheitsbeweis sei gelungen. Auf die Bemerkung des Vorsitzenden, daß diese Frage nicht beantwortet hätte werden sollen, erklärte der Obmann der Geschwornen, der Baumeister Richter, daß die Geschwornen dies tun wollten.

Was ist die Schlussfolgerung dieses sonderbaren Prozesses? Die Geschwornen haben zwar — gesetzwidrig, da die Hauptfrage verneint worden ist — die Frage, ob der Wahrheitsbeweis gelungen ist, bejaht. Bedeutet dies für die objektiv denkende Öffentlichkeit, daß Redakteur Stříbrný den Wahrheitsbeweis auch wirklich erbracht hat? Der Ausfall des Prozesses wäre derselbe gewesen, wenn statt der zwölf Hausbesitzer, Baumeister und Agrarier etc., zwölf tschechische oder deutsche Nationalsoziale zu Gericht gesessen wären. Das ist doch selbstverständlich, daß die Unternehmer ein politisches und Klasseninteresse daran haben, die sozialdemokratischen Führer als Verräter zu stempeln und gegen sie unter der Arbeiterchaft Mißtrauen zu säen. Und ebenso sind sie an dem Aufschwung der nationalsozialen Generalkassen interessiert, da ihnen dieselben vorzügliche Dienste in der Unterbindung des Klassenkampfes leisten. Sie gründen sich ja zu ihrem Nutzen nationalsoziale, gelbe Organisationen. Für die objektiv denkenden Eisenbahner wird daher nicht der Ausspruch der Geschwornen, sondern bloß die Ergebnisse des Beweisverfahrens maßgebend sein. Und diese sprechen klar und deutlich für Tomšič und gegen Stříbrný. Stříbrný fordert Tomšič zur Klage auf und verspricht, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Erklärt vorerst, seine Anträge binnen acht Tagen zu machen, dann erklärt er, dies vor der Hauptverhandlung zu tun, und schließlich behält er sich die Beweisangebote bis zur Hauptverhandlung vor. Er überreicht knapp vor der Hauptverhandlung einen Antrag, wiederholt ihn aber bei der Hauptverhandlung nicht mehr. Bei der Hauptverhandlung führt er keinen einzigen Beweis, auch nicht durch seinen Parteigänger Burival, und vereitelt sogar die Einver-

nahme des wichtigsten Zeugen, Minister Derichatta. Die vom Abgeordneten Tomisch geführten Zeugen erklären bei der Hauptverhandlung die Behauptungen Stribrny für unwahr, und trotzdem mag es Stribrny nicht einen einzigen Beweis dagegen anzubieten. Ueber Antrag des Redakteurs Stribrny wurde sein einziger Beweis durchgeführt, desto weniger kann ihm der Wahrheitsbeweis gelungen sein.

Der Zweck des Prozesses ist trotz des Ausspruches der Geschwornen erreicht. Das nationalsozialistische Blatt ist gezwungen worden, Farbe zu bekennen. Solange es galt, ohne Beweis und ohne sachliche Grundlage zu verleumden, da war es groß. Als es jedoch zum Beweisen kam, ist es ausgekniffen und hat sich unter die Fittiche von nationalen Phrasen geflüchtet. Den Beweis über seine Verleumdungen ist es schuldig geblieben.

Disziplin und Demokratie in den Gewerkschaften.

I.

In letzter Zeit ist in einer Reihe von insbesondere reichsdeutschen Gewerkschaftsblättern wie in den wissenschaftlichen Revuen der Partei in ziemlich vielseitiger Weise über das Verhältnis der Führer zur Masse diskutiert worden. Daß der Gegenstand auch bei uns überall, wo das Wachstum von Partei und Gewerkschaft andere Regeln und eine andere Plattform des Kampfes notwendig macht, aktuelles Interesse erheischt, ist wohl nicht zu leugnen. Eine Bewegung, die sowohl in ihrer Größe wie in Beziehung auf den Kreis ihrer Aufgaben wächst, gelangt notwendig zu einem Punkt, wo es scheint, als ob eine Art von aus der Bewegung selbst herausgewachsenen Oberlichte, den Zusammenhang mit der eigentlichen Masse verloren hat. Die Aktionsfähigkeit und die Schlagkraft einer großen Bewegung erfordert zunächst straffe Einheitlichkeit und Disziplin, die zuweilen als Gegensatz zur Demokratie dem eigentlichen Prinzip jeder großen Volksbewegung empfunden wird. Daß diese Empfindung besonders dann, wenn sie von der demagogischen Absicht unserer Gegner künstlich geschürt wird, zuweilen in einer Weise in Erscheinung tritt, die sehr häßlichen persönlichen Charakter annimmt, ist eine Tatsache, die jeder Gewerkschaftler gewiß aus eigener Erfahrung kennt.

Genau gesehen, ist dieser Komplex der Erscheinungen nur zu begrifflich: die Masse, um die es sich handelt, ist ganz im Gegensatz zu viel geäußerten Meinungen an sich weder gut noch schlecht. Ihre inneren Vorzüge und Nachteile sind Niederschläge des Kapitalismus und in der Masse kristallisiert sich sozusagen alles zur schärfsten Form, was das Wesen des Kapitalismus als menschliche Psyche hervorbringt. Die Arbeiterbewegung in ihrer ursprünglichen Form ist zunächst die psychologische Gegenentzeng gegen die Unterdrückung und alle Schlechtigkeiten, die der Kapitalismus in sich schließt. Mit der Erkenntnis, die der Arbeiter aus den Zuständen schöpft, gegen die er sich in der Masse organisiert auflehnt, saugt er zugleich auch tiefes Mißtrauen gegen alles, was sich auch nur scheinbar und äußerlich von seiner eigenen Klasse entfernt hat, ein. Daß dieses Mißtrauen zuweilen für die Gegner zum Gaudium und für die Gewerkschaften zum schweren Schaden, auf Irrwege gerät, das hat man wohl wiederholt aus jenen häßlichen Vorwürfen erfahren, die den Gewerkschaftsbeamten die „hohen Gehälter“ weiden, die erfahrungsgemäß selbst in den leitenden verantwortungsvollen Stellen zumeist weit entfernt unter jenem Durchschnitt stehen, wie sie sonst in ähnlichen bürgerlichen Stellungen bezahlt werden.

Solche und ähnliche Angriffe, die dem Gewerkschaftsbeamten sein ohnehin schwieriges und aufreibendes Amt vereiteln können, kommen nun freilich zumeist aus Kreisen, deren ganzes Fühlen und Denken noch von der bürgerlichen Demagogie vergiftet ist, und in denen man von jenen Opfern, die gerade wieder mancher von den geschmähten Gewerkschaftsbeamten einst an Gesundheit, Existenz und vielfach auch an persönlicher Freiheit — gebracht hat, wohl blutwenig weiß.

Aber dies ist nur die eine Seite, über die man auf die Dauer nicht ohne offene Aussprache hinweggehen soll. Die Differenzen zwischen Gewerkschaftsbeamten und Masse können zuweilen ernster Natur werden, wo es sich um sachliche Meinungen und um die Austragung tief einschneidender strategischer Streitfragen handelt, von deren richtiger Entscheidung schließlich Erfolg oder Mißerfolg in allen gewerkschaftlichen Aktionen abhängt. Nun muß gerade heute die Zeit, wo den einzelnen Gruppen und lokalen Organisationen in den gewerkschaftlichen Verbänden eine möglichst schrankenlose Selbständigkeit und weitestgehende Bewegungsfreiheit eingeräumt blieb, mit Rücksicht auf die ganze wirtschaftliche Konstellation als überwunden betrachtet werden. Jene Art von Demokratie, durch die die Entscheidung darüber, ob irgendwo gestreift werden sollte, in die Hände der Mitglieder gelegt wurde, die einfach in einer Versammlung darüber ihr Votum abgaben, kann heute längst nicht mehr oder doch nur in sehr beschränkter Form geübt werden. Je weiter aber die Organisationen der Unternehmer fortschreiten, desto mehr werden erfahrungsgemäß die Kämpfe lokaler Natur dazu benötigt, um Aussparungen in ganzen Berufen zu verhängen und Massenaktionen ins Werk zu setzen, die von der Arbeiterschaft nur durch größte Einheitlichkeit in ihrem Vorgehen und durch straffe Disziplin abgewehrt werden

können. Das Feld der Aktionsfreiheit wird unter solchen Umständen naturgemäß immer begrenzter werden und das demokratische Prinzip in seiner ursprünglichen Form muß wohl oder übel einer Revision unterzogen werden, wenn man nicht will, daß dem Feind die Angriffsflächen leicht gemacht werden. Die geänderte Sachlage hat nun nicht allein zur Folge, daß manche Sonderwünsche unberücksichtigt bleiben und manche gefühlmäßige Aufwallungen von der besseren nüchternen Erkenntnis niedergehalten werden müssen, sie schafft auch nebenbei noch für die leitenden Funktionäre der Gewerkschaften eine sehr ungünstige Situation, die für populäre demokratische Auffassung sehr wenig geeignet ist. Die Unternehmer selbst sind, wenn es sich bei ihnen um dieselben taktischen Fragen handelt, bedeutend im Vorteil; ihre Zahl ist beschränkt und ihre Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Zusammenhänge ist ja meist eine bessere, als man sie bei der großen Masse der Arbeiter voraussetzen darf. Sie verhandeln hinter geschlossenen Türen und brauchen nicht zu fürchten, daß ihre Pläne und Abmachungen schon vorzeitig in die Öffentlichkeit auch dem Gegner bekannt werden. Sehr treffend hat diese Umstände A. v. Elm in einem Artikel der „Neuen Zeit“ bezeichnet, wenn er sagt:

„In einem Krieg dem Feind seine Pläne offen darlegen, ist alles, nur keine Strategie. Die Verhältnisse haben deshalb die Gewerkschaften geradezu gezwungen, die Entscheidung in letzter Instanz einer kleinen Zahl von Personen, in der Regel den Zentralvorständen zu übertragen. Diese und die lokalen Funktionäre der Gewerkschaften, die statutenmäßig die Beschlüsse der Zentralvorstände auszuführen haben, kommen nun ganz naturgemäß in die Lage, recht häufig „bremsen“ zu müssen. Die Streikenden fassen in der Regel die Situation optimistisch auf. Zahlreiche Beispiele ließen sich dafür anführen, daß die Streikenden selbst dann noch, wenn für jeden unbefangenen Beobachter die Aussichtslosigkeit weiterer Kämpfe ohne Zweifel feststand, an den baldigen Sieg glaubten.“ Aus solcher gegenfälligen Auffassung entspringt nun, wie v. Elm mit Recht hervorhebt, ein mitunter tief einschneidender Konflikt zwischen „Führer“, wie nun die Gewerkschaftsbeamten einmal heißen, und „Masse“. Während es nun manchem scheint, als handle es sich dabei um konservative Elemente und um ein führende Personen oft vorgeworfenes „Ruhebedürfnis“, das die Gewerkschaften auf einen toten Punkt festlegen möchte, ist es in Wahrheit der tiefere Einblick in die jeweilige geschäftliche Konjunktur und in das innere Wesen der sozialen Vorgänge überhaupt, daß der Gewerkschaftsbeamte zweifellos vor der Masse voraus hat. Wie sehr er auch immerhin irren kann und so wenig auch sonst seinem Urteil auch nur im entferntesten eine Unfehlbarkeit zukommt, so bringt es doch die berufsmäßige Beschäftigung mit sich, daß sich die Einsicht und das Verständnis für Erscheinungen und Dinge schärft, die in der großen Masse der Arbeiterschaft niemals in demselben Maße geläufig sein können.

Daß aber bei alledem dem Gewerkschaftsbeamten die einfache taktische Klugheitsregel verbietet, Erkenntnisse, die für sein Verhalten bestimmend waren, vor aller Öffentlichkeit auszusprechen, verschärft noch zuweilen das Mißverständnis, das in den Reihen der eigenen Genossen auf solche Weise entsteht. Je schlauer der Gegner seine Pläne schmiedet, und je schärfer er unser Tun beobachtet, desto mehr gebietet es die strategische Klugheit, auch in unseren Reihen vieles geheim zu halten, um nicht dem Feind seinen Kriegspfan gegen uns zu erleichtern. Daraus folgt natürlich, daß der, der im gewerkschaftlichen Leben und in den Kämpfen, die auszufechten sind, ausführendes Organ ist, jene Bewegungs- und Entwicklungsfreiheit braucht, die es ermöglicht, in jedem gegebenen Moment das zu tun oder zu unterlassen, was er auf Grund seiner Erfahrungen und seiner Sachkenntnis für gut findet. Damit ist aber gesagt, daß auch die schärfste Demokratie keine endlosen Weiterungen und keine Extravaganzen verträgt. Eine Demokratie ohne Disziplin wird eben nur ein Chaos gebären können, für das wahrlich in den Gewerkschaften der schlechteste Platz ist. So Großes unter einer vernünftigen Demokratie zu gedeihen vermag, so unheilstiftend können aber hier bloße Schlagworte wirken, die, so schön sie auch klingen, mit demokratischen Grundfäden nicht das geringste gemein haben. Worte sind Schall und Rauch, ihr Inhalt dagegen alles!

Fr. L.

Klassenbewußtsein und Selbstbewußtsein*).

IV.

—r. Wenn wir nach der Quelle forschen, aus der das stark ausgeprägte Selbstbewußtsein des modernen Proletariats entspringt, so stoßen wir auf eine Erscheinung, die dem proletarischen Klassenkampf der Gegenwart ihr charakteristisches Gepräge aufdrückt. Es ist dies der Zusammenschluß der Massen zu mächtigen Organisationen. Was wir noch niemals in der Menschheitsgeschichte beobachtet haben, das sehen wir heute: die unterdrückten, entrechteten, verelendeten Proletarier aller Kulturländer ballen sich zusammen zu einheitlichen, straffen Organisationen, um durch gemeinsames, planmäßiges Vorgehen sich vom Sklavenjoch

* Siehe die gleichnamigen Artikel in Nr. 3, 4 und 6 des „Eisenbahner“.

zu befreien und neue, bessere Zustände zu schaffen. Mögen auch die Mittel und Wege verschieden sein, mag auch die Organisationsform wechseln, das Ziel ist für alle Klassenbewußten Proletarier dasselbe. Und so sehen wir denn, wie das Proletariat in hellen Haufen herbeiströmt und sich unter dem roten Banner des Sozialismus zusammenschart zum organisierten Klassenkampf. Das Koalitionsrecht ist die Grundlage des modernen Rechtslebens, das unantastbare Heiligtum des modernen Proletariats, die Koalitionspflicht ist der oberste Grundsatz proletarischer Moral. Disziplin, Opfermut und Solidarität sind die höchsten Tugenden eines Klassenkämpfers und der organisierte Klassenkampf, der alle diese Elemente in sich zusammenfaßt, ist die vollkommenste Form menschlicher Entwicklung.

Um die Bedeutung der Organisation im modernen Emanzipationskampf zu erkennen, braucht man nur hingucken in jene Zeiten und in jene Gegenden, in denen die Organisationen noch unbekannt sind, und man braucht sie nur zu vergleichen mit jenen Zeiten und Gegenden, die unter dem Zeichen der Organisation stehen. Das moderne Proletariat verdankt sein Emporstreigen lediglich seinen Organisationen. Als der Kapitalismus auf der Bildfläche erschien unter der hochtrabenden Devise: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! merkte man in der Praxis nichts von einer Verwirklichung dieser Ideale, im Gegenteil, die Verelendungstendenzen des Kapitalismus machten sich überall bemerkbar; es hatte wirklich den Anschein — und selbst Marx teilte damals diese Auffassung — daß die Masse des Volkes immer mehr ins Elend herabgedrückt werde. Aber diese damals weitverbreitete Verelendungstheorie hat kläglich Schiffbruch gelitten; es entstanden proletarische Kampforganisationen und nun setzte ein unverkennbarer Aufstieg des Proletariats ein, eine Wiedergeburt der Arbeiterklasse trat immer deutlicher zutage. Selbstverständlich beschränkte sich dieser Erfolg zunächst auf jene Gegenden, in denen starke Organisationen vorhanden waren. Wo anders finden wir ein hochentwickeltes Proletariat, als dort, wo wir hochentwickelte Organisationen haben? Das Kulturniveau der Arbeiterklasse steigt mit der Stärke der Organisationen, die Organisation ist das Barometer, das die Kulturhöhe des Proletariats anzeigt.

Die Wirkung der Arbeiterorganisationen leuchtet auch dem blödesten Auge ein: sie verschaffen dem Arbeiter wirtschaftliche und politische Vorteile, sie verschaffen ihm Ansehen in der Gesellschaft, sie erziehen ihn zu einem Kulturmenschen, sie bringen ihm Aufklärung und Bildung und sie verbessern seine moralische Haltung. Und vor allen Dingen verleihen sie ihm ein starkes Selbstbewußtsein. Ein organisierter Arbeiter steht turmhoch über seinen unorganisierten Kollegen und er trägt auch das Gefühl dieser Ueberlegenheit in sich. Ein unorganisierter Arbeiter ist ein minderwertiger Mensch und sein ganzes Wesen trägt auch nach außen hin den Stempel dieser Minderwertigkeit. Dort, wo die unorganisierten Arbeitermassen die Mehrzahl bilden, beobachten wir geistigen und wirtschaftlichen Druck, Entrechtung und Verflawung; es fehlt dort Energie und Kraftbewußtsein, mit gekrümmten Rücken und hängenden Köpfen wandeln sie durchs Leben, diese Stiefkinder der Gesellschaft, in Alkohol, in blöden Vergnügungen und in stumpfsinniger Trömmigkeit erschöpft sich ihr Dasein.

Wie ganz anders die Arbeiter, denen ihre Organisation Stärkung und Rückhalt verleiht! Sie wissen, welche große Bedeutung ihre Tätigkeit im wirtschaftlichen Leben hat. Sie fragen mit dem Dichter:

Wer schafft das Gold zu Tage,
Wer hämmert Erz und Stein,
Wer webet Tuch und Seide,
Wer bauet Korn und Wein,
Wer gibt den Reichen all ihr Brot
Und lebt dabei in bitterer Not?

Und sie antworten mit den Brusttönen der Ueberzeugung: „Das sind die Arbeitsmänner, das Proletariat!“ Was das Christentum im Laufe von fast zwei Jahrtausenden nicht fertiggebracht hat, das hat das organisierte Proletariat in wenig Jahrzehnten erreicht, es hat die Arbeit geädelt und das Nichtstun verächtlich gemacht. Die organisierten Arbeiter tragen das Bewußtsein ihres Wertes und die Ueberzeugung von ihrer Unentbehrlichkeit in sich. Die Wahrheit der Herweghschen Verse ist ihnen in Fleisch und Blut übergegangen:

Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erlerne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.
Deiner Dränger Schar erblaßt,
Wenn du, müde deiner Last,
In die Erde lehnst den Pflug,
Wenn du rufst: Es ist genug!

Aber das organisierte Proletariat will dieses Selbstbewußtsein auch in die Tat umsetzen. Es hat seine große Aufgabe in der Entwicklung der Menschheit erkannt und es hat den festen Willen, diese Aufgabe zu erfüllen. Es will Not und Elend beseitigen, es will eine Gesellschaft gründen, die auf den Prinzipien der Vernunft, der Gerechtigkeit und der sozialen Moral beruht, es will das alte Unrecht in neues Recht verwandeln. Es hat den Klassenhaß überwunden und es verwirft den gewaltsamen Umsturz, in zäher, unermüdlicher, positiver Arbeit will es jeden Fußbreit des ersehnten Neulands erobern. Darum auch hat es das Dichterwort auf seine Fahne geschrieben:

Wir sind die Kraft! Wir hämmern jung das alte,
morische Ding, den Staat,
Die wir von Gottes Zorne sind bis jetzt das Proletariat!

Das Klassenbewußtsein verbindet sich mit dem
Kraftbewußtsein, das Rechtbewußtsein mit dem Pflicht-
bewußtsein, und als die höchste Blüte erscheint das
proletarische Selbstbewußtsein.

Das Auftreten der modernen Arbeiter, ihre Welt-
anschauung und ihre Taktik legt Zeugnis ab von
diesem gesteigerten Selbstbewußtsein. Ein moderner
Arbeiter tritt vor den Kapitalisten hin und spricht:
„Du hast einen großen Geldsack, ich habe einen kleinen
Geldbeutel, aber als Mensch bin ich dir gleich!“ Er tritt
mit Männerstolz hin vor den Königsthron und spricht:
„Ehrt den König seine Würde, ehret uns der Hände
Fleiß!“ Er nimmt sich das Schillertwort zum Wahl-
spruch: „So hochgestellt ist keiner auf der Erde, daß
ich mich selber neben ihm verachte!“ Und da er weiß,
daß sein Recht auf Menschenwürde und menschen-
würdiges Dasein, auf soziale und wirtschaftliche
Gleichheit einstreifen noch in der Theorie stecken ge-
blieben ist, so ist er bereit, alles daranzusetzen, um die
Welt nach seinem Willen umzuformen. Das aus dem
Klassenbewußtsein herausgewachsene proletarische
Selbstbewußtsein der Masse ist die Triebkraft im
Emanzipationskampf, es bietet die Gewähr für einen
endgültigen Sieg des auf dem gleichen Genußrecht und
der gleichen Arbeitspflicht beruhenden Sozialismus.
Denn eine Klasse, die das Bewußtsein ihres Wertes
und das Gefühl ihrer Kraft in sich trägt, ist unbe-
siegbar.

Holländische Eisenbahnverhältnisse.

Eigenbericht des „Eisenbahner“.

Wie die Leser vielleicht wissen, hat man in
Holland Privatbetrieb der Eisenbahnen. Zwei Gesell-
schaften, die Gesellschaft für den Betrieb von Niederländi-
schen Staatsbahnen (S. S.) und die Holländische
Eisenbahngesellschaft (H. J. S. M.), sind die bedeu-
tendsten; daneben hat man noch zwei kleinere Gesell-
schaften, welche jedoch ganz und gar von der S. S.
abhängig sind.

Von einem finanziellen Gesichtspunkt aus be-
trachtet, war der Betrieb gewöhnlich nicht vorteilhaft,
welcher Umstand darauf zurückzuführen ist, daß die
Gesellschaften zu klein sind und einander starke Kon-
kurrenz machen, wodurch die letzten Jahre die Betriebs-
ausgaben ganz erheblich gesteigert sind. Am 1. Jänner
1911 haben jedoch für den Personenverkehr die S. S.
und die H. J. S. M. eine Betriebsvereinbarung mit-
einander abgeschlossen, welcher im nächsten Jahre
ein Uebereinkommen für den Güterverkehr wohl folgen
wird, wodurch die Konkurrenz ganz und gar beiseite
gestellt wird und dem Monopol Raum gegeben wird.
Die finanziellen Ergebnisse dieses Uebereinkommens sind
jedoch natürlich noch nicht bekannt.

Der holländische Staat, welcher eine große Zahl
der Linien gebaut hat (mit Geld, das er aus den
Kolonien geraubt hat) und diese den zwei genannten
Gesellschaften vermietet, bekommt im Durchschnitt denn
auch nicht mehr als 1½ Prozent seines Anlagekapitals.

Zufolge diesem ungünstigen Erfolg des Betriebes
und durch eine auch weiter für den Staat sehr un-
vorteilhafte Betriebsvereinbarung haben sich allmählich
Stimmen erhoben, der Staat solle selbst die Eisen-
bahnen verwalten. Vor einigen Jahren wurde im
Parlament ein Antrag bezweckend den Staatsbetrieb
einem Ausschuss überwiesen, welcher jedoch wie jeder
Parlamentärausschuss sehr langsam arbeitet, so daß es frag-
lich ist, ob er je mit seiner Arbeit fertig werde. Ein Parla-
mentärausschuss heißt in Holland darum regelmäßig
„Haubenstock“ und ich habe keinen Anlaß, den Aus-
schuss für den Staatsbetrieb der Eisenbahnen anders
zu bezeichnen.

Unter der langjährigen Oberherrschaft des Liberalis-
mus jedoch kam die Sache keinen Schritt weiter.
Der Liberalismus hütete ängstlich dafür, daß der
Staat sich in Angelegenheiten mische, welche sich nicht
auf reine Verwaltungssachen beziehen. Daher kein
Staatsbetrieb, daher keine soziale Gesetzgebung; der
Staat sei Instrument der Verwaltung und keine ge-
werbliche Unternehmung. Es sei Sache der Sonder-
personen, diesen Betrieb auszuüben, es sei keine Sache
der Regierung, sich in die Arbeitsbedingungen der
privaten Arbeiter zu mischen, also auch nicht der
Eisenbahnarbeiter.

Wie wohl langsam, haben sich doch auch in Holland
die Klassengegensätze zugespitzt. Die Anschauungen
änderten sich unter dem Druck der Arbeiterklasse all-
mählich. Die Regierungen in Holland sind wie in
jedem kapitalistischen Land wesentlich immer arbeiter-
feindlich gewesen. Die liberalen oder freisinnigen Re-
gierungen waren manchmal arbeiterfreundlich, aber das
war nur äußerer Schein, die liberalen Regierungen
waren mehr öffentlich arbeiterfeindlich. Ob es nun
die öffentliche Arbeiterfeindseligkeit gewesen ist oder
der Umstand, daß die Arbeiter den Hintergrund der
Arbeiterfreundlichkeit durchblickten, weiß ich nicht genau,
aber auch der holländische Arbeiter sah am Ende ein,
daß in beiden Fällen der Zweck sei, den Kapitalismus
zu schützen gegen die Beanspruchungen der Arbeiter.
Und die Arbeiter hatten, wiewohl spät, gelernt, ihrer
eigenen Kraft zu trauen. Das Klassenbewußtsein wuchs,
Gewerkschaften wurden in vielen Betrieben gegründet,
eine tüchtige Bewegung der Arbeiterklasse war überall
zu beobachten.

Auch die Eisenbahnerorganisation entstand; erst
ein Beamtenverein, welcher sich jedoch bald in
eine Arbeiterorganisation umwandelte. Die Eisenbahn-

gesellschaften jedoch waren sehr kräftig. Jeder Versuch
der Gewerkschaft, die Arbeitsbedingungen zu verbessern,
unterlag den Interessen der Aktionäre und blieb
erfolglos. 25 lange Jahre blieben diese Arbeits-
bedingungen unangewandelt. Die Unzufriedenheit stieg
erheblich. Als endlich der erste Sozialdemokrat, Domela
Nieuwenhuis, ins Parlament eintrat, wies er die
Unzulänglichkeit der Löhne, der Arbeitszeit und des
Rechtsschutzes nach, verwies er auf die grobe Willkür
der Gesellschaften und forderte die Regierung auf, zu-
gunsten der Eisenbahner einzugreifen.

Die Regierung erklärte jedoch das Verhältnis der
Eisenbahngesellschaften zu ihren Personalien als eine
Privatangelegenheit, die Regierung würde daran nichts
ändern.

1903 jedoch, als noch immer die Löhne und
Arbeitszeiten dieselben geblieben waren, war die Gärung
so groß geworden, daß das Personal der H. J. S. M.
in Amsterdam urplötzlich, ohne Warnung, unter dem
Einfluß des Anarchismus die Arbeit einstellte. Der
Streik war ganz unvorbereitet, keine Unterhandlungen
der Organisation mit den Gesellschaften waren zuvor-
gegangen (die stolzen Direktionen erkannten die Ge-
werkschaft nicht als den Vertreter der Arbeiter und
wollten daher nicht mit ihr unterhandeln), der Vor-
stand der Organisation war des Streiks ganz un-
kundig. Seine direkte Ursache war die Solidarität mit
den Hafenarbeitern, für die Streikbrecherarbeit ge-
macht hätte werden sollen.

Bald hatte sich der Streik, der sich in Hülle und
Fülle an der großen allgemeinen Unzufriedenheit nähren
konnte, ausgedehnt über die wichtigsten Zentren der
Eisenbahnen, und er war allgemein auf den Linien der
H. J. S. M., so wie auf der S. S.

Die Hauptleitung der Organisation (die Neder-
ländische Vereinigung von Spoor- en Tramwegpersoneel),
welche sich vom Anarchismus völlig ferngehalten hatte,
nahm augenblicklich die Leitung der Bewegung an sich
und versuchte, mit den Gesellschaften über die inzwi-
schen gemachten Forderungen zu unterhandeln. Die For-
derungen der Organisation wurden größtenteils be-
willigt. Die „Niederländische“ erstarkte durch diesen
Kampf sehr.

Jetzt, wo die Arbeiter siegten und der Kapita-
lismus im ökonomischen Kampf erlegen war, sollten
die politischen Mächte des Kapitalismus ihre Arbeit
tun, wie immer im Klassenkampf.

Die Regierung sichtigte mit großer Schnelligkeit ein
Zwangsgesetz für die Eisenbahner zusammen, wobei
dieses das Streikrecht abgenommen wurde und auch
ein Teil von ihnen unter Militärdisziplin gesetzt wurde,
um in Streikfällen als Streikbrecher zur Verfügung der
Regierung zu bleiben.

Während der Beratungen im Parlament
trat die ganze organisierte Arbeiterschaft (sozialdemo-
kratische wie anarchische) in den Generalstreik, einen
Streik, der ganz mißlang und welcher die Vernichtung
der Eisenbahnerorganisation zu Folge hatte.

Hunderte Eisenbahner wurden gemahregelt, jede
Aeuerung eines neuen Auflebens der gewerkschaftlichen
Tätigkeit wurde, besonders von der H. J. S. M. mit
strengen Maßregelungen unterdrückt. Die Niederländische
Vereinigung konnte die nächsten Jahre nicht wieder den
alten Einfluß an sich bringen, welcher ihr zuvor zur
Verfügung stand.

Auch die Regierung hatte jedoch aus diesem Streik
gelernt. Fernerhin sollten die Arbeitsbedingungen von ihr
genehmigt werden, und in der Tat fanden manche
Verbesserungen in diesen Bedingungen statt: Lohn-
erhöhungen wurden gewährt, Schiedsgerichte für Diszi-
plinarstrafen wurden eingeführt. Die Unzufriedenheit
sollte beseitigt werden durch Errichtung eines neuen
Instituts einer Gruppenvertretung, welche an die Stelle
der Organisation treten sollte.

Die Gruppenvertretung wurde jedoch von dem
Personal mit großem Argwohn aufgenommen und jeder
Eisenbahner sowie jedes Parlamentsmitglied und auch
der Minister nennt die Errichtung dieses Instituts einen
Fehltritt. Zur Einstellung seiner Arbeit ist es aber bis
jetzt noch nicht gekommen.

Das Eisenbahnpersonal, besonders das der S. S.
und auch die Straßenbahner haben sich nach einigen
Jahren der Zurückhaltung wieder an die Organi-
sation gewendet, erst vorsichtig, jetzt wieder öffentlich.
Auch das H. J. S. M.-Personal (welchem immer noch
die ärgsten Scharfmacher drohen) tritt wieder in die
alten Reihen. Und jetzt ist die Niederländische Vereini-
gung wiederum die bedeutendste Eisenbahnerorgani-
sation geworden. Am 1. Jänner hatte sie wieder
etwa 2500 Mitglieder, die Gruppenvertretung für
75 Prozent des Personals ist in ihrer Macht, sie hat
drei (alle) Verwalter in der Pensionsklasse sitzen, ein
von H. Sneeveliet tüchtig redigiertes Blatt, das auch
von Nichtorganisierten eifrig gelesen wird, und propa-
giert wieder öffentlich den Klassenkampf. Mit einem
Wort — sie wird wieder eine tüchtige Gewerkschaft,
welche bald wieder eine Machtstellung einnehmen wird.

Selbstverständlich ist dies der Regierung, welche
nach dem Generalstreik von 1903 die Vormundschaft
über die Gesellschaften an sich genommen hat, nicht
angenehm. Obendrein nicht, nachdem sie weiß, daß sie
früher oder später selbst die Verwaltung wird über-
nehmen müssen.

Der liberale Minister Kuiper hat schon 1903
versucht, die Arbeiterbewegung zu zerplündern, besonders
die Bewegung der Eisenbahner und der Arbeiter in
öffentlichen Diensten; die gesamte Arbeiterschaft hat
daher den Wahlzettel benützt, um Kuiper heimzuschicken.

Jetzt ist die Regierung wiederum eine liberale
und wiederum versucht sie jetzt, die aufblühende Eisen-
bahnerbewegung zu zertrümmern. Beschwerden der

Nederl. Vereinigung beim Minister über Abweichungen
von den gesetzlichen Vorschriften bleiben ohne Erfolg. Die
Willkür der Direktionen betreffs ihrer Arbeiter wird
von der Regierung nicht nur gebuldet, sondern eben
im Parlament verteidigt. Mehrere Entlassungen haben
1909 stattgefunden, der katholische Eisenbahnminister
Regout griff niemals ein, das Schiedsgericht hat nicht
die Befugnis, ein Urteil abzugeben über diese Ent-
lassungen.

Das Personal ist von diesem Minister wieder
ganz vogelfrei erklärt für die Gesellschaften, welche
mit Banden großer Solidarität an den Minister ver-
knüpft sind: der Klassen-solidarität des Kapitalismus.

Die Direktionen haben bis jetzt nicht einmal
immer Ursachen für die Entlassungen der Mitglieder
genannt, die Rechtlosigkeit ist jetzt schon so weit ge-
kommen, daß bei der H. J. S. M. in Zaandam vor
einigen Wochen ein Mottenarbeiter Franken ent-
lassen wurde, weil er sich damit beschäftigte, in seinen
freien Stunden neue Mitglieder für den Verein zu
werben.

Der Minister, ein Großindustrieller, verteidigt im
Parlament die Gesellschaften gegen die heftigen An-
klagen der sozialdemokratischen Abgeordneten, ja er ist
noch viel weiter gegangen.

In der Etatsitzung hielt er einen grimmigen Vor-
trag gegen die Organisation. Er erkenne völlig das
Recht der Eisenbahner an, sich zu organisieren,
aber die Niederländische Vereinigung wolle die Autorität
untergraben, der Vorstand schreibe unanständige Briefe
an den Minister, sie wolle nicht die Arbeitsbedingungen
verbessern, sondern nur Unzufriedenheit säen und be-
absichtige weiter nur die Propaganda für die Sozial-
demokratie. Bei den Absichten des Ministers und der Ge-
sellschaften, die Pensionsbedingungen des Personals zu
verbessern, habe er nochmals die Ueberzeugung be-
kommen, die Niederländische Vereinigung sei keine bona
fide-Organisation. Mit zwei Verwaltern der Pensions-
kasse, Genossen Rosenvelde und van Braam-
beek habe er zusammen gesprochen, und dort hätten
sie nur wenig oder keine Beschwerden gegen die neue
Regelung angeführt. Aber auf dem Pensionskongress,
der am 23. Oktober von der Niederländischen Vereini-
gung in Utrecht abgehalten wurde, hätten sie eine für
den Minister ganz unfreundliche Resolution vorgelegt,
welche beinahe einstimmig angenommen wurde (etwa
50 Prozent der Kongressbesucher waren Mitglieder der
christlichen und Kategorienorganisationen).

Er sehe daraus auch wieder, daß es nicht der
Zweck der Organisation wäre, die Pensionsbedingungen
des Personals zu verbessern, sondern nur um ordnungs-
feindliche Anschauungen unter das Personal zu streuen.
Vorläufig nehme er sein Pensionsgesetz zurück und das
hätte die Niederländische Vereinigung getan. Er versprach
der Kammer und besonders den sozialdemokratischen
Abgeordneten, trotz des Ernstes der Lage vorzubeugen,
daß weiter die revolutionäre Gesinnung einwirke.

Die Zaandamsche Entlassung, welche unmittelbar
diesen Worten folgte, war die Befestigung dieses Ver-
sprechens. Die christlichen und verschiedene kategorische
Organisationen bestärken den Minister und die Gesell-
schaften in ihren Berechnen. Zweifellos werden noch
weitere Entlassungen folgen, vielleicht auch bei der
größten Gesellschaft (der S. S.), welche bis jetzt noch
am wenigsten als Scharfmacher auftrat.

Dazu kommt noch, daß auch Schwierigkeiten
entstanden sind mit der „Hantsche Tramweg Maats-
schap“, welche ihr Personal auffordert, kollektiv aus
der Niederländischen Vereinigung auszutreten, um einen
neuen von ihr anerkannten Personalverein zu gründen.
Diese Forderung der Straßenbahndirektion wurde
jedoch mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt. Es ist
aber fraglich, ob die Direktion ihre finsternen Drohungen
ausführen wird, da vor dem Personal von 650 Mann
425 Mitglieder der Niederländischen Vereinigung sind.

Die Organisation ist also zum zweitenmal in
eine Krise gekommen. Mit ihrer Entwicklung ist sie
auf den mächtigen Feind, den Kapitalismus gestoßen,
was ja unvermeidlich ist.

Der Organisation wird es schwer werden, diesen
Feind zu überwinden. Das Streikrecht ist ihr genommen,
obendrein ist die Mitgliederzahl und ihr Kassenbestand
noch viel zu gering, dann gibt es noch zu viel Streik-
brecherorganisationen, von oben gegründet, und die
ganze Arbeiterbewegung in Holland ist noch zu schwach.

Leider sind in der Organisation und in dem
Hauptvorstand ebenfalls Uneinigheiten aufgetreten,
zum Glück nur persönlicher Art, welche die am 7. bis
8. Jänner abzuhaltende Generalversammlung in Amster-
dam beseitigen muß.

Eine kluge Leitung jedoch, der vollständige Zu-
sammenhang mit der ganzen Gewerkschaftsbewegung,
und das gute Verständnis mit der politischen Arbeiter-
organisation, der S. D. N. P., wird die schwereren
Hindernisse abstellen; die vielen kleinen und größeren
Kämpfe werden die Organisation stärken im Klassen-
kampf.

Die Feinde der Organisation sind jetzt deutlich
erkennbar. Das Wesen des Kampfes kann jeder
durchschauen, die Propaganda wird dadurch einfacher.
Die Zuspitzung der Klassengegensätze, ein Bismarcksches
Berechnen der Regierung und eine Hez der Gesell-
schaften, sie werden alle die Organisation fördern
und innerlich stärken, auch in einem ökonomisch so
zurückgebliebenen Lande wie Holland. H. J. v. B.

**Gelesene Nummern des „Eisenbahner“ wirft
man nicht weg, sondern gibt sie an Gegner
und Indifferente weiter.**

Wohnungsfürsorge.

Kein Ministerium gibt in all seinem Belangen so viel Anlaß zur Unzufriedenheit und zu Beschwerden, wie das Eisenbahnministerium. Die Abgeordneten aller Parteien des Parlaments wissen durch die verschiedenen Interventionen, die sie im Auftrage ihrer Wähler ausführen mußten, ein Lied davon zu singen. Insbesondere gilt dies aber für das Departement V für Wohnungsfürsorge. Diese Amtsstelle sollte eigentlich den Titel führen: Departement zur Verhinderung der Wohnungsfürsorge. Wer da einmal in diesen Ressorts zu tun hatte, der mußte die traurige Erfahrung machen, daß er immer angeplauscht und belogen wurde. Die Wohnungsfürsorge wurde von dieser Amtsstelle niemals gefördert, sondern stets gehindert. Alle Mittel, wenn sie auch noch so teuflisch waren, mußten herhalten, um die unausschießbarsten Wünsche niederzutrampeln. Die Ursache, weshalb eine gedeihliche, dem Zwecke entsprechende Wohnungsfürsorge in diesem Amte nicht getrieben wird, haben wir schon durch zwei Briefe an den Eisenbahnminister, die wir in unserem Blatte veröffentlichten, zur Genüge dargetan. Die elende Organisation des Wohnungsfürsorgewesens im Eisenbahnministerium und auch die Wahl der Person, die man an die Spitze stellte, sind das Hemmende dieser Sache. Die Ansuchen um Bau von Arbeiterhäusern werden von dem Departement V an das Departement XIXa und umgekehrt hin- und hergeschoben; oft nicht einmal deswegen, weil man sich nicht im Klaren ist, ob aus Budget- oder Fondsmitteln gebaut werden soll, sondern zumeist, um die Sache verfrachten zu können. Das „Schieben“ scheint das Leitmotiv dieser beiden Ämter zu sein. Hat das Departement V just keine Zeit und will ein solches Ansuchen nicht allzulange bei sich liegen lassen, dann „schiebt“ es, wie dieser technische Ausdruck lautet, die Sache dem Departement XIXa zu. Nach Ablauf einiger Monate macht das Departement XIXa das, was vorher Departement V getan hat. So werden in diesem Amte die wichtigsten Angelegenheiten, auf die Tausende von Bediensteten ihre Hoffnung setzen, um in der Zeit der furchtbaren Teuerung und des Wohnungswunders eine Furchtbarkeit zu finden, verschleppt. Es liegen dort die Fälle von St. Veit a. d. Glan, Laun, Bischofshofen, Reoben, Pödgörze, Jägerndorf, Wels, Waidhofen, Hieflitz, Bodenbach, Salzburg etc. etc. genau noch so, als wie sie vor Jahren überreicht worden sind. Das Vertrauen seitens des Personals zu dieser Behörde wird durch derartige Manöver ganz und gar erschüttert. Der Glaube, daß hier ein Amt besteht, das voll und ganz das Wichtige von dem Unwichtigen zu unterscheiden vermag und dann allen Ernstes die Sache zu fördern sucht, ist gleichfalls untergraben. Es gibt wohl in keinem Ministerium irgend ein Departement, das all seine Kräfte einsetzt, die Sache, der es dienen soll, zu schädigen. Da nun bisher alle Vorstellungen, alle Eingaben an dieser Stelle und die verschiedenen Minister zwecklos waren, weil die Vereinigung dieser beiden Departements in eine eigene Amtsstelle oder auch nur in ein eigenes Bureau zunächst daran scheitert, daß immer eine Personenfrage daraus gemacht wird, so müsse endlich die sozialdemokratische Fraktion bei der ersten Gelegenheit diese skandalösen Zustände zur Sprache bringen, damit ganz Europa erfahre, wie die k. k. Staats-eisenbahnverwaltung es mit ihren sozialpolitischen Agenden ernst nimmt. Wir lassen hiermit zwei Anträge des Abgeordneten Müller, denen man Dubende hinzufügen könnte, die genau so oder ähnlich lauten, folgen und erwarten, daß ohne Aufschub die schreiendsten Wünsche endlich Gehör finden.

Antrag des Abgeordneten Rudolf Müller und Genossen betreffend Erbauung von Wohnhäusern für die Eisenbahnbediensteten in Jägerndorf.

Seit ungefähr drei Jahren petitioniert das Eisenbahnpersonal der Station Jägerndorf bei dem Eisenbahnministerium und bei der k. k. Staatsbahndirektion Olmütz, sie mögen durch Erbauung von Wohnhäusern aus den Mitteln des Altersversorgungsfonds oder aus Staatsmitteln die vorhandene Wohnungsnot und Wohnungssteuerung mildern.

Ein eigenes Komitee wurde gebildet, in das die Direktion ihre Vertreter sandte. Pläne wurden angefertigt und Berechnungen angestellt. Die Personalkommission hat einen auf die Sache bezughabenden Antrag eingebracht, dem sich die Direktion angeschlossen. Alle Bemühungen, den Wohnungsbau zu fördern, scheiterten an der Indolenz des Eisenbahnministeriums, respektive des zuständigen Departements. Wie zum Spott wurden im verfloßenen Jahre die vorhandenen Bauparzellen als Pachtäder vermieter, um die unter der Wohnungsmangel leidenden Arbeiter zu kränken und zu reizen. In der Station Jägerndorf ist ein Personal- und Arbeiterstand von ungefähr 900 Mann; davon sind ungefähr 50 Prozent gezwungen, zwei bis vier Wegstunden vom Arbeitsorte entfernt in den umliegenden Dörfern notdürftig Unterkunft zu suchen. In Jägerndorf selbst ist ein großer Wohnungsmangel und werden Wohnungen zu Preisen abgegeben, die unser normiertes Quartiergeld bei weitem übersteigen. Ein Zimmer kostet 160 bis 200 Kr., ein Zimmer mit Küche 240 bis 300 Kr. und darüber und ein Zimmer, Kabinett und Küche 420 bis 450 Kr. und darüber.

Infolge der ungeheuren Mietpreise und der Lebensmittelerhöhung sind die Bediensteten gezwungen, die kleinsten und schlechtesten Wohnungen aufzusuchen und nebst den Familienmitgliedern auch noch Mieter zu halten.

Eine Reihe von Werkstättenarbeitern hat eine Wohnung von 26 Quadratmetern Fußbodenfläche, in der 7 bis 9, ja selbst 12 Personen mit Kindern von 5 bis 16 Jahren und dem Mieter wohnen. Welch schwere Gefahren derartige Wohnungsverhältnisse in sittlicher und gesundheitlicher Beziehung in sich bergen, zeigt die große Kindersterblichkeit bei den Eisenbahnarbeitern zur Genüge. Die Arbeitszeit wird durch die weite Entfernung, die der Arbeiter zum Arbeitsorte zurückzulegen hat, täglich um zwei bis acht Stunden verlängert. Sommer und Winter erreichen völlig erschöpft die Bedauernswerten die Werkstätte und nutzen sich deshalb körperlich rapidly ab. Die Hauswirtschaft und das Familienleben leiden unter dem geschichterten Wohnungselend gleichfalls ungemein schwer.

Durch den Mangel an warmer Mittagskost treten empfindliche Gesundheitsstörungen ein.

Die vollkommene Ignorierung der Wünsche des Personals hat nicht bloß dieses zu berechtigtem Unwillen herausgefordert, die Abhilfe ist zu einer Volksfrage geworden, die es nicht länger dulden darf, daß die staatliche Verwaltung sich ihrer Verpflichtung entzieht.

Deshalb stellen die Befertigten den Antrag:

Das hohe Haus wolle beschließen:
„Das k. k. Eisenbahnministerium wird aufgefordert, in der kürzesten Zeit für die Bequartierung der Bediensteten der k. k. Staatsbahnen in Jägerndorf durch rasche Erbauung einer genügenden Anzahl von geeigneten Wohnhäusern Vorkehrung zu treffen.“

Dieser Antrag wolle ohne erste Lesung dem Eisenbahnausschusse zugewiesen werden.

Antrag des Abgeordneten Rudolf Müller und Genossen, betreffend Erbauung von Wohnhäusern und Errichtung einer Badeanstalt für die Eisenbahnbediensteten in Niederlindewiese.

Seit ungefähr vier Jahren hat das Eisenbahnpersonal in Niederlindewiese umfassende Wohnungserhebungen eingeleitet und dieselben im Dienstwege seiner vorgesetzten Direktion und dem Eisenbahnministerium mit der Bitte zur Kenntnis gebracht, dem Wohnungsjammer im Orte durch Erbauung von Wohnhäusern ein Ende zu machen.

Es sandte Urzungen auf Urzungen an das Ministerium, beauftragte seinen Abgeordneten, in seinem Namen dort vorstellig zu werden, jedoch sind alle auf die Sache abzielenden Aktionen bis zum heutigen Tage unerledigt geblieben, weshalb es gezwungen ist, sich an das Parlament zu wenden. Niederlindewiese zeigt von Jahr zu Jahr eine größere Frequenz von Kurgästen. Die verfügbaren Wohnungen werden fast ausschließlich zu Kurzwecken und für die Beherbergung von Kurgästen verwendet. Das Vermieten von Wohnungen an Kurgäste ist die einzige Erwerbsquelle der dortigen Bevölkerung. Die Bediensteten und Arbeiter der k. k. Staatsbahnen können jene Preise, die die Kurgäste zahlen, mit ihrem mit 60 Prozent normierten Quartiergeld bei der unerschwinglichen Lebensmittelerhöhung nicht aufbringen.

In demselben Maße und in derselben Zeit petitionierten die Bediensteten um die Errichtung eines Badehauses der primitivsten Form. Von Hamsdorf bis Ziegenhals, von Lindewiese bis Zauerzig und Zuckmantel fehlt eine solche Badeanstalt. Dieselbe wäre für eine geringe Summe Geldes leicht und bequem durch den Anbau an das vorhandene Heizhaus zu errichten und würde von dem Personal als eine wahre Wohltat empfunden werden. Auch in diesem Falle blieben alle unternommenen Schritte erfolglos.

Aus diesen und zahlreichen in den Eingaben der Bediensteten angeführten Gründen stellen die Befertigten den Antrag:

Das hohe Haus wolle beschließen:

„Das k. k. Eisenbahnministerium wird aufgefordert, mit tunlichster Beschleunigung für die Eisenbahnbediensteten in Niederlindewiese die entsprechende Anzahl von Wohnhäusern und eine Badegelegenheit zu schaffen.“

In formaler Beziehung wird beantragt, diesen Antrag ohne erste Lesung dem Eisenbahnausschusse zugewiesen.

Ein Attentat auf die Kategorie der Unterbeamten.

Ein Mahnwort.

Der Bedienstete der niederen Kategorien, der auf der Eisenbahn ungezähltemale zum Nutzen der Bahnverwaltung sein Leben eingesezt und sich jahrelang bemüht hat, endlich auch einmal für sich die Position zu erringen, den halbwegs annehmbaren und beinahe als fest und sicher angesehenen Rang des Unterbeamten einzunehmen, gibt sich sehr oft der Täuschung hin, wenn er vermeint, jedweder Organisation, sich zusammenzuschließen und noch immer für sich stark zu sein und zu bleiben, zu entraten, denn er hat doch, was er erringen wollte und konnte, erreicht und niemand sei da, der ihm etwas anhaben könnte. Daß er mit solchen Kombinationen auf dem Holzwege ist, könnte ihm schon auf Schritt und Tritt jener Faktor beweisen, dem er unmitttelbar untersteht, denn im täglichen praktischen dienstlichen Verkehre spielen sich oft Dinge ab, welchen er beinahe immer unterliegt. Um so mehr sollte ihm das aber der im höheren Eisenbahndienst tätige Geist beweisen, der mit mehr Probenhaftigkeit als Geschmack nach außen hin dem Publikum in überschwenglicher Vermergt mit Fürsorge und Milde vordemonstriert — hinterwärts aber mit Grausamkeit und Schärfe über den getäuschten Bediensteten herfällt, um ihn vollständig niederzurufen, was um so leichter zu bewerkstelligen ist, weil der bereits zum Unterbeamten emporgestiegene Bedienstete sich einer sorglosen Sicherheit hingibt und sich durch den Austritt aus seiner Organisation, durch welchen er sich zum Liebkind aufspielen wollte, sich geschwächt und sich durch diesen Umstand auch selbst auf das tiefste erniedrigt hat.

Das hier Vorgebrachte ist keine leere Behauptung. Deutlich genug hätte dieses dem Unterbeamten schon zu der Zeit werden können als man das Prinzip der zweijährigen Vorrückungsfristen gewalttätig durchbrach und bei einigen Unterbeamtenkategorien eine dreijährige festsetzte. Man mag der Meinung sein, das Verlängern der Vorrückungsfristen dieser Kategorien einigen Vereinen in die Schuhe zu schieben — aber ist es denn notwendig, diese Vereinen lebenskräftig zu erhalten? Auch die plötzliche Herabsetzung der Prüfungsperiode der Hör- und Sehkraft ist dazu angetan, das schrittweise Vorgehen gegen den Rang der Unterbeamten endlich zu erkennen. Noch sind das Maschinenbau von niederem Belang, die sich bloß als Versuche qualifizieren, die Wehrkraft des Unterbeamten allgemein zu erproben, um dann endlich mit jenen Problemen heranzurücken, welche ihn vollständiger treffen sollen. Die Vorbereitungen hierzu sind von langer Hand, es wird nur der günstigste Augenblick abgewartet, um desto wirkungsvoller und sicherer den Schlag zu vollführen. Ein solcher voll heimliche ge-

führte Schlag ist nun der folgende Erlaß des Eisenbahnministeriums, der wohl schon im Jahre 1906 vorbereitet wurde, zurzeit aber im Bereiche der Olmützer Direktion mit prasselnder Wucht herniederfällt. Er lautet:

„Verwendung von Unterbeamten auf Dienerposten.“

An alle Dienststellen.

Das k. k. Eisenbahnministerium hat mit Erlaß vom 26. Juni 1906, Z. 61.002/4 ex 1905, folgende Verfügung getroffen:

Die Verwendung eines Unterbeamten auf einen Dienerposten kann im Sinne der Bestimmungen des § 40, Punkt 2, der Dienstordnung überhaupt nicht verfügt werden und wird ein Unterbeamter, der aus irgendwelchen Gründen in seiner Bedienstetenkategorie nicht weiter Verwendung finden kann, unter Anwendung der Bestimmung des § 130 der Dienstordnung in den Ruhestand versetzt werden müssen.

Wird jedoch der betreffende Bedienstete unter ausdrücklicher Verzichtleistung auf das ihm zustehende Recht, auf einem Posten seiner Bedienstetenkategorie dauernd verwendet zu werden, um Belassung im aktiven Dienste unter Verwendung auf einem Dienerposten bittlich und kann angenommen werden, daß er auf einem solchen noch erspriessliche Dienste zu leisten vermag, so kann die k. k. Staatsbahndirektion im Gnadenwege dieser Bitte Folge geben und die erbetene Verwendung verfügen. Die Vorrückungsfristen dieses Unterbeamten werden aber sodann nicht nach der Dienststeigenheit, deren Titel er führt, sondern nach jener, in welcher er tatsächlich verwendet wird, zu bestimmen sein.

Hat ein solcher Bediensteter während seiner ursprünglichen Verwendung als Unterbeamter den für die neue Dienerschaft festgesetzten Höchstgehalt bereits erreicht oder eventuell überschritten, so findet für die Dauer der neuen Verwendung eine Vorrückung nicht mehr statt. Auf das Recht der Zuerkennung der für die bisherige Verwendung als Unterbeamter in Betracht gekommenen Vorrückungsfristen wird ein solcher Bediensteter ebenso formell Verzicht zu leisten haben wie auf das Recht der dauernden Verwendung auf einem seiner Bedienstetenkategorie entsprechenden Dienstposten und werden die bereits auf einem Dienerposten in Verwendung stehenden Unterbeamten den ersteren Verzicht nachzutragen haben.

Zufolge Erlasses des k. k. Eisenbahnministeriums vom 17. Dezember 1908, Z. 9768/13, haben diese Bestimmungen auch rückwirkend für die Gruppe A nicht mehr tauglichen, dem Manipulationsdienste eventuell zugewiesenen Oberfondskontreure Anwendung zu finden.

Olmütz, 16. Jänner 1911.

(Z. 88/1.)

Für den k. k. Staatsbahndirektor: K o l a c e k m. p.

Das ist also der Vernichtungsschlag, der den sorglosen, liebkindspielenden Unterbeamten um so verbitterter trifft, als er, groß und stolz im Kastergeiste, der Organisation im großen Bogen ausweicht, der Organisation, in welcher er stark und geschützt sein könnte. Nun muß er, wenn ihn das Los trifft, nicht nur der Unterbeamte sein, der sich in Dienerschaft befindet, nein, er muß der Gnade erst teilhaftig werden, Diener sein zu können, sein zu dürfen, er muß den Rock, auf welchem diverse Orden hängen, schön sein zusammenlegen und im Glaskasten zur Schau ausstellen. Sein Gehalt bleibt im Gnadenwege ausnahmsweise gerade so hoch oder niedrig, wie er es auffaßt; aber die Rechnung, die er sich einst als Diener, da er sich noch stark und geschützt fühlte, machte, stimmt nicht mehr!

Das Attentat, das mit diesem Erlasse geschah, wird insbesondere die Oberfondskontreure treffen, die in den Prüfungsperioden der Hör- und Sehkraft die ganze Wirkung zu spüren haben werden. Eingearbeitet muß demnach mit aller Kraft auf die Ernennung der Manipulanten zu Unterbeamten werden. Hier soll nicht der Reiz die Rolle spielen, dieses zu verhindern, sondern die Erkenntnis soll klar vor aller Augen liegen: Die Interessen der Eisenbahnerischeit müssen von allen Bediensteten geschützt werden, seien es nun Arbeiter, Diener oder Unterbeamte!

Darum wird an die Unterbeamten aller Kategorien das Mahnwort gerichtet: Organisation! Zusammen! schluß! Einigkeit!

Die Dienstverhältnisse bei der elektrischen Bahn Trient-Malé.

Wie für die Industriearbeiter die Vervollkommnung der Maschine zum Ausbeutungsmittel wird, ebenso wirkt im Eisenbahndienst die Modernisierung der Betriebsart auf die Bediensteten, insbesondere dann, wenn die leitenden Organe nicht jenes Maß sozialer Einsicht besitzen, das notwendig wäre, um einen Ausgleich unter den verschieden gearteten Beschwerden, die bei einem solchen Bahnbetrieb zutage treten, zu treffen. Für den oberflächlichen Beobachter erscheint die Ausübung des Dienstes auf solchen Bahnen zwar einfacher und leichter, in Wirklichkeit ist der Dienst aber ein viel aufreibenderer. Besonders bei der Trient-Malé-Bahn. Wenn sich die Verhältnisse bei dieser Bahn etwas gebessert haben, so halten wir es doch für angezeigt, uns einmal näher mit dieser Bahn zu befassen und zu zeigen, unter welchen Gefahren das Personal auf dieser Bahn Dienst machen muß.

Die elektrische Bahn Trient-Malé ist eine Privatbahn im Betriebe des Staates. Sie wurde von einer Privatunternehmung gebaut. Bei Inbetriebnahme durch die Staatsbahnverwaltung wurde zwar in allen an der Bahn gelegenen größeren Ortschaften fleißig Champagner und getafelt, aber um den Bauzustand der Strecke scheint sich dabei niemand gekümmert zu haben. Gleich nach Eröffnung des Betriebes wurde man gewahr, wie jählenderhaft der Oberbau hergestellt wurde. Es ist vorgekommen, daß bei nasser Witterung der Motorwagen bis zu 30 Zentimeter mit den Schienen in den Straßen-

Die ganze Strecke erst neu einschottern. Den Bediensteten wurde in der ersten Zeit die Ausübung des Dienstes dadurch erschwert, daß zahlreiche Fälle von Bahnfrevel vorkamen, die manchmal direkt an Attentate grenzten. Auf der Strecke zwischen Cles und St. Justina lagen einmal zehn große Steine, wovon jeder 30 bis 40 Kilogramm schwer war. Bei der Festung Rochetta lagen zwei Weisklumpen, wovon jeder $\frac{1}{4}$ Kilogramm schwer war, auf den Schienen. Eisenstücke und alles erdenkliche fand man auf den Schienen. Reisende verweigerten die Nachzahlung, weshalb es oft zu Erzeissen kam. Bei all dieser Beschwerden fanden die gehetzten Bediensteten von der Staatsbahndirektion Innsbruck und von der politischen Behörde wenig Schutz, ja man sah meist in den Bediensteten selbst die Schuldigen, weshalb es auch zur Verhaftung von Bediensteten kam. Die bürgerliche Presse war in solchen Fällen stets bereit, die Bediensteten zu verdächtigen. Wenn dann die Bediensteten vor Gericht freigesprochen wurden, nahm sich die bürgerliche Presse keine besondere Mühe mehr, um der Wahrheit die Ehre zu geben. (Siehe Unglück bei Dres.) Hatte das Personal schon unter diesen Uebelständen ungemein zu leiden, so wurden die Zustände umso unerträglicher, als der Betriebsleitung Trient ein Mann vorstand, der zwar als ehemaliger Offizier vom Eisenbahndienst äußerst wenig verstand. „Ich lasse Sie einsperren, Zugbegleiter haben kein Recht“, waren seine Ausdrücke, und wenn sich das Personal das alles gefallen lassen mußte, so nur deshalb, weil es zumeist ganz junge Bedienstete waren, die mangels einer kräftigen Organisation nirgends einen Schutz fanden. Durch die Not haben sie aber zum Großteil den Weg in unsere Organisation gefunden, und es haben sich auch die Verhältnisse unterdessen gebessert und werden sich noch bessern, wenn die Bediensteten in der Organisationsfähigkeit nicht erlahmen.

Die Strecke dieser Bahn führt größtenteils von Trient bis Malé der Landstraße entlang, durch kleine und große Ortschaften, herrliche Fluren und über schaurige Schluchten. Bei der Fahrt durch die Ortschaften stellt der Dienst die größte Anforderung an die Aufmerksamkeit und Geistesgegenwart der Bediensteten, aber auch auf der offenen Strecke bummelt sich alles mögliche herum, so daß der Motorführer jeden Augenblick Gefahr läuft, eine Kuh oder andere Tiere, oder Fuhrwerke und dergleichen zu überfahren. Die Strecke ist 60 Kilometer lang, mit 44 Stationen und Haltestellen, durchläuft Ortschaften mit 4000 bis 5000 Einwohnern. Die Bahn hat an manchen Orten eine Neigung von 54 Promille, Kurven mit engstem Radius, so hat zum Beispiel die Strecke Cles-Mesiglio mit einer Länge von 5 Kilometer 17 Zwangsschienenbögen und führt zum Teil durch Kufsterrain, was besonders bei Regenwetter die größte Aufmerksamkeit des Personals erfordert. Ist der Dienst eines Motorführers unter solchen Terrainverhältnissen schon ein schwerer, so ist es dem Zugführer erst recht nicht möglich, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Die Führung des Stundenpases, des Wagenausweises, die Manipulation mit Gepäck und Frachtgut, nehmen all seine Zeit in Anspruch, muß aber nebenbei noch die Revision, beziehungsweise Kartenausgabe und Abnahme bei den Reisenden im Motorwagen besorgen, auch muß er, wenn der Zug durch Ortschaften fährt, dem Zug vorausgehen.

Ein weiterer Uebelstand, der dem Personal den Dienst vereckelt, ist der, daß der Zugbegleiter so los ist ein Mensch ist, der vom Dienst eines Zugbegleiters wenig Ahnung hat, und weniger auf die Einhaltung der Vorschriften als auf das In-den-Vordergrundstellen seiner Person schaut. Wir werden uns mit diesem famosen Zugbegleiter später befassen. Dies ist nur ein kleiner Teil der bei dieser Bahn vorhandenen Uebelstände und es ist höchste Zeit, daß die Staatsbahndirektion Innsbruck Ordnung schafft. Wenn die Staatsbahndirektion Innsbruck will, daß Unfälle nicht mehr vorkommen, muß sie es dem Personal ermöglichen, den Dienst auch anstandslos verrichten zu können. Mit der Modernisierung des Betriebes soll auch die Modernisierung der personalen Einrichtungen verbunden sein.

Zur Bewegung auf der Murtalbahn.

Die Durchführung der Zugständnisse.
Wir haben in den Nummern 20 und 22 des „Eisenbahner“ vom Jahre 1908 über eine Reihe von Zugständnissen berichtet, welche die Verwaltung der Murtalbahn anlässlich der damaligen Bewegung machte. Ein Teil dieser Zugständnisse wurde sofort durchgeführt, ein anderer Teil sollte nach der Erklärung der Verwaltung in einem späteren Zeitpunkt zur Durchführung gelangen. Das Personal der Murtalbahn hat es nun durch eine gute Organisation und durch emsige Arbeit der Vertrauensmänner verstanden, dafür zu sorgen, daß die im Jahre 1907 gemachten und bisher unerfüllten Zugständnisse durchgeführt wurden einerseits, andererseits, daß die erreichten Verbesserungen nicht weggenommen werden konnten. Versuche dazu sind seitens einzelner Organe der Verwaltung wiederholt gemacht worden, wie man auch versucht hat, die Organisation unter dem Personal durch kleinliche Schikanen der Vertrauensmänner und durch Festhalten des Personals an der Organisation und durch die Tatsache, daß die Vertrauensmänner der Murtalbahn erprobte und mutige Genossen sind, die mit bewundernswürdigem Eifer und seltener Ausdauer die Interessen des Personals vertraten, konnten aber alle Machinationen überwunden und für das Personal neuerliche Verbesserungen erreicht werden. Diese seit dem Jahre 1907 dauernde Bewegung auf der Murtalbahn liefert den Beweis, was eine mächtige und klug geleitete Organisation auch für das Personal einer Lokalbahn zu erringen vermag, wenn das Personal überzeugt von der Notwendigkeit der Organisation standhaft und mutig allen Gefahren und Widerwärtigkeiten des Kampfes durch treues Ausbleiben und Mitarbeiten in der Organisation zu begegnen weiß. Wir freuen uns mit den Murtalbahner ob des errungenen Erfolges und hoffen, daß die Murtalbahner auch fernerhin geschlossen in unseren Reihen im Kampf um die Verbesserung der Lage der Eisenbahner marschieren werden.

Im nachstehenden schildern wir die wichtigsten Phasen der verlaufenen Bewegung und deren Erfolge.

Am 10. Mai 1910 überreichten die Vertrauensmänner der Murtalbahner ein Memorandum, in welchem die Einführung einer Reihe von im Jahre 1907 gemachten Zugständnissen ugiert wurde. Die wesentlichsten Punkte dieses Memorandums waren folgende:

1. Anstellung der ständig als Aushilfskondukteure, Aushilfsbremser und Aushilfsheizer in Verwendung stehenden Bediensteten als Kondukteure, beziehungsweise als Heizer.
2. Definitive Anstellung der Partieführer ohne Schädigung ihres Jahresarbeitsverdienstes.
3. Definitive Anstellung der Stationsdiener in Murau und Mauterndorf.
4. Die Zugführer sind entsprechend nach der Anzahl der zurückgelegten Dienstjahre, analog den I. I. Staatsbahnen, zu Unterbeamten zu ernennen und in das Unterbeamtenschema einzureihen.

Nach diversen Urganzen und Interventionen erledigte die Verwaltung diese Forderungen folgendermaßen:

Ad 1. Nachdem es sich hauptsächlich um Stabilisierung des zur Abwicklung des regelmäßigen Zugverkehrs nötigen Personals handelt, wurde diesem Verlangen entsprochen, indem sowohl beim Lokomotiv- sowie auch beim Zugbegleitungspersonal ab 1. Juli 1910 der Stand auf je fünf Partien erhöht wurde.

Ad 2. Dieses Verlangen stellt sich als neue Forderung dar und können wir demselben gegenwärtig mit Rücksicht darauf, daß der Bahnerhaltungsdienst bei einer Lokalbahn ein wesentlich einfacher ist als bei einer Hauptbahn und die Bahnmeister derzeit auf der Murtalbahn durchaus nicht überlastet sind, nicht näher treten.

Ad 3. Wir sind der Stabilisierung dieser Bediensteten nicht abgeneigt und werden wir demnächst auf die Erfüllung dieser Vergehre zurückkommen, wobei wir aber schon jetzt betonen, daß diese Bediensteten bei einer eventuell eintretenden Stabilisierung, ihre Würdigkeit und Verwendbarkeit vorausgesetzt, sich zu allen jenen Arbeiten verwenden lassen müssen, zu denen sie vor ihrer Anstellung verwendet wurden.

Ad 4. Wir werden dieses Vergehren in Erwägung ziehen, bemerken aber bereits heute, daß als Voraussetzung der Ernennung die mit gutem Erfolg abgelegte Unterbeamtenprüfung gelten müßte.

Außerdem hatten die Vertrauensmänner an die Betriebsleitung wiederholt Urganzen bezüglich der zugestandenen Einführung einer Dienstordnung, analog jener für die I. I. Staatsbahnen, und der Erledigung der damit zusammenhängenden offenen Fragen wegen der Nebengebühren u. und wegen der zugestandenen Einführung der Personalkommission gerichtet. Im September 1910 wurde dem Personal die Dienstordnung endlich vorgelegt.

Die Verwaltung verlangte die sofortige Annahme, was das Personal jedoch einmütig ablehnte, und zwar deshalb, weil mehrere Bestimmungen nicht analog jenen für die I. I. Staatsbahnen lauteten und sie weiter einige Bestimmungen enthielt, welche geeignet waren, mehrere von der Organisation erreichte Verbesserungen illusorisch zu machen. In mehreren Versammlungen beriet das Personal über die strittigen Punkte und wurden wiederholt entsprechende Eingaben an die Verwaltung gerichtet. Auch die Organisation intervenierte und so gelang es endlich, auch in diesen noch offenen Fragen eine für das Personal annehmbare Einigung herbeizuführen.

Am 28. Jänner 1911 wurden die Vertrauensmänner des Personals zur Betriebsleitung vorgeladen, um die noch offenen Fragen mit den Vertretern der betriebführenden Verwaltung und des Landeseseisenbahn-amtes zu besprechen. Nach eingehender dreistündiger Verhandlung wurde eine gegenseitige Einigung erzielt und die wichtigsten Beschlüsse in nachstehendem Protokoll festgelegt.

Protokoll

aufgenommen bei der Betriebsleitung der Murtalbahn am 28. Jänner 1911.

Gegenstand bildet die Besprechung der hinsichtlich der Einführung einer Dienstordnung für die Bediensteten der steiermärkischen Landesbahnen und der Murtalbahn mit dem Personal der letzteren bestehenden offenen Fragen.

Gegenwärtig: Die unterfertigten Vertreter der I. I. Staatsbahndirektion Villach als der betriebführenden Verwaltung der Murtalbahn, die Vertreter des steiermärkischen Landeseseisenbahn-amtes und die Vertrauensmänner des Personals der Murtalbahn.

Einvernehmlich wird vereinbart:

Ad § 48, Alinea 2: Bezüglich der Neubewertung der Mietzins für Naturalwohnungen ist in das zu erlassende Gebührenregulativ in den betreffenden Paragraphen über Naturalwohnung folgende Fassung aufzunehmen:

„Eine Neubewertung der Mietzins für die bestehenden Naturalwohnungen wird vor dem 1. Juli 1913 nicht vorgenommen werden und dann gegebenenfalls nach den jeweils gültigen Normen der I. I. Staatseseisenbahnverwaltung.“

Ad § 46, Alinea 1: Dieses Alinea hat zu lauten: „Während der Krankheit erhalten Beamte, Unterbeamte und Diener ihre vollen ständigen Bezüge durch neun Monate. Eine Ausnahme hiervon bilden jene Fälle, in welchen ein Bediensteter eine Unfallrente im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes vom 28. Dezember 1887, R.-G.-Bl. Nr. 11 ex 1888, und vom 20. Juli 1894, R.-G.-Bl. Nr. 168, gebührt sowie auch jene Fälle, bei welchen allen Bediensteten während ihrer Erkrankung, beziehungsweise noch während ihrer Krankheit von seiten des Pensionsinstituts des Verbandes der österreichischen Lokalbahn eine Pension zuerkannt wurde. In diesen Fällen finden die bezüglichen Bestimmungen des Gebührenregulativs über die Bezüge während der Krankheit Anwendung.“

Ad § 64, Seite 74, zwölfte Zeile von oben, hat es zu lauten: „Bei den Unterbeamten und Dienern erfolgt die Vor-rückung bei befriedigender Dienstleistung.“

§ 72 bleibt in der vorliegenden Fassung aufrecht.

Ad § 73, Alinea 1, soll es heißen „vorhinein“ statt „nachhinein“.

Dem Wunsche des Personals auf Zubilligung von Fahr-begünstigungen an Bedienstete des Ruhestandes und deren Familienangehörigen wird auf sämtlichen Linien der steier-märkischen Landesbahnen und der Murtalbahn im Rahmen des bei den I. I. Staatsbahnen bestehenden Ausmaßes seitens des steiermärkischen Landeseseisenbahn-amtes zugestanden.

Ad § 81: In Ausführung dieses Paragraphen wird vereinbart, daß dem Personal der Murtalbahn die näheren Bestimmungen über die Qualifikation durch die Direktion der Murtalbahn im Erlaßwege bekanntgegeben werden und wird schon heute festgelegt, daß die jeweilige Qualifikationskommission zu bestehen hat aus:

1. dem Betriebsleiter, beziehungsweise dessen Stellvertreter;
2. einem Vertreter des steiermärkischen Landeseseisenbahn-amtes;

8. dem Personalreferenten der I. I. Staatsbahndirektion Villach, beziehungsweise dessen Stellvertreter.

Die Qualifikation erfolgt analog wie bei der I. I. Staatseseisenbahnverwaltung.

Dem schließlichen Wunsche des Personals nach Einführung einer Personalkommission nach Analogie der bei den I. I. Staatsbahnen bestehenden wird Rechnung getragen und diesfalls den Verhältnissen angepaßt, eine separate Formattbestimmung im Erlaßwege herausgegeben werden.

Die Vertrauensmänner des Personals der Murtalbahn erklären hiermit, daß sie im Grunde der ihnen gegebenen Aufklärungen sowie im Grunde obiger Ausführungen die heute vorliegende Dienstordnung vorbehaltlos annehmen, dergestalt, daß dieselbe mit heutigem Tage in Kraft tritt.

Die Annahme des in Ausarbeitung begriffenen Gebührenregulativs bleibt einem späteren Zeitpunkte vorbehalten.

Vorgelesen, geschlossen und gefertigt:

Für die I. I. Staatsbahndirektion Villach:
Ignaz Lindebner m. p., Regierungsrat und Staatsbahndirektorstellvertreter.

Dr. Karl Kulterer m. p., Oberinspektor und Personalreferent der I. I. Staatsbahndirektion Villach.

Ingenieur Franz Schölgger m. p., Oberinspektor und Verkehrsreferent der I. I. Staatsbahndirektion Villach.

Für das steiermärkische Landeseseisenbahn-amt:

Hugo List m. p., Direktor des steiermärkischen Landeseseisenbahn-amtes.

G. Preyer m. p., Beamter des steiermärkischen Landeseseisenbahn-amtes.

Ingenieur Franz Grossi, Inspektor und Betriebsleiter der Murtalbahn, als Schriftführer.

Vertrauensmänner:

Julius Fröhlich m. p., Michael Stehner m. p., Franz Dworschek m. p., Georg Karobe m. p., Johann Richter m. p.

Nachdem den Vertrauensmännern bei dieser Besprechung auch eröffnet wurde, daß die steiermärkischen Landesbahnen und die Murtalbahn in den Verband des Fahrbegünstigungsübereinkommens aufgenommen worden sind, erscheinen sämtliche Zugständnisse aus dem Memorandum vom Jahre 1907 durchgeführt. Wenn auch nicht behauptet werden kann, daß damit alle Wünsche des Personals der steiermärkischen Landesbahnen und der Murtalbahn erfüllt sind, so muß doch zugegeben werden, daß durch die Macht der Organisation wesentliche Verbesserungen für das Personal erzielt wurden, welche auch der Bahnanstalt insofern Vorteile bringen werden, als dadurch geordnetere Verhältnisse eintreten müssen.

Inland.

Die Folgen des Zolltarifes. Beinahe gleichzeitig mit der neuen Handelspolitik beginnt die Passivität der Handelsbilanz. Wenn im Jahre 1906 die Ausfuhr um einige Millionen die Einfuhr noch übertraf, so ist dies teilweise der größeren Ausfuhr in den ersten Monaten dieses Jahres und dann der natürlichen Schwere des bisher Gewohnten im Handel und Wandel zuzuschreiben. Seit 1907 haben wir aber permanent eine passive Handelsbilanz, wie aus folgenden Ziffern ersichtlich ist.

Es war:

Im Jahre	Einfuhr Millionen	Ausfuhr Millionen	Mehrausfuhr + Mehrereinfuhr - Kronen
1905	2146	2248	+ 97
1906	2341	2380	+ 39
1907	2501	2457	- 44
1908	2598	2555	- 143
1909	2746	2318	- 427
1910	2843	2392	- 451

Der Grund der passiven Handelsbilanz ist die raschere Steigerung der Einfuhr. Während nämlich die Einfuhr im Jahre 1910 gegenüber 1905 um 697 Millionen Kronen, also um 32 Prozent, gestiegen ist, zeigt die Ausfuhr eine Vermehrung von nur 134 Millionen Kronen, somit eine Zunahme von nur 6 Prozent. Die Richtung der neueren Handelspolitik hat somit auf den Export der österreichisch-ungarischen Monarchie hemmend eingewirkt. Das ist der Segen des neuen Zolltarifs!

Eine Scharfmachergründung. Vor ein paar Tagen traten im Saal der Niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer 69 Delegierte aus den Kreisen der gewerblichen, kaufmännischen und industriellen Organisationen zur Konstituierung der „Wirtschaftlichen Zentrale für Gewerbe, Handel und Industrie in Oesterreich“ zusammen. Der Zweck soll nach den Referaten der sein, alle Verbände der Industriellen und Gewerbetreibenden ohne Rücksicht auf politische Parteibestrebungen in einem großen Wirtschaftsverband zu vereinigen, um lediglich gemeinsam die wirtschaftlichen Interessen zu schützen. Nachdem sich aber die wirtschaftlichen Interessen von Großindustriellen und Kleingewerbetreibenden nicht gut unter einen Hut bringen lassen, ist es gut, darauf zu achten, was die Herren von der Sozialpolitik verlangen. Auf diesem Gebiet lautet nämlich, wie aus dem Beschluß hervorgeht, ihr Programm:

„Schutz der Arbeitswilligen gegen gewalttätige und terroristische Agitation. Verbot des Streiks in gemeinsamen Betrieben (Eisenbahn, Post, Wasser-, Elektrizitätswerke u. s. w.). Ausbau der Sozialpolitik im Wege internationaler Vereinbarungen sowie in einer die Ordnung im Betrieb und die Stabilität nicht gefährdenden Weise.“

Die wirtschaftliche Interesseneinheit besteht also, wie man sieht, lediglich in dem Bestreben nach Entretung der Arbeiterschaft. Um den Kurs nach rückwärts zu etablieren, wird also alle sonstige Feindschaft vergessen. Es geht eben gegen den gemeinsamen Feind, die Organisation der Arbeiter.

Christlichsoziale Beamtenfeindlichkeit. Die Staatsbeamten von Triest, die in den jüngsten Tagen zu dem Mittel der passiven Resistenz griffen, um ihre Wünsche durchzusetzen, haben sich die Feindschaft des Wiener christlichsozialen Amtsblattes zugezogen. Am Tage, als die Regierung „energische Maßregeln“ gegen die resistierenden Beamten ankündigen ließ, jubelte nämlich die fromme „Reichspost“ in einem Artikel folgendermaßen: Die Kundgebung der Regierung ist des Weisheit der Bevölkerung sicher, so geringen Schwad diese

sonst an scharfen Maßnahmen zu bekunden pflegt. Über gerade in dieser zweifellosen Tatsache liegt die schärfste Beurteilung der Triester passiven Resistenz. Denn man würde durchzugehen hat, darf man sich nicht alle Welt zum Feinde machen, darf man sich nicht isolieren. Das haben die Führer der Bewegung aber getan. Sie haben es glücklich zustande gebracht, die Bevölkerung, die der Beamenschaft die eheste Erfüllung ihrer Forderungen von Herzen wünschte, gegen sich aufzubringen und zu erbittern. Sie haben sich der Vereinfachung ergeben und waren bald allein.

Die Regierung erklärt, den Vorgängen in Triest nicht länger mehr ruhig zusehen zu können. Die Regierung des Kaisers von Oesterreich will sich begreiflicherweise nicht von dem sozialdemokratisch angehauchten Ministerium der französischen Republik beschämen lassen. In den Tagen, da die Briands aufstehen und die Staatsautorität gegenüber freikundigen Staatsangehörigen mit Polizei und Militär, mit Verhaftungen und Entlassungen bestrafen, in einer Monarchie von dem Gepräge Oesterreichs von der Einführung der französischen Taktik einen Erfolg zu erhoffen, das setzt neben manchem anderen eine hochgradige Naivität voraus. Und was im allgemeinen Geltung hat, gilt doppelt und dreifach für Triest, dieser Lunge der Monarchie. Der große Handelshafen Oesterreichs ist nicht eine beliebige Provinzstadt. Die Bevölkerung seiner Stadt würde es ruhig hinnehmen, wenn eines Tages alle Lebensmittelgewerbe „passive Resistenz“ üben wollten, und ebensowenig wenig kann der Staat die Hände in den Schoß legen, wenn der größte und eigentlich einzige Handelshafen seine Funktion zu versagen droht. Triest ist aber noch mehr; Triest ist unsere wichtigste und kostbarste Grenzstadt, unser Augapfel, aber leider auch der Augapfel — anderer.

Diesen fetterischen Weifallsjubel, den das christlich-soziale Hauptblatt zu dem Einschreiten der Regierung anstimmt, werden sich die Beamten und Bediensteten gut merken müssen. Sie können daraus lernen, was sie von der „Gott Rimm“-Partei und deren Organisationen zu erwarten haben!

Ausland.

Eine neue Arbeits- und Lohnordnung für die staatlichen Eisenbahner in den Niederlanden ist vom Ministerium am 15. Jänner 1911 für die folgenden fünf Jahre in Kraft gesetzt worden. Allerdings ist den Forderungen des Personals nur ebenso sparsam wie bei der privaten holländischen Eisenbahngesellschaft, die gleichfalls eine neue Ordnung erließ, Rechnung getragen worden; manche Willkürlichkeiten und Ungerechtigkeiten der früheren Entlohnungsverhältnisse sind beseitigt, Aufbesserungen für einzelne Gruppen in bescheidenem Umfang vorgenommen worden. Das Urlaubswesen und die Krankengeldfrage ist strenger geregelt. Die Regelung der Pensionsangelegenheit bleibt für alle Gesellschaften noch in der Schmelze, denn laut Erlass des Ministers bleiben die heutigen Bestimmungen vorläufig noch in Kraft bis zum 1. Jänner 1913. Bis dahin will der Minister eine endgültige Regelung treffen. Die Eisenbahnervereinigungen sind mit der ganzen Neuordnung sehr unzufrieden.

Neue Arbeiterwohnungen der preussischen Eisenbahnverwaltung. Der Vorstand der Pensionskasse für die Arbeiter der Preussisch-Oesterreichischen Eisenbahngemeinschaft, die dem königlichen Eisenbahngentralamt in Berlin angegliedert ist, hat beschlossen, für 1912 wiederum rund 3.000.000 Mk. zum Bau neuer Wohnungen zu billigen Zinssätzen bereitzustellen. Für 1911 hat die Kasse 2.900.000 Mk. für diesen Zweck zur Verfügung gestellt und bereits voll an gemeinnützige Baugenossenschaften vergeben.

Erholungsurlaub für Bahnerhaltungsarbeiter in Preußen. Die Eisenbahnverwaltung hat sich entschlossen, den bisher unberücksichtigt gebliebenen Bahnerhaltungsarbeitern künftig Erholungsurlaub unter Lohnfortzahlung zu gewähren. Den Streckenarbeitern, bei denen nach Art ihrer Beschäftigung ein Bedürfnis für eine mehrtägige Erholung anzuerkennen ist, soll von jetzt ab Urlaub nach den gleichen Grundätzen gewährt werden, wie ihn die Betriebsarbeiter (nach siebenjähriger Dienstzeit vier, nach zehnjähriger Dienstzeit sechs Tage jährlich) erhalten.

Zusammenballung des Kapitals. Die Banken wachsen sich immer mehr zu den Beherrschern des gesamten Wirtschaftslebens und speziell auch der Gütererzeugung aus. Die Fäden der Scharfmacher in der Großindustrie laufen in den Großbanken zusammen. Hier sitzen die eigentlichen Inspiratoren, von hier aus wird die Industriepolitik ganz hervorragend beeinflusst. Die zunehmende Macht der Großbanken veranschaulicht die folgende Aufstellung:

Kapitalbestand in Millionen Mark	
Anfang des	Jetzt
Wirtschaftsjahres	
Deutsche Bank	45 200
Diskontogesellschaft	60 170
Dresdener Bank	15 200
Darmstädter Bank	60 160
Schaaffhausen'scher Bankverein	36 145
Handelsgesellschaft	30 100
Kommerzbank	40 85
Nationalbank	24 80
Mitteldeutsche Kreditbank	30 54
insgesamt	340 1294

Die neun Banken haben demnach in dem angegebenen Zeitraum ihr Kapital um 754 Millionen Mark, gleich 220 Prozent, erhöht. Und nun setzt eine neue starke Kapitalvermehrung ein. Die Mitteldeutsche Privatbank in Magdeburg will um 10 Millionen Mark, die Mitteldeutsche Kreditbank um 6 Millionen Mark und die Nationalbank um 10 Millionen Mark hinausgehen. Andere Banken werden folgen. So vollzieht sich mit großen Schritten die Konzentration des Kapitals.

Aus dem Gerichtssaal.

Witwen- und Kinderrente. (Schiedsgerichtsverhandlung.) Georg Pichler, Kondukteur der k. k. Staatsbahnen, hatte im Jahre 1895 durch Sturz von der Weimse auf der Strecke Zellweg-Smittelfeld einen schweren Unfall erlitten, indem er sich Querschnitten der Rippen und der Brust zuzog. Georg Pichler war infolge dieses schweren Unfalls andauernd dienstunfähig, mußte in Pension gehen und bezog seitens der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt eine 75prozentige Rente, monatlicher Kr. 100.76. Am 21. November 1909 starb Georg Pichler mit Hinterlassung einer

Witwe, Magdalena Pichler, sowie vier minderjähriger Kinder. Der letzte Arzt, der Herrn Pichler vor dessen Tod behandelt hatte, gab sein Gutachten dahin ab, daß ein Zusammenhang zwischen dem Unfall aus dem Jahre 1895 und dem 14 Jahre später im Jahre 1909 erfolgten Tod nicht bestehe, daß Pichler vielmehr an einer Lungenerkrankung gestorben sei. Auf Grund dieser Ansicht des behandelnden Arztes wies die berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt den Anspruch der Witwe und der minderjährigen Kinder auf Zuerkennung von Witwen-, beziehungsweise Waisenrenten ab. Gegen diese Entscheidung brachte Magdalena Pichler durch Dr. Anton Braß Klage beim Schiedsgericht ein. Die Klage stellte zunächst ausführlich unter Beweis, daß der verstorbene Georg Pichler vom Unfalltag im Jahre 1895 bis zu seinem Todestag ununterbrochen an den gleichen Beschwerden und Schmerzen gelitten habe, so daß ein direkter Zusammenhang zwischen dem schweren Unfall und der anschließenden schweren Erkrankung Pichlers, die mit seinem Tod endigte, zu konstatieren sei. In dieser Richtung wurde im Auftrag des Schiedsgerichtes eine Reihe von Zeugen vernommen, welche die Behauptungen der Klage bestätigten. Bei der am 31. Jänner 1911 vor dem Schiedsgericht unter Vorsitz des Oberlandesgerichtsrates Dr. Cap durchgeführten Verhandlung gaben sodann nach vollständiger Vorführung der Beweisergebnisse die Sachverständigen Professor Chvojkot und Dogen Dr. Erben über Befragungen des klägerischen Vertreters ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß allerdings auf Grund der Zeugenaussagen, die die andauernde Krankheit Pichlers seit dem Unfall bestätigten, ein Zusammenhang des schließlichen Todes mit dem Unfall nicht ausgeschlossen sei. Daraufhin beantragte Dr. Braß, die beklagte Anstalt zur Zahlung der vollen Witwen- und Waisenrente an die Hinterbliebenen zu verurteilen, wobei er noch insbesondere darauf hinwies, daß die Anstalt ja selbst durch Zahlung der hohen 75prozentigen Rente an Pichler bis zu dessen Tode bereits Kundgegeben habe, daß sie die schwere Erkrankung Pichlers als Unfallsfolge auffasse. Die Anstalt könne daher, wenn sie einmal diesen Standpunkt eingenommen habe, auch den Tod als Folge des Unfalls nicht ablehnen. In vollständiger Akzeptation dieser Ausführungen verurteilte das Schiedsgericht die beklagte Anstalt, der Witwe und deren Kindern die volle gesetzliche Witwen- und Waisenrente zu bezahlen, wobei der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Dr. Cap, noch hervorhob, daß die Anstalt selbst durch Zahlung der 75prozentigen Rente an Pichler bis zu dessen Tode zu erkennen gegeben habe, daß sie dessen schweres Leiden, das zum Tod jedenfalls beigetragen habe, als Unfallsfolge ansehe. Durch dieses Urteil erscheidet der Witwe und den Kindern ein monatlicher Rentenbetrag von Kr. 100.76 gesichert, ferner für die Zeit vom Tode des Georg Pichler bis zum Urteil des Schiedsgerichtes eine Nachzahlung von zirka 1500 Kr.

Streiflichter.

Von der Aspangbahn. Bei der Aspangbahn hat sich seit einigen Jahren der Verkehr so vergrößert, daß sich die Verwaltung veranlaßt sah, die Direktions- und Magazinanzahlen zu vergrößern und auch das Kanzleipersonal zu vermehren. Im Heizhaus stehen seit dem Vorjahre um zwei Lokomotiven mehr, zwei weitere Maschinen sollen für die Sommerfaison hierzu angekauft werden, weil man das Brutto mit den vorhandenen Maschinen nicht mehr befördern kann. Nur die Stationsanlagen bleiben immer die alten wie vor Jahrzehnten, es wurde sogar die Geleiseanlage kleiner, da durch den schon drei Jahre dauernden Brückenbau ein Einfahrts- sowie Ausfahrtsgeleise ganz gesperrt wurde. Das großartige Silgutmagazin, welches in der Personenhalle gebaut wurde, nahm zwei Geleise mit der Länge von 30 Wagen weg. Als Ersatz dafür wurden auf der Magazinsseite zwei Stodgleise für 20 Wagen gebaut. Infolgedessen herrscht ein riesiger Platzmangel. Trotzdem wird aber keine Abhilfe geschaffen. In der Abendgruppe von 6 Uhr bis 11 Uhr nachts laufen die Züge 194, 4, 26, 188, 82, 72, 16, 190 und Zug 5479 vom Hauptzollamt mit drei Maschinen ein, außerdem jeden Mittwoch Zug 78. Alle diese Züge laufen auf drei Geleisen ein, so daß das Vershubpersonal, das mit einer Maschine die Geleise freizumachen hat, nicht fertig werden kann. Der Zug 4 kommt von Aspang um 5 Uhr 50 Minuten an. Aus selbem wird der Zug 13 rangiert. Die Wagen für diesen Zug sind von drei Geleisen zu holen, so daß man oft 45 Minuten braucht, bis man diesen Zug fertig gebracht hat. Dann sind die Züge 189, 5480, 76 und Zug 11 zu rangieren. Die Garnituren für die Züge 41, 43 und 21 müssen so rangiert werden, daß die Zuglokomotive eine Stunde vor Abfahrt ansfahren kann, um zu heizen. Bei den Tagzügen ist das Verhältnis das gleiche. Die Stationsreserve fährt um 6 Uhr 10 Minuten nach Simmering zum Vershub und kommt verspätet als Zug 102 nach Wien retour. Da sind oft zwei Züge und für Zug 48 das Brutto zu rangieren. Zug 81 soll in 30 Minuten fertig sein, so daß oft der Zugführer mit seinen Aufschreibungen bis zur Abfahrt nicht fertig wird. Bei Zug 77 ist das gleiche, weil die Wagen von drei bis vier Geleisen weg nach dem Bettel des diensthabenden Verkehrsbeamten rangiert werden müssen. Wenn der Zug mit einer Verspätung abgefertigt wird, kommt der Herr Vorstand, schreit am Plage herum und macht dafür den diensthabenden Verkehrsbeamten und den Vershubaufseher verantwortlich. Es wäre viel besser, daß sich der Herr Vorstand für solche Fälle, wenn so viel Brutto am Plage ist und die Reserve von Simmering verspätet ankommt, um eine zweite Ausfahrtsreserve umsehen würde. Bei jeder Vershubpartie sind zwei Vershubaufseher und drei Vershuber. Der eine Vershubaufseher hat die Leitung des Vershubes, er hat die Ein- und Ausfahrt der Züge zu überwachen, und muß gleichzeitig als Wagenschreiber fungieren, weil bei der E. W. U. keine Wagenschreiber am Plage sind. Die Wagenschreiber führen nur die Manuale in der Kanzlei. Von den drei Vershubern muß einer den Hallendienst versehen, der zweite Vershubaufseher macht den Obervershuber. Die meisten Vershuber müssen daher mit drei Mann vorgenommen werden. In Wien ist die E. W. U. die einzige Bahn, die ihrem Vershubpersonal keine Nachdienstzulage gewährt. Wiederholt wurden diesbezüglich Vitten bei der Verwaltung vorgebracht, die aber immer mit der Begründung abgelehnt wurden, die Bahn hätte keinen Nachzugsverkehr. Daß aber tatsächlich Nachdienst besteht, beweist der Umstand, daß die Direktion schon vor Jahren von der Generalinspektion beauftragt wurde, den zwölfstündigen Vershubdienst einzuführen. Es wurde versprochen, nach Eröffnung der Wechselbahn werde sich alles regeln, aber bis heute sieht man nichts davon. Das Vershubpersonal bedarf bei der heutigen Teuerung dringend einer Verbesserung seiner Bezüge und die Verwaltung sollte es endlich aufgeben, dieses stiefmütterlich zu behandeln.

Aus den Kreisen der Bahnrichter. Seit ein paar Jahren macht man die Wahrnehmung, daß die k. k. Staatsbahnverwaltung darangeht, die Bahnrichter zur definitiven Anstellung gelangen zu lassen. Doch zeigt sich hier wiederum der Geist der k. k. Staatsbahnverwaltung in seiner Halbheit. Durch die lang-

erzählte Anstellung sieht sich so mancher Beglückte geschädigt. Es ist bei diesen Anstellungen vorgekommen, daß Bahnrichter mit 15 bis 20 Dienstjahren mit dem Anfangsgehalt von 900 Kronen zur Anstellung gelangten. Die Verwaltung der k. k. Staatsbahn mag sich wohl dem Glauben hingeeben haben, daß die Bahnrichter durch die Herausgabe des Silberbüchchens vollkommen zufriedengestellt wurden; daß dem nicht so ist, lehrt uns die Ungleichheit unter den Bahnrichtern selbst.

Daß die Würdigung der Leistungen der unteren Kategorien bei der k. k. Staatsbahnverwaltung nicht voll und ganz ist, weiß jeder Mann, denn sie reicht nie höher als bis zum geringsten Wohlwollen. Doch bei den Bahnrichtern scheint auch dieses zu fehlen, sonst dürfte die k. k. Staatsbahnverwaltung zur Einsicht gekommen sein, daß es nicht angeht, qualifizierten Arbeitern, welche eine 20jährige Dienstzeit hinter sich haben, ein Anfangsgehalt von 900 Kr. zu geben.

Daß der Dienst eines Bahnrichters nicht zu den glänzendsten gehört, dürfte wohl hinreichend bekannt sein. Ihm ist die Sicherheit des Verkehrs betreffs Oberbaues größtenteils anvertraut. Der Bureaumatismus sorgt dafür, daß dem zugeleiteten Bahnmeister durch Ueberbürdungen von Kanzleiarbeiten die Zeit auch so knapp bemessen ist, daß derselbe gezwungen wird, einen Großteil seiner Verantwortlichkeit dem Bahnrichter zu übertragen. Ferner ist dem Bahnrichter die Sicherheit seiner ihm unterstellten Arbeiter anvertraut.

Daß unter den oben angeführten Verhältnissen es auf die Dauer unmöglich ist, mit hungrigem Magen den Dienst eines Bahnrichters zu versehen, wäre wohl auch an der Zeit, höhererorts darüber zur Einsicht zu kommen. Da der Bahnrichter gezwungen ist, den ganzen Tag auf der Strecke zu weilen, dabei aller Unbill der Witterung ausgesetzt ist und mittags einen eigenen Haushalt zu führen genötigt ist, dürfte es wohl vollkommen gerechtfertigt sein, denselben in Form einer Zulage zu entschädigen. Die Ausdehnung seines Arbeitsbereiches erfordert oftmals einen Weg von 10 Kilometern und noch mehr auf scharfem Schotter, wodurch die Fußbekleidung sehr ruiniert wird.

Wollen die Bahnrichter ihre Lage verbessern und auf ein menschenwürdiges Dasein Anspruch erheben, so ist es in erster Linie Pflicht, daß jeder einzelne seinen Mann stellt und sich an den Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein anschließt. Denn nur auf diese Weise ist den Bahnrichtern die Gewähr geboten, daß sie zum Ziele gelangen.

Deputation der Kohlenarbeiter beim Eisenbahnminister.

Am 18. Februar l. J. sprach eine Deputation, bestehend aus den Genossen Waldhauser, Binder und Mennerstorfer, beim Eisenbahnminister vor, welchem sie die Wünsche und Beschwerden der gesamten Kohlenarbeiter vorlegten. Insbesondere legten sie die seit langem schwebende Frage der Arbeitszeitverkürzung dar, den 12/12- und 12/24stündigen Turnus, gegen welchen Turnus das Eisenbahnministerium an sich nichts einzuwenden hätte und diesbezüglich, zwar nicht bindende, Versprechungen seit langer Zeit abgegeben wurden. Sie schilderten in eingehender Weise, daß sie dem gegenwärtigen Dienst nicht mehr standhalten können, indem dieser ihre Kräfte allsehr in Anspruch nimmt. Sie besprachen sodann noch die Entlohnungsfrage, die Bezahlung der Ueberstunden, Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit, welche statt mit 1/4fachen mit anderthalbfachem Lohn zu entlohnen wäre.

Seine Excellenz erwiderte, daß es Tatsache ist; daß der Dienst der Kohlenarbeiter ein schwerer ist; es handle sich bloß um das Geld, das die Regelung dieser Frage erfordere. Man sei eben daran, die Angelegenheit auszuarbeiten, das natürlich schwer falle, denn man wolle die Kohlenarbeiter nicht allzu hart treffen, wenn man nicht alles erfüllen könne. Nur weiß man die Normen noch nicht, wie die Kosten zu beschaffen seien, über welche sich die Staatsbahndirektionen bis heute noch nicht geäußert haben. Das schwierigste dabei ist, in puncto des Verdienensganges die richtige Norm zu finden, damit die anderen Arbeiterkategorien speziell in dieser Hinsicht nicht auch eine Remedur ihrer Forderungen vornehmen würden. Das wäre für die Sache der Kohlenarbeiter höchst peinlich.

So sehr er als Person auch für die billige Durchführung wäre, so kann doch er allein nichts verfügen; er hoffe jedoch, daß die entsprechende Norm endlich gefunden werde.

Der Minister kam sodann noch auf die Wohnungsfürsorge zu sprechen, in welcher Großes zu leisten seine Absicht ist. Alles das müsse natürlich Hand in Hand mit den Bediensteten selbst gehen. Wie es sich aber zeige, seien gerade die Sozialdemokraten gegen die Einführung des Affordes, so sehr dieser auch im Interesse der Arbeiterschaft gelegen wäre. (Wir werden auf die Behauptung, daß der Afford im Interesse der Arbeiterschaft läge, noch ausführlich in der nächsten Nummer zurückkommen. Die Red.) Für ihn sei es außer Frage, daß nur durch den Afford ein größerer Verdienst für den einzelnen Arbeiter zu erzielen wäre. Man sollte das Projekt nicht so rundweg ablehnen.

Schließlich versprach der Minister bezüglich der Arbeitszeitverkürzung alles zu tun, was sich nur machen läßt.

Zur Resistenzbewegung in Triest. Die Direktionspersonal-Kommissionsmitglieder der Unterbeamten und Diener haben in der Kommissions-sitzung am 26. November 1910 mit Rücksicht auf die fortwährende Preissteigerung Anträge gestellt, wonach die bereits bestehende zehnprozentige Karlsruhulage auf 20 Prozent zu erhöhen, zu der 80 Prozent Quartiergeld und eine 20prozentige Quartiergelzulage zu gewähren ist. Der Herr Staatsbahndirektor Hofrat Galambosch ersuchte die Kommission, nur bei der Forderung der Erhöhung der Karlsruhulage zu verharren, die anderen Forderungen aber vorläufig zurückzustellen.

Diesen Rat befolgte die Kommission und zog die übrigen Anträge zurück. Der Herr Direktor versprach, sich für diese Forderung mit aller Kraft einzusetzen und, wenn halbwegs möglich, die Auszahlung bis 1. Jänner l. J. zu bewerkstelligen. Nun kam die Bewegung der Staatsbeamten und Diener in Triest den Staatsbahnbeamten, die in der Kommissions-sitzung auch ähnliche Forderungen wie die Unterbeamten und Diener stellten, gerade erwünscht. Die slowenisch-nationale Eisenbahnerorganisation, die Ortsgruppe des deutschen Beamtenvereines und die Ortsgruppe des Weisnervereines haben sofort einen Bund geschlossen, um gegen die zentrale Eisenbahnerorganisation einen Ausfall zu machen. Es wurde die Parole ausgegeben: „Eisenbahner, schließt euch der Bewegung an, jedoch einzeln, mit eurem Verein wollen wir nichts zu tun haben.“ Am 14. Februar l. J. wurde von den slowenisch-nationalen eine Eisenbahnerversammlung einberufen, bei welcher der Beschluß gefaßt wurde, ein Telegramm mit bezahlter Retourantwort an das Eisenbahnministerium abzusenden, worin für die Arbeiter 50 S. Aufbesserung per Tag verlangt wurde. Damit glaubte man die Arbeiter zu täuschen. Als am 15. Februar die Staatsbeamtenversammlung die passive Resistenz beschloß, waren es gerade die gelben Gewerkschaften, die auf der Staatsbahn die Resistenz proklamierten.

Die Arbeiter, denen man 50 S. versprochen, begannen sofort passiv zu arbeiten. Das Vershubpersonal wurde einzeln von den diensthabenden Beamten zur Resistenz gezwungen, andererseits hat der Unmut über die Nichterledigung der versprochenen Erhöhung der Karlsruhulage das übrige zur Unzufriedenheit beigetragen. Die Resistenz hat volle sieben Tage gedauert. Als sich die Nachricht verbreitet hat, daß die Staatsbahnverwaltung die Südbahn als Hilfsroute zu benutzen gedenkt, hat die Organisation den Beschluß gefaßt, für diesen Fall sofort mit der passiven Resistenz auf beiden Bahnen zu beginnen. Dieser Beschluß wurde sofort den beiden Bahndirektionen bekanntgegeben. Am 21. Februar tagte eine Versammlung der Südbahnbediensteten, bei welcher folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die am 21. Februar tagende Versammlung der Südbahnbediensteten begrüßt die Bewegung der Staatsbediensteten und Beamten, die im Kampfe um Verbesserung ihrer materiellen Lage stehen; verurteilt hingegen das leichfertige Eintreten in die Resistenz von den Herren Staatsbeamten und einzelnen durch dieselben zur Resistenz verleiteten Eisenbahnbediensteten; die durch ihre Vorgangsweise der Bewegung der Staatsbeamten und Diener nur geschadet haben. Die Versammlung lehnt jede Verantwortung für die eventuellen Folgen dieser Resistenz ab; erklärt aber, sofort mit der Resistenz einzusetzen, falls die Staatsbahnverwaltung als Hilfsroute die Südbahn benutzen sollte.“

Am 22. Februar fand eine Vereinsversammlung der Ortsgruppe Triest II statt, die von zirka 500 Personen besucht war. In dieser Versammlung wurde der objektive Situationsbericht erstattet. Nach einer einstündigen Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 22. Februar 1911 im Arbeiterheim, via Vosschello, tagende öffentliche Vereinsversammlung begrüßt die Bewegung der Staatsbeamten und -Diener, verurteilt aber die Vorgangsweise jener Eisenbahner, die mit ihrem Auftreten den im Kampfe Stehenden nur schaden. Die Ortsgruppe erklärt jede Verantwortung für jene Eisenbahner, die sich der Bewegung angeschlossen haben, beziehungsweise sich von Leuten ohne jedes Verantwortungsgefühl hierzu verleiten lassen, abzulehnen und erklärt weiter, daß sie mit der passiven Resistenz keine Gemeinschaft hat.“

Während die organisierten Eisenbahner ihre Taktik beschloßen, tagte eine Sitzung der Staatsbeamten unter dem Vorsitz des Abgeordneten Spadaro, wofür beraten wurde, wie die bereits sieben Tage dauernde Resistenz zu beenden sei. Am 23. Februar wurde der Beschluß, die Resistenz einzustellen, publiziert. Die nationalen Eisenbahner haben eine komplette Niederlage, die sie uns bereiten wollten, erlebt. Zu bedauern sind nur die armen verführten Opfer der nationalen Marktfreier. Für die Eisenbahner aber möge dieser bedauerliche Fall ein Fingerzeig sein, daß ihr Sieg nur durch eine feste in sich geschlossene Organisation erlämpft werden kann. Jenen organisierten Genossen, die sich von den wohlwollenden Phrasen der Bahnbeamten zur Disziplinlosigkeit verleiten ließen, diene diese bittere Erfahrung zur Lehre, niemals mehr einen Disziplinbruch zu begehen.

Von den Signalmeistern der Nordbahn. Aus allen Kategorien von Bediensteten der verstaatlichten Nordbahn sind Klagen zu hören über Verschlechterung ihres Dienstverhältnisses, der Verkürzungen an Bezügen und Verlängerung der Arbeits- oder Dienstzeit. Findet es eine Kategorie einmal namentlich, auf die Einreichungsgrundsätze und gewährleistenden Rechte hinzuweisen, so bekommt man zur Antwort, daß dies oder jenes den I. I. Staatsbahnnormen angepaßt sei und mit den Nordbahnen keine Ausnahme gemacht werden könne.

Die meiste Verächtlichkeit zu derartigen Klagen haben wohl die Signalmeister der ehemaligen Nordbahn. Dieselben haben lange Jahre in den niedersten Gehaltsstufen ihren Dienst mit Pflichteifer versehen und es ist nicht das geringste Verkehrshindernis durch die ganzen Jahre zu verzeichnen, welches seinen Grund in der Vernachlässigung der Siderungsanlagen gehabt hätte. Tag und Nacht und bei jeder Witterung war der Signalmeister auf dem Posten, nie konnte er sagen, er habe einen halben Tag frei. Denn der heutige Signalmeister ebenso wie der ehemalige Wlokauffseher war und ist Aufsichtsorgan und zugleich auch Arbeiter und Monteur in einer Person. Von ihm müssen Fehler in der Anlage nicht nur aufgefunden, sondern auch sofort behoben werden, und oft ohne jede sachliche Hilfskraft. Vom Signalmeister hängt es in den meisten Fällen ab, daß bei Unfällen mit Anlagenbeschädigung der Verkehr sobald als möglich wieder aufgenommen werden kann. Diesen bewährten Bediensteten wurde aber für ihre erprießliche Dienstleistung im Laufe des vergangenen Jahres seitens der I. I. Staatsbahnverwaltung eine sehr schlechte Anerkennung zuteil. Sie erhielten nämlich größere Strecken zugewiesen, aus welcher Bestimmung wieder eine längere Dienstzeit und kürzere Ruhezeit hervorging.

Auch das Meßpaußchale wurde ihnen gekürzt und die Zugeteilten reduziert.

Das ärgerte aber ist, daß die Signalmeister noch eine zweite Dienstleistung zugewiesen erhielten, welche im Privatbahnbetrieb von eigentlichen staatlichen Organen besorgt werden muß. Nämlich die Beaufsichtigung und Instandhaltung der staatlichen Privattelegraphenanlagen und Apparate an Stelle des Telegraphenauffsehers.

Diese auferlegte Mehrarbeit wird seitens der Signalmeister als eine schwere Ueberbürdung gefühlt, da gibt es unaußgeseht Fehler zu beheben, Störungen und Abteilungen aufzusuchen sowohl in den Bureaus wie auch an den Leitungen. Bejahrte Männer sollen mit den Steigeisen auf Telegraphenstangen herumklettern und eigenhändig selbst Arbeiten verrichten, wozu der Linienaufseher immer seine Leute verwendete.

Demgegenüber können die Signalmeister sagen, daß ihre Qualifikation und die Kürzung ihrer Vorrückungsfristen mit der aufgebürdeten Mehrdienstleistung in gar kein Verhältnis gebracht wurde. Die Signalmeister der Nordbahn glauben, daß dieser Klageruf an ihren Kollegen nicht ungehört vorüberziehen wird, daß sie endlich alle zu begreifen beginnen, wo der Fehler liegt, daß sie endlich einsehen werden, daß es in unfernen Reihen endlich besser werden muß, besser durch den Zusammenschluß aller Berufskollegen in der sozialdemokratisch-internationalen Eisenbahnerorganisation.

Todesfall. Genosse Weigl hat wieder einen schmerzlichen Verlust zu beklagen. Seine 16jährige Tochter Emilie starb nach achttägigem Krankenlager im Badener Spital. Die zahlreiche Beteiligung an dem Leichenbegängnisse, das Freitag den 24. Februar stattfand, zeigte von der allgemeinen Anteilnahme an dem schweren Schicksalsschlag, der Genossen Weigl abermals betroffen hat.

An die organisierten Eisenbahner Aspangs! An die organisierten Eisenbahner Aspangs! ergeht die freundliche Aufforderung, durch Beitritt zum politischen Verein auch an der politischen Organisation teilzunehmen. Den organisierten Arbeitern Aspangs steht eine Bibliothek (Ausgabe täglich bis 9 Uhr abends bei Genossen Zepetaus, Aspang 112)

zur Verfügung. Gleichzeitig wird an die Genossen Eisenbahner von Aspang das Ersuchen gestellt, den von der Arbeiterchaft errichteten Konsumverein durch Beitritt zu demselben zu unterstützen.

Korrespondenzen.

Marburg. (Südbahnwerkstätte.) In dieser Werkstätte hat man schon seit längerer Zeit das Bestreben, die Arbeiter in immerwährender Aufregung zu versehen. Der Werkstättenleitung scheint ganz unwohl zumute zu sein, wenn eine Zeitlang Ruhe und Frieden herrschen sollten. Um aber ja die Erregung bis zum äußersten zu treiben, hat man sich in der Verteilung der verschiedenen Vorkommnisse allerlei Maß zu rechtgelegt. Was dem einen im weitestgehenden Maße erlaubt ist, selbst bei nachweisbarem Verschulden, wird dem anderen zum Verbrechen angerechnet, und sogar unter Umständen, wo jeder tatsächliche Beweis fehlt. Es hängt einfach alles nur von der Laune und dem Wohlwollen einiger Vorgesetzter ab. Dabei sind immer nur parteipolitische und nationale Motive maßgebend. Handelt es sich um einen sozialdemokratisch organisierten Arbeiter, so werden die schärfsten Maßregeln in Anwendung gebracht. Es werden ohne einen triftigen Grund Verurteilungen von mißliebigen Gewordenen vorgenommen, unbekümmert darum, ob der Betreffende in seinem Verdienst geschädigt wird oder nicht. Gewöhnlich ist eine Verkürzung in der Verdienstmöglichkeit das bleibende Fazit. Es hilft dagegen weder eine Intervention noch eine Beschwerde, die Antwort ist immer nur ein starres: Nein. Wie man aber grobe Fehler verüben kann, wenn es sich um einen Günstling handelt, dazu möge nachstehender Fall als Illustrationsfaktum dienen. Der Schlosser Schweighofer in der Abteilung 8b sollte am 22. Jänner eine Arbeit verrichten, zu der er jedoch infolge allzu großer Quantitäten genossenen Alkohols unfähig — es war dies bereits schon öfters der Fall — war, so daß er nach Hause expediert werden mußte, wobei er sich seinen Schädel recht gehörig anschlug, was aber trotzdem nicht zur Ernüchterung beigetragen hat. Wo soll sich einer erlauben, dem nicht die Gnadenzone irgendeines Vorgesetzten leuchtet, von der Werkstätte hinauszugehen, um sich bei einem Weisler in Schnaps und Zigaretten göttlich zu tun, besonders wenn beides nichts kostet. Das war bei Herrn Schweighofer der Fall. Unfähig am Tage überhaupt zur Arbeit, Verlassen der Arbeitsstätte um Schnaps zu trinken, Verunreinigung des Arbeitsplatzes infolge des Alkoholgenusses, schließlich mit Begleitung nach Hause befördert zu werden, war die Arbeitsleistung Schweighofers am besagten Tage. Seither sind schon ein paar Wochen vergangen, aber der strafende Gerechtigkeitssinn der Werkstättenleitung war nicht zu erblicken. Kein Mensch weiß, was vorgefallen ist und alles ist in schönster Ordnung. Was würde einem anderen passiert sein im Falle einer derartigen Pflichtverletzung? Es hätte sicherlich nicht einmal mehr eine Vernehmung in eine andere Abteilung genügt, sondern man würde ihn in den dauernden Arreststand mit der Bewilligung, wo anderwärts Arbeit zu suchen, versetzt haben. Herr Schweighofer braucht sich dessen nicht zu fürchten. Er leistet dafür ja Großartiges in der „Verrechnung“ der Organisation, ist ein strammer Anhänger der deutschgelben Clique, läuft seinem Werkführer als Allergretreuer auf Schritt und Tritt nach, kurzum, ein Arbeiter nach dem Ideal der Unternehmer. Und solche Leute wurden bei den letzten Vertrauensmännerwahlen der übrigen Arbeiterschaft als Kandidaten vorgelegt von einem sich „unparteiisch“ nennenden Wahlausschuh. Wenn bei der Werkstättenleitung irgendein Funke Gerechtigkeitssinn vorhanden ist, dann möge sie darnach auch handeln und gleiches Maß bei Beurteilungen von Schuld und Strafen in Anwendung bringen, widrigenfalls die Annahme nur zu berechtigt erscheint, daß sie ein brauchbares Instrument ist zugunsten einer Anzahl deutschnationaler politischer Lumpen. Der Ungerechtigkeiten an Arbeitern, die nichts anderes verbrochen haben, als Sozialdemokraten zu sein und sich infolge dessen die Ungunst eines Vorgesetzten zuzugewinnen, sind bisher schon mehr als genug.

Aspang. (Ein Beitrag zum Wohnungselend.) Die I. I. Staatsbahndirektion in Willach hat sich, obwohl sie während des Baues der Westbahn hierzu genügend Zeit hatte, erst im April d. J. veranlaßt gesehen, auf den gräßlich persönlichen Gründen in Aspang nahe dem Bahnhof drei Personalfhäuser zu errichten und mußten diese rasch erbaut werden, weil Ende Oktober d. J. das Personal und einige Beamtenfamilien die Wohnungen beziehen mußten. Jedermann kann sich lebhaft vorstellen, in welchem elenden nassen Zustand die Wohnungen, trotz des künstlichen Ausheizens, sich befanden. In den meisten Wohnungen kann man heute noch sehen, wie die Feuchtigkeit über den Wänden zusammenläuft. Frauen, Kinder und auch die Männer leiden unter den diermaligen strengen Witterungsverhältnissen und ist der Bahnarzt in diesen drei Jahren ein täglich gesehener Gast. Warum findet sich kein Staatsanwalt, der Anklage erhebt gegen diejenige Baubehörde, welche in den Personalfhäusern der I. I. Staatsbahndirektion Willach den Vermietungskonkurs zu solchen Wohnungen erteilte, welche gerade aus den Händen des Maurers hervorgingen, ja selbst in den bereits bezogenen Wohnungen Handwerker noch die letzte Hand anlegen mußten. Die Kohlen, welche vorher zur Ausheizung der nassen Wohnungen gratis verabfolgt wurden, sind längst eingestellt und müssen von den Eisenbahnern aus eigenem Bezahl werden, was einen nicht unbedeutenden Ausfall an Gehalt zufolge hat. Das verhängnisvolle Schicksal sollte aber erst das volle Maß auf das Bahnpersonal ergießen. Durch volle vier Monate wurde dem gesamten Bahnpersonal und Beamten der Mietzins für diese ungesunden Wohnungen nicht abgenommen, weil angeblich die Höhe des Mietzins erst festgestellt werden mußte. Am 1. Februar l. J. war dies wahrscheinlich der Fall; es wurde nämlich mit Hintansetzung jeder Rücksicht sämtlichen Wohnungsmietern der ganze rückständige Mietzins für die abgelaufenen vier Monate auf einmal in Abzug gebracht, ja noch mehr, dem bereits angestellten Personal wurde außerdem ein dreimonatiger Mietzins im vorhinein abgezogen, so daß mancher Maschinist, Kondukteur mit einigen Kronen Monatsgehalt nach Hause kam. Der I. I. Staatsbahndirektion liegt auch nicht das mindeste daran, wenn ihr Personal samt Familie hungert, die Hauptsache bleibt, daß der Mietzins für die vermieteten Wohnungen in den Personalfhäusern ordnungsmäßig eingehet. Ein einfacher Mobus wäre gefunden, wenn der ausstehende Mietzins in kleinen monatlichen Teilzahlungen abgenommen worden wäre, was sich das Personal gern gefallen ließe. Mit was die Familien der geschöpften Eisenbahner den einen Monat Februar leben sollen, diese Frage möge gültig die I. I. Staatsbahndirektion beantworten.

Wien. (Oesterreichische Nordwestbahn.) Der Genosse Georg Gerstl, Saalbiener der O. N. W. B., starb nach langer Krankheit am 20. Februar 1911. Durch diese Krankheit und kranke Kinder kam Genosse Gerstl in die bitterste Not. Die Ortsgruppe spendete 20 Kr. und leitete außerdem eine Sammlung am Bahnhof Wien und bei der Direktion ein, welche einen Betrag von Kr. 72.00 ergab. Die Witwe drückt hiermit den wärmsten Dank aus.

Wien X/2. (Vom Reichsbereiner l.) Eine Angelegenheit, die verdient, der Öffentlichkeit bekanntgegeben zu werden, erweckt noch heute stille Heiterkeit in Wagenpüher-

freien des Wiener Bahnhofes der Staatsbahn. Wie jede Bahn an irgendeiner speziellen Schmarogerorganisation krank, so fristet auch auf der St. E. W. der sogenannten „Reichsbereiner“, trotz eines Königs an der Spitze, ein jämmerliches Schmarogerdasein. Von sämtlichen Wagenpüher gehören dieser „edlen“ Organisation ganze vier Mann an. Die Namen dieser vier „aufrechten“ Männer, die von der Gewerkschaft und dem bösen Tomfschiff erst nichts wissen wollen, sollen der Nachwelt erhalten bleiben. Sie hören auf den Ruf: Svital, Glür, Simoner und Patotscha. Wahrscheinlich auf Anraten des majestätischen Führers des „Reichs“ bereinere wollten die vier mehr durch stumpfsinnige Treue an ihren Herrn als durch Verstand ausgezeichneten Reichsbereinerwagenpüher ihre Kollegen sowie den ganzen Bahnhof durch eine große rettende Tat ins Staunen versetzen. Sie gingen daher ohne Wissen ihrer Kollegen, ohne den Dienstweg einzuhalten, zum Hofrat — man höre und staune — verlangten „Vermehrung des Personals beim Affordkorps“. Wie muß Hofrat Trunka über diese schier übermenschlische Dummheit geschmunzelt haben. Da das ganze Wagenpüher der ganze Korps gemeinsam im Afford hat, so ist es selbstverständlich, daß sich, je mehr Mitglieder das Korps zählt, um so kleiner der ohnehin nicht übermäßig hohe Verdienst stellt. Zum Glück konnten die maßgebenden Faktoren die Nichtigkeit der im Namen der Kollegen — welche Frechheit — vorgebrachten Forderung nicht glauben und fragten bei den unmittelbaren Vorgesetzten der Wagenpüher in dieser Angelegenheit an. Dadurch kam die Sache auf und alle wirklichen Vertrauensmänner der Wagenpüher hatten alle Mühe, die Dummheit dieser vier Leute auszubessern. So endete die große Tat. Das Resultat war ein homerisches Gelächter und die tiefenhafte Blamage für den Führer des Reichsbereineres, der von dem geplanten „Siegeszug“ seiner vier Getreuen wissen mußte, wahrscheinlich sogar der Urheber desselben war. Da aber die Sache nicht immer so harmlos ablaufen kann, müssen wir dringend fordern, der löbliche Reichsbereiner möge sich begnügen, wie bisher in kleinen Entzimmern, die Gewerkschaft und deren führende Männer zu verleumden und beschimpfen, „Aktionen“ aber lieber uns zu überlassen, da sonst nur Blamage oder gar Schädigung der wirklichen Eisenbahnerinteressen das Resultat ist.

Wien II. (Heizhaus.) Laut einer Verfügung der I. I. Staatsbahndirektion Wien hat das dienstfreie Personal schon am 14. jeden Monats nachmittags stattzufinden. Die Direktion sah es ganz gut ein, daß, wenn das Personal am 14. abends wegfährt und erst in zwei Tagen zurückkommt, die Leute nicht erst am 16. und 17. ihr Geld zu bekommen haben, sondern es ist schon am 14. auszuzahlen. Dies gilt sowohl für das Lokomotivpersonal als auch für die Zugbegleiter. Was anderes ist es aber im Heizhaus Wien II. Hier verfügte die Heizhausleitung: Das Fahrgeld darf nicht am 14. ausbezahlt werden, da sich die Leute am 14. antrinken könnten und nicht in den Dienst kämen. Eine sehr leichte Begründung, dem Personal das Geld nicht auszuzahlen, als wenn man nur am 14. ins Gasthaus gehen dürfte, am 15. nicht. Es mag ja vorkommen, daß sich hier und da einer vergißt und dann nicht rechtzeitig in den Dienst kommt; müssen aber dafür hundert andere büßen? Dem Herrn Oberinspektor Scholz muß schon gesagt werden, daß den Leuten bei diesem elenden Verdienst und der großen Teuerung verflucht wenig Geld bleibt, um ins Wirtshaus gehen zu können. Auch der Herr Stationskassier steht auf dem Standpunkt, daß laut Instruktion die Auszahlung erst am 15. stattzufinden hat. Wenn das Personal die Instruktion genau einhält, so heißt dies passive Resistenz; beruft sich aber der Herr Kassier auf die Instruktion, obwohl er das Geld und sämtliche Auszahlungslisten schon am 14. vormittags hat und nachmittags nicht auszahlen will, so ist das keine passive Resistenz. Jedenfalls sind das aber ganz unnötige Schikanen. Wenn der Herr Kassier weiß, instruktionsgemäß ist das Geld am 15. auszuzahlen, so soll er auch dafür Sorge tragen, daß dem Personal, welches am 15. und 16. auf der Strecke ist, das Geld, welches schon vor einem Monat sauer verdient wurde, dort ausbezahlt wird, wo sich das Personal eben am 15. befindet.

Die I. I. Staatsbahndirektion Wien wird aber ersucht, die Dienststellen in Wien II beauftragen zu wollen, daß das dienstfreie Maschinenpersonal am 14. auszuzahlen ist, so wie es bei den Zugbegleitern der Fall ist.

Teichstadt. (Von der I. I. Böhmisches Nordbahn.) Auf der I. I. B. B. bestand der Wunsch, daß den Frauen der Wächter, welche Naturalwohnungen inne hatten, eine Zulage von 6 bis 10 Kr. per Monat für Graswuchs- und Schneebeseitigung ausbezahlt wurde. Am 1. Februar l. J. erhielten die Wächter folgende Zuschrift:

„An alle Wächter!“

Laut Direktionszahl 1959/III vom 27. Jänner 1911 werden die für Graswuchs- und Schneebeseitigung gewährten Zulagen nicht weiter ausbezahlt. Insbesondere haben sich die Wächterfrauen auch weiterhin für jene Fälle, wo dieselben zur Ausübung des Signal- und Schrankenendienstes bei Zugverspätungen zc.) gegen Entlohnung von 10 S. per Zug herangezogen werden müssen, stets dienstbereit zu halten. Die im letzten Absatz angeführte Entlohnung wird wie bisher auch weiter ausbezahlt.“

Wof, da haben wir es. Für eine eventuelle Entlohnung von 10 S. soll sich die Frau des Wächters das ganze Jahr hindurch dienstbereit halten. Da nun ein jeder Zug damit rechnen muß, daß er durch irgend ein unvorhergesehenes Ereignis Verspätung haben kann, so ist durch diesen Entsatz die Möglichkeit geboten, den Wächter für das Verschulden seiner Frau jederzeit zu bestrafen. Da die Wächterfrauen bei der herrschenden Teuerung gezwungen sind, sich auf Nebenarbeiten in oder außer dem Hause zu verlegen, so dürfte es mit der Dienstbereitschaft der Frauen bei der I. I. B. B. für 10 S. jährlich wohl sehr schlecht bestellt sein.

Knittelfeld. (Aus der Werkstätte.) In der Abteilung II hat ein Mann sein Unterkommen gefunden, welcher das Produkt eines beispiellosen Mißbrauches der Protektionsgewalt ist. Dieser Werkmeister, Engfelder, war in einer Privatwerkstätte in Willach beschäftigt und würde heute noch ein sehr bescheidenes Dasein fristen, wenn er nicht hohe Gönnen gefunden hätte. Unter dem deutschnationalen Kurs des Oberinspektors Skala findet jede Unforrechtigkeit einen Entschuldigungsgrund, wenn sich der Betreffende nur national gebildet. Engfelder läuft mit seiner schwarz rot goldenen Uhrkette herum, um neuen Arbeitern, welche durch die „Nationale Arbeitsvermittlung“, Dr. Daghöfer, Hanel u. Komp., in den Betrieb gekommen sind, seine politische Gesinnung zu bekunden. Seine Bauerumantler gipfelt darin, daß er sich das Leben gerne bei Nacht betrachtet und den Tag zum Schlafen benützt. Wiederholt müssen die Bediensteten in die Kasse gehen, da doch der Gewaltige nicht gestört werden darf. In seiner taktenjämmerlichen Stimmung begründet er seine Ansprüche damit, daß er Geld genug zu saufen hat. So ein Mensch hat auf die Existenz von vielen Arbeitern Einfluß, er redet bei der Qualifikation mit, erwirkt Versetzungen u. s. w. Weirätschlich erscheint es darum, daß vor einem solchen Menschen sehr wenig Respekt vorhanden ist, und daß es im Interesse des Betriebes liegt, wenn man solche Menschen womöglichst weit vom Verkehr mit den Bediensteten haltet. Es wäre hoch an der Zeit, wenn die Direktion in Willach einmal eine Reinigung in dieser Beziehung vornehmen würde.

Zglau. (Der Reichsbund umgeben mit dem Florianschein der Lügen.) In einer Notiz des „Deutschen Eisenbahner“ vom 10. Februar l. J., unter der Überschrift „Die Noten“, übt sich ein bekannter Einfaltspinsel im Schimpfen und Lügen. Er berichtet über eine Zugbegleiterbesprechung, welche am 23. Jänner zwecks Entsendung von Delegierten zu einer vom Allgemeinen Reichsbund und Gewerkschaftsbund in Wien einberufenen Zugbegleiterkonferenz stattfand.

Hierbei hielt er in seiner angeborenen Lügenmanier fest, daß die Genossen in der Stärke von 35 Mann hinguzogen und dort 17 „Note“ fanden.

Um den Lügner sofort zu brandmarken, führen wir hier die Namen von jenen Reichsbünlern an, die dieser Lügner als 35 zählt, es waren vom Reichsbund anwesend: die Kondukteure Wufatsch, Fabak, Göth, Hammermüller, Wondrat, Pferost, Schmeiler, Herberich, Lang, Gager und Schwab. Selbst wenn dieser Nacherkündiger noch die 7 „Parteilosen“ dazugerechnet hätte, würden noch viele auf 35 gefehlt haben.

Diese Lügenjuele beklagt sich, daß Genosse Kiesling und als zweiter Kamerad Göth als Delegierte gewählt wurden und daß der gute Baden-Göth von der Zentrale nicht als Delegierter für eine Konferenz des Allgemeinen Reichsbund und Gewerkschaftsbundes angenommen wurde. Wir glauben es diesem Gschärl, daß er gerne gehört hätte, was in dieser Konferenz beschlossen wird, doch so dumm sind die „Noten“ doch nicht, um sich mit einem Göth zu einer Beratung zusammenzusetzen und ihre Beschlüsse verdrückt und entstellt dann ausposaunen zu lassen. Ja, warum hat denn der „allein selig machende Reichsbund“, wenn er die großen Schädigungen bemerkt, und weiß, daß die Noten nichts machen, nicht schon selbst etwas zugunsten der geschädigten Zugbegleiter unternommen? Das Schimpfen auf die Noten hilft den Zugbegleitern gar nichts, dieses ohnmächtige Röhren und fortwährende Drohen mit der Passivität ist für die Klap! Man muß erst etwas aufweisen können, speziell dann, wenn man als ersten Vertreter des Reichsbundes den Herrn Oberpräsidenten Kroh bei der Schüssel hat, aber der ist „rückwirkend“ untergebracht. Das Ganze, was der Reichsbund bis heute aufzuweisen hätte, wäre der Herr Kroh, dann die Verbrüderung mit Herrn Burival und der „Zemská Jednota“, außerdem könnte dieser Bund noch aufweisen, daß der „rückwirkende“ Kroh im Ausschuss für Sozialversicherung für die Verschlechterung, ja für wesentliche Schädigung verunglückter Eisenbahner geümt hat.

An ihrem Bericht werden nun einmal wieder ihre eigenen Mitglieder sehen, wo der Schwindel liegt, wir halten eben noch einen Großteil der Mitglieder des Reichsbundes nicht für „eine urteilslose Masse“, sondern wir wissen genau, daß selbe nur Mitglieder sind, weil in Zglau ein großer Mißbrauch mit dem Namen des Reichsbundes getrieben wird! Jedem wird eingepaukt: „Der Vorstand wünscht, daß Sie Mitglied des Reichsbundes werden“, auch wird erinnert, „daß der Herr Vorstand viel bei der Prüfung machen kann.“ Der Kassier zieht bei der Lohn-, beziehungsweise bei der Gehaltsauszahlung den Monatsbeitrag gleich ab, denn er bekommt 2 Prozent Zinssprovision. Auch Herr Melion im Magazin verlangt von seinen Arbeitern, im Namen des Herrn Vorstandes, den Beitritt zum Reichsbund (dieser Herr wird sich mähtigen müssen, sonst mühten wir einige „süße Geschichten“ aufzählen); auf diese Art ist es freilich kein Wunder, wenn sich der Reichsbund in Zglau noch erhöht. Würden die Mitglieder nicht durch Zwang (einige durch Wahrungszuschüsse, um lieblich zu sein) beim Beitritt schon längst hätten sie ihren Lügenberichterstatler und gemeinen Schimpfschreiber zum Teufel gejagt oder ihm den Rücken gekehrt, so aber müssen manche „einstweilen“ schweigen.

Der Reichsbund kann ein ganz guter Versorgungsverein für gewisse Beamte à la Kroh sein, doch für Arbeiter gibt es in diesem „Beamtenverein“ wenig oder nichts zu erfahren und die betörten Mitglieder bezahlen die Rechnung. Mit den Wutausfällen im „Deutschen Eisenbahner“ laßt diese Gesellschaft keine Klap vom Ofen weg, noch viel weniger wird dies eine Direktion oder ein Eisenbahnministerium einschüchtern. Reichsbund mit deiner geprahnten Stärke, zeige was du imstande bist, dann verdienst du Anerkennung, so aber kennst dich und deine Führer samt Schreibrechte jeder nur als pflanzmachende Großsprecher, die ihre Mitglieder übers Ohr hauen.

Reben. (Vom Magazin.) Der Affordarbeiter Franz Heinrich erfuhr sich besonderer Protektion beim Vorstand Herrn Wrabek, und die Leute behaupten, dies habe darin seinen Grund, daß Heinrich dem Herrn Vorstand den Zuträger abgab. Heinrich wurde, ganz ohne jede Berechtigung hierzu, vom 1. Juni bis 1. August v. J. wegen Vorbereitung zur Magazinsprüfung beurlaubt und diese Zeit über auch weiter aus den Affordgeldern der Magazinsarbeiter bezahlt. Dabei wurde er die Zeit über obendrein als Parteiführerjubiläum geführt. In der Zeit vom 16. bis 23. November v. J. wurden ihm sieben bezahlte freie Tage gewährt. Das sind nur die auf Kosten der Magazinsaffordarbeiter gehenden Begünstigungen, von den anderen gar nicht zu reden. Wenn der Herr Vorstand Wrabek Protektion ausüben will, mag er das auf Kosten der Bahnverwaltung oder aus seinem Säckel tun. Die Verkehrsdirktion der Südbahn wird derartige grobe Ungehörigkeiten unmöglich länger dulden können, wenn sie auch nur den Schein wahreren will, daß das ganze Personal gleichmäßig behandelt wird. Wir machen die Verkehrsdirktion der Südbahn übrigens auf die Folgen aufmerksam, die eine derartig willkürliche Verwendung der Affordgelder nach sich ziehen muß und ersuchen, hier baldigt eingzugreifen.

Ober-Rindwiese. (Ein trauriger Todesfall) ereilte den Bahnrichter Genossen Johann Wernert, welcher sich am 8. Februar aus seiner Wohnung entfernte und einige Tage trotz aller Nachforschungen verschunden blieb, bis es endlich Samstag den 11. Februar gelang, denselben in den Schneemassen erfroren aufzufinden. Montag den 13. Februar fand das Leichenbegängnis unter riesiger Anteilnahme der Bevölkerung und Eisenbahner statt. Die tieftrauernden Hinterbliebenen danken auf diesem Wege allen Leidtragenden sowie insbesondere für die schönen Kranzspenden.

Unzmarkt. (Zum Bau des zweiten Geleises Unzmarkt-Friesach.) Schon seine hat das Schicksal der Streckenwächter vorausgesehen, als er im „Lazarus“ schrieb: „Hast du viel, so wirst du bald — Noch mehr dazu bekommen, — Hast du wenig, so wirst du — Auch das wenige genommen. — Wenn du aber gar nichts hast, — So lasse dich begraben. — Denn ein Recht zum Leben, Lump, — Haben nur die, die etwas haben.“ — Anlässlich der Vollendung des Unterbaues der genannten Strecke sollen Ende 1910 6000 Kr. als Remuneration zur Verteilung gelangt sein. Oberinspektor Erb soll 1000 Kr., sein Stellvertreter 500 Kr., die Stationsvorstände und Beamten sollen je 80 und 40 Kr., die Bahnmeister je 50 Kronen und die Weichenwächter je 15 Kr. erhalten haben. Die Streckenwächter sind aber leer ausgegangen. Diese sind ja ohnehin schon satt geworden während der langen Bauperiode durch die zahlreichen Dienstaufträge, in denen sie für alles verantwortlich gemacht wurden, was die Aufrechterhaltung und die Sicherheit des Betriebes gebietet. Die alleräußerste Anspannung der Dienstleistung von Seiten der Streckenwächter war notwendig, um diesen Aufträgen gerecht zu werden, denn Strafandrohungen und Strafen sind ja bekanntlich leicht zu

erteilen, nicht so leicht ist es aber, gegenüber Hunderten fremdsprachigen Arbeitern auf dem Geleise, auf den Weichen und Helfen die Befolgung aller Anordnungen zu erzwingen. Die Wächterhäuser wurden durch die Sprengungen arg beschädigt und man hat sich wahrlich viel Zeit gelassen, diese Schäden auszubessern. Den Wächtern gebührt von Rechts wegen eine Entschädigung für ihre Mehrleistung im Dienste, für den Nachteil durch Verlust an Gemüße, Geldfrucht und weiters dafür, daß die Weichen im Jahre 1910 durch den Bahnbau keinen Ertrag brachte. Das Nachtgeld wurde im vorhinein abgezogen, sollte daher zumindest rückvergütet oder für 1911 erlassen werden. Den Streckenwächtern wurde während der Bauperiode der freie Tag im Monat durch allerlei Kräfte abgezogen. Dafür erhielt der Oberinspektor 1000 Kr., weil er und sein Stellvertreter ohnehin große Diäten bei Streckenbereisungen beziehen. Der Streckenwächter ist leer ausgegangen, denn die Gerechtigkeit ist die Grundlage des Staates. Wächter, gegen diese Gerechtigkeit wirkt nur eine geschlossene Organisation!

Olmütz. Die Bediensteten der Station Olmütz-Hauptbahnhof legen in diesem Wege eine Beschwerde einer läblichen Direktion über das Verhalten des hiesigen Restaurateurs Herrn Schiroky gegenüber den Bediensteten vor, und zwar Bedienstete, welche angewiesen sind, ihr Mittag- und Nachtmahl und überhaupt alle Mahlzeiten in der Bahnhofrestauration zu nehmen, können für ihr schwerverdienendes Geld nicht das erhalten, was sie sich wünschen, sondern müssen sich mit dem begnügen, was ihnen Herr Schiroky vorlegt, wie folgt: In dem Lokal für Eisenbahnbedienstete (der sogenannten Schwemme) ist eben nichts zu haben als Rindsgulasch, welches ohne Abwechslung an der Tagesordnung ist.

Verlangt der Bedienstete, welcher bereits 15 Stunden im Dienst steht, etwas, was in der Speisekarte für Zivilreisende verzeichnet ist, so wird er von der Küche aus kurz abgefertigt: „Nicht mehr vorhanden,“ obzwar kurz darauf dieselben Speisen in der Restauration II. Klasse an Zivilreisende verkauft werden.

Die Kellner werden von Herrn Schiroky angewiesen, Bediensteten, die in der Schwemme ihre Mahlzeit einnehmen, zu sagen, daß diejenige Speise, die sie eben verlangt haben, nicht vorhanden ist.

Deshalb fragen die Bediensteten aller Kategorien: Ist das eigenmächtige Handeln des Restaurateurs Herrn Schiroky gegenüber den Bediensteten einer läblichen Direktion bekannt?

Infolgedessen bitten die Bediensteten aller Kategorien in der Station Olmütz eine läbliche Direktion, Herrn Restaurateur Schiroky zurechtzuweisen, und in dieser Angelegenheit zu intervenieren.

Kalwang. Die Wächter und Oberbauarbeiter rufen dem nach Feldkirch in Nörnten versetzten Bahnrichter Adam Steiner ein Lebewohl mit dem Bemerkten nach, er möge sich in Kalwang ja nicht mehr sehen lassen. Den Genossen von Feldkirch diene zur Kenntnis, daß sie sich vor diesem Herrn hüten mögen, um einer Vernachlässigung zu entgehen. Auch die Frauen und Mädchen in Wächterhäusern werden besonders — gewarnt.

Chobau. Buschtiehrader Eisenbahn. (Warnung.) Die Kollegen und Genossen der B. E. B. werden vor dem Bahnwächter und Bahnwagenbegleiter Göth in Chobau auf das eindringlichste gewarnt. Im Interesse der Kollegen ist es geboten, jeden außerdienstlichen Verkehr mit diesem Menschen zu meiden. Sollte Göth wider Erwarten seine Quertreibereien nicht unterlassen, dann mühten wir allerdings zu schärferen Mitteln greifen, die sicher und gründlich helfen würden.

St. Pölten. Die Ortsgruppe St. Pölten hat in kurzer Zeit zwei tüchtige Mitglieder durch den Tod verloren. Am 28. Dezember 1910 starb unser treues Mitglied Karl Thür. Am 9. Februar 1911 wurde unser Genosse Steinerwender in Melk zur letzten Ruhestätte getragen. Die Erde möge den beiden treuen Genossen leicht sein.

Hullein. Durch die Versetzung des Genossen Friedrich Musil von Hullein nach Mährisch-Weißkirchen verliert unsere Zahlstelle ein tätiges Mitglied und einen tüchtigen Genossen. Wir wünschen dem Genossen Musil viel Glück im neuen Dornis und gratulieren den Genossen in Mährisch-Weißkirchen zu ihrem neuen Kämpfer.

Gmünd. (R. I. Werkstätte.) Schon vor einem Jahre fühlte sich der Deutsche aller Deutschen, Herr Werkmeister Hoffmann, veranlaßt, seine Günstlinge, die gezwungen sind, sich seine und der Parteiführer Kunst (wenn es auch Tschechen sind) durch verschiedene Lederbissen, wie Käse, Birnen, Fische, Klößenbrot und Zigaretten zu erwerben, zu protegieren. Dieser deutschnationale Arbeiterführer, der nicht genug herumschreien kann, wenn seinen Lieblingen oder Freunden von irgendeiner Seite unrecht geschieht, dieser Mandatsjäger, der die ärgste Protektionswirtschaft treibt, der sich die größten Ungerechtigkeiten zuschulden kommen läßt, verdrängte tüchtige und gewissenhafte Arbeiter, weil sie Sozialdemokraten und Tschechen sind, von ihren Plätzen, um seine Vertrauten auf dieselben zu setzen. Dieser Herr leistete sich am 8. Februar ein neues Heldentat.

Es ist nämlich vor einigen Wochen ein Tischlerpartei-führer schwer erkrankt, es winkt also für die Bestimmungsgenossen ein schöner Posten. Zum Unglück ist der Stellvertreter ein Sozialdemokrat, dieser mußte natürlich weichen und es nahm ein Deutscher diesen Platz ein. Der Sozialdemokrat wieder mußte mit einem Tschechen tauschen und der Tscheche kam auf des Deutschen Platz. Das Schönste ist aber die Feigheit, die sich Herr Hoffmann leistete. Der Deutsche und der Tscheche waren von dem Manöver verständigt, dem Sozialdemokraten aber gegenüber schloß diesem Herrn der Hut. Erst als Herr Schrötter (Inventarbeamter) die Werkzeugübergabe vornahm, erfuhr er diesen Plan. Bei der Werkzeugübergabe spielte sich noch folgender Vorgang ab: Dem Tschechen war diese Versetzung nicht alleseins und er begab sich daher zum Vorstand, um das Ersuchen vorzubringen, da er schon über zehn Jahre auf diesem Posten arbeite, bleiben zu dürfen. Herr Vorstand sagte zu. Dieser meldete es Herrn Schrötter als gerade dieser die Werkzeugübergabe bei dem Sozialdemokraten vornahm. Nun mußte jener unberichteter Sache wieder fortgehen. Herr Hoffmann kam, um sich seines Streiches zu freuen. Wie groß aber war die Enttäuschung, als noch alles beim alten geblieben. Kaum erfahren, was geschehen, hatte dieser Held nichts Eiligeres zu tun, als rasch zum Herrn Vorstand zu laufen, um ihn wieder umzustimmen. Nach einer halben Stunde erschien wieder Herr Schrötter mit dem Bemerkten, er müsse die drei Parteiführerstellvertreter versehen, was auch ohne weiteres geschah. Aus diesem Vorgang ist ersichtlich, welcher Willkür die Arbeiter, welche nicht bei jeder Gelegenheit Heil schreien, unter diesem deutschnationalen Werkmeister und Arbeiterführer ausgesetzt sind.

Höchste Zeit wäre es, wenn die l. l. Staatsbahndirektion endlich einmal diesem an Größenwahn leidenden zukünftigen Reichspräsidenten dieses politische Treiben und ungerechte Vorgehen einstellen würde. Sollte in diesem Falle nichts geschehen, dann sind die Arbeiter gezwungen, sich auf irgendeine Art und Weise selbst zu helfen.

Zum Schluß möchten wir Herrn Hoffmann einstweilen noch an jene Rolle erinnern, welche er die letzten Tage im Monat Jänner l. J. gespielt hat.

Mährisch-Schönberg. In hiesiger Werkstätte treibt ein Individuum sein Unwesen, welches verdient, an den Pfänger gestellt zu werden. Dieser auf den Namen J. Hoffmann gehörende Oberwerkmeister leidet an Größenwahn und leistet

in Probenhaftigkeit einfach Großartiges. Er behandelt seine zur Partie gehörigen Schlosser als wären es Ruten. Er spielt sich als der Allergerechteste auf, ein anderer versteht nichts und kann nichts, dabei ist der gute Mann von Franzstadt über Rabensjeden nach Schönberg gekommen und hier durch sein „verdienvolles Wirken“ Oberwerkmeister geworden, und dürfte auch durch Vermittlung seiner Freunde recht bald Werkführer werden. Daß der Arbeiter, solange er nicht Oberwerkmeister ist, kein Recht gegenüber Hoffmann findet, ist bekannt, denn was Hoffmann behauptet, das gilt. Dies hat ein Vorgang, der sich vor kurzem hier abgespielt, bewiesen: Es war eine bringende Arbeit zu verrichten. Dabei hat Hoffmann seine Autorität zeigen wollen und die Schlosser brutal angetrieben. Nach Feierabend, von einem derselben zur Rede gestellt, hat er nichts Eiligeres zu tun, als nächsten Tages den Betroffenen beim Werkmeister zu verklagen. Diese Eigenschaft verneht der gute Mann aus dem ff. Das eine muß uns nur wundernehmen, daß sich unsere Herren Vorgesetzten das Benehmen dieses Menschen gefallen lassen, denn er bedient sich, wenn er mit Vorgesetzten zu tun hat, desselben prozhaften Tones wie bei seinen Arbeitskollegen. Zum Schluß wollen wir noch des Umstandes gedenken, daß Hoffmann nicht ein Mitglied des Reichsbundvereines, natürlich nur kurze Zeit, war; wie er definitiv wurde, hat er auch seine Gesinnung geändert, spielt sich heute als deutscher Mann auf, aber nicht öffentlich, und ist jetzt Ehrenmitglied des l. l. Professionsvereines.

Erstal. (Erklärung.) In der Nummer 18 unseres Mattes vom 20. Juni 1910 haben wir in der Rubrik „Korrespondenzen“ auch einer Einbindung aus Estal Raum gegeben, in welcher der Bahnmeister Herr Josef Heisler der Schikanierung von Arbeitern und Wächtern und überhaupt eines unkorrekten Vorgehens seinen Untergebenen gegenüber geziehen wurde.

Wir haben uns seither davon überzeugt, daß die in der erwähnten Korrespondenz gegen Herrn Bahnmeister Josef Heisler erhobenen Beschuldigungen unbegründet sind, und nehmen daher auch nicht Anstand, dieselben unter dem Ausdruck unseres Bedauerns zurückzunehmen.

Spittal an der Drau. Die Genossen Eisenbahner werden ersucht, das Gasthaus des Herrn Josef Ertl am Bahnhof sowie das „Hotel Goldes“ zu meiden, da die Genossen für ihr gutes Geld auch im Gasthaus Hutter gut und freundlich bedient werden. Leute, die auf die Eisenbahner nicht anstehen, die brauchen auch nicht unser Geld.

Schredenstein. (Todesfälle.) In kurzer Zeit hat uns der unerbittliche Tod drei brave Genossen entzogen, und zwar Labula, Kollatschek und Wlt. Diese drei Genossen waren zwar stille, jedoch treue Mitglieder der Organisation. Möge ihnen die Erde leicht sein.

Marburg. (Aus Kränkung freiwillig in den Tod gegangen.) Der 23 Jahre alte Schriftsteller Genosse Franz Brudermann erhängte sich vor einiger Zeit in der Wohnung seiner Eltern. Genosse Brudermann war in Marburg am Hauptbahnhof als Wagenführer bedienstet. Er lieb seine Profession im Stiche, um seinen Eltern eine bessere Stütze sein zu können, und wählte daher den Eisenbahndienst. Sein Vater ist ebenfalls Eisenbahner und ein alter, treuer Parteigenosse. Im vorigen Jahre wurde Genosse Brudermann zum Militär behalten und mußte im Oktober zur achttägigen Ausbildung einrücken. Als er vom Militär zurückkam, war sein Platz auf der Eisenbahn besetzt, und er wurde zum Magazinsdiener verwendet, zu welchem er jedoch infolge seiner schwächlichen Konstitution nicht geeignet war. Er bewarb sich daher um die Aufnahme in die hiesige Werkstätte der Südbahn, in welcher er auch seinen Beruf als Schriftsteler ausüben konnte. Tatsächlich wurde er aufgenommen, jedoch sollte ihm die Freude nicht lange gegönnt sein. Am vierten Tage erhielt er wiederum die Kündigung, und zwar mit der Begründung, er könne nichts in seinem Beruf. Das brach nun dem jungen Mann vollständig das Herz. Er, der der Meinung war, sein Fach zu verstehen und von seinem Lehrmeister als tüchtig belobt wurde und einen Kurs für Schriftsteler und einen für Zimmer- und Dekorationsmalerei an der l. l. Staatsgewerkschule in Graz mit gutem Erfolg absolvierte, was auch seine Zeugnisse beweisen, sollte auf einmal nichts können. Die Vertrauensmänner sprachen beim Werkstättenchef vor, man solle mit dem Mann Rücksicht üben. Wenn er tatsächlich etwas langsame arbeite, so möge bedacht werden, daß der Mann durch zwei Jahre hindurch seinen Pinsel in der Hand hatte und schließlich jeder Neuaufgenommene in den ersten paar Tagen nicht jene Arbeit zu liefern imstande ist, als ein Eingearbeiteter. Alles half jedoch nichts, die Kündigung blieb augrecht. Am 5. Jänner besam Genosse Brudermann seine Entlassung und am 7. Jänner vormittags erhängte er sich. Unverstand, Parteilich und unbesonnenes Herrschertum haben das junge Menschenleben vernichtet. Nicht die Unfähigkeit, welche man erfand, war die Ursache der Entlassung, sondern man hatte in Erfahrung gebracht, daß er der Sohn eines Sozialdemokraten sei, von dem man weiß, daß er schon so manmal einem deutschnationalen recht über die Wahrheit ins Gesicht sagte. Ferner das gekränkte Herzgefühl des sich allmächtig dünkelnden Werkführers Dornheim, dieses ausgesprochen Feindes aller Fachschüler, daß nicht er das erste Wort bei der Aufnahme mitzureden hatte, und ein paar sonstigen Brotneidern ist es zuzuschreiben, daß Genosse Brudermann für die Schriftstelererei in der Werkstätte als unfähig befunden wurde. Wäre er ein deutschnationaler gewesen und hätte er dem eingebildeten Herrn Dornheim seine devoteste Huldigung gemacht, wäre er der tüchtigste Arbeiter gewesen. Denn wenn man sich auf die Fachfähigkeit ausstehen will, macher sich die Herren nur lächerlich. Die Kunst der Schriftstelererei in der Südbahnwerkstätte steht so hoch, daß sie sogar von Angelernten ausgeübt werden kann, und erst vor kurzem ein Sachlergehilfe der Parteiführer bei den Schriftstelerern war. Diejenigen, welche mitschuldig sind an dem Selbstmord des Genossen Brudermann, mögen es mit ihrem Gewissen ausmachen, nachdem sie ein junges, hoffnungsvolles Menschenleben in den Tod getrieben und alte Eltern um ihre einzige Stütze gebracht haben.

Liens. Seit der letzten sogenannten „passiven Resistenz“ auf der Südbahn herrschen in unserer Station Zustände, welche auf die Dauer unhaltbar werden. Die Haltung der Beamten, die zum Teil als Mitglieder des Reichsbund angehören, ist von einer grenzenlosen Feindseligkeit. Nach dem Ausspruch des Adjunkten Steth sind die Bediensteten eine „verfluchte Türkenbande“, die man schon nach Moses lehren wird! Diesen waderen deutschen Mann geniert es aber durchaus nicht, seinem Reichsbund Slowenen, die kaum die deutsche Sprache beherrschen, als Mitglieder anzuwerben. Das Beschämendste dabei ist, daß diese Herren ihre dienstliche Stellung als Beamte dazu erniedrigen, um Gaf und Terrorismus gegen die Bediensteten im Dienste auszuüben. Neu aufgenommenen oder noch junge Bedienstete werden einfach vor die Alternativen gestellt, entweder als Mitglieder beim Reichsbund beigutreten oder es bringt ihnen keinen Nutzen, höchstens den Kaufpaß; dies ist eine Lausade, die wir nachweisen können; die armen Teufel sind gezwungen, um 1 Kr. monatlich Reichsbünder zu werden, wenn sie nicht fortwährend in der Angst leben wollen, aufs Pfahler gesetzt zu werden.

Der Reichsbund hat aber auch für eine gewisse Sorte von Leuten die angenehme Eigenschaft, daß, wenn sie sich unter seine Ärtliche flüchten, sie als „Nisch Kind“ behandelt

werden. Diese Sorte kann treiben, was ihr beliebt, da wird über alles der Mantel der „Kameradschaft“ gebreitet.
Die logische Konsequenz dieser traurigen Verhältnisse ist, daß unter den Bediensteten eine Erregung Platz greift, die für die Interessen des Dienstes nur zum Nachteil werden muß. Wenn die maßgebenden Faktoren in der Station diesem Treiben noch länger gleichgültig zusehen werden, muß es den Verdacht erwecken, daß sie daselbe offenbar protegieren. Dann müßten die Bediensteten allerdings selbst Mittel und Wege einschlagen, um diesem skandalösen Treiben ein Ende zu bereiten.

Vorerst möchten wir aber ein feinerzeit erschienenenes Zirkular betreffs Behandlung der Bediensteten von Seiten der Beamten diesen in Erinnerung bringen.

R. I. priv. Südbahngesellschaft, Nr. 8031,
Wiso 136.

Aus mehrfachen Beschwerden ist zu entnehmen, daß die vorgelegten Organe im Verkehr mit den Bediensteten eine Umgangsart pflegen, die mit Recht den Unwillen der Betroffenen erregt. So ist in manchen Fällen schon bei Erteilung von Aufträgen eine Methode der brüsklen Zurechtweisung an Stelle des beschreibenden Einflusses getreten, ohne daß die betreffenden Vorgelegten auch das weniger entwickelte Auffassungsvermögen der in Betracht kommenden Diener Rücksicht genommen hätten, ja es ist diesen sogar der geringere Intellekt zum Vorwurf gemacht worden.

Ein solches Vorgehen kann dem betreffenden Vorgelegten nicht zur Ehre gereichen, schädigt die Disziplin, ist geneigt, das Vertrauen der Untergebenen zu erschüttern, erzeugt Mißmut, läßt das gedeihliche Zusammenwirken zur Erreichung des gemeinschaftlichen Zieles vermissen und darf deshalb nicht gebuldet werden.

Ueber Auftrag der Verkehrsdirektion ersuchen wir Sie, die in Betracht kommenden Organe anzuweisen, unbeschadet der dienstlichen Interessen und der Disziplin, sich eines einwandfreien Benehmens gegen die Untergebenen zu befleißigen und ersteren zu bedeuten, daß wir in Zukunft die Schuldtragenden zur Verantwortung ziehen werden...

Innsbruck, 16. Mai 1906.

Der Verkehrsreferent:
Kajzl.

Klarer und deutlicher kann der Wille der Direktion nicht zum Ausdruck gebracht werden!

Krems an der Donau. (Abschiedsfeier des Genossen Buraner.) Am 14. Februar wurde hier die Abschiedsfeier unseres liebsten Genossen Engelbert Buraner, Oberkondukteur der k. k. Staatsbahn, abgehalten. Er, der von jung und alt, von jedem, der ihn kennen gelernt hat, den Namen „unser lieber Vater Buraner“ erhalten hat, ist im verflochtenen Herbst nach 35jähriger Dienstzeit in den Ruhestand getreten. Genosse Buraner war liebevoll gegen jedermann, besaß einen ehrenfesten Charakter, war ein guter Kollege und ein treuer und stammer Parteigenosse, und zwar einer der ersten aus dem Unterbeamtenstand des Zugbegleitungspersonals, der sich unserer Organisation angeschlossen hat. Wenn nichts anderes den Beweis dafür erbringen kann, daß er von allen Bediensteten wie ein wirklicher Vater geehrt und geliebt wurde, so war diese Abschiedsfeier ein gründlicher Beweis dafür. Weit über 400 Personen waren aus allen Richtungen in das Hotel Morawek zusammengeströmt, davon weit mehr als die Hälfte Verursachter: Eisenbahner.

Viele mußten leider wieder fortgehen, weil kein Platz, weder im Festsaal noch im Extrazimmer, war. Genosse Buraner samt seiner Familie wurde mittels Wagen von seiner Wohnung abgeholt und im Vestibül des Hotel Morawek vom Komitee empfangen.

Genosse Johann Wögebauer, Oberkondukteur, als Komiteevorsitzender begrüßte die Familie Buraner und alle erschienenen Festgäste und verlas einige Glückwunschtelegramme und Schreiben. Genosse Wögebauer hielt dann in der darauffolgenden Musikpause die Festrede. Er überreichte dem Genossen Buraner einen prachtvollen goldenen Fingerring als Andenken an seine Kollegen Eisenbahner. Hierauf trug die Tochter des Oberkondukteurs Herrn Schrempf ein gefühlvolles Gedicht vor. Die Tochter des Kondukteurs Herrn Pochstöger hat für Frau Buraner ein gut gelungenes Gedicht, anlässlich der Liebererhöhung eines prachtvollen Buketts vorgetragen und ebenfalls großen Beifall geerntet. Bis Mitternacht wechselten heitere Vorträge mit Konzert der Militärkapelle ab. Nach Mitternacht wurde dem Tanz gehuldet, und zwar bis zum Sonnenanfang. Genosse Buraner war über die vielen Beweise der Verehrung so gerührt, daß er sich der Tränen nicht erwehren konnte. Auf diesem Wege drückt er nachträglich allen Genossen und deren Frauen, die erschienen sind, insbesondere aber dem Komitee, dann Herrn Bahnbetriebsamtsvorstand Theodor Pospischi samt Familie und den Herren Beamten und deren Frauen, Unterbeamten, Diensten und Arbeitern, dem Beamtenkörper der k. k. Bahnerhaltungssektion und Betriebsleitung, ebenso aber auch allen von auswärts erschienenen Eisenbahnbediensteten, besonders denen, die bei den Vorträgen persönlich mitgewirkt haben, seinen tiefgefühltesten, herzlichsten Dank aus.

Auch Herrn Hoteller Morawek gebührt unser Dank für sein liebevolles Entgegenkommen, indem er seine ganzen Lokalitäten gratis zur Verfügung stellte und außerdem die Musikkapelle im Festsaal und die Schrammeln im Kellerjubiläum auf seine eigenen Kosten bewirtete.

Die Ortsgruppe des Allgemeinen Reichsclubs und Gewerkschaftsvereines in Krems wünscht seinem treuen Mitglied Genossen Buraner auf diesem Wege: Vater Buraner möge noch viele Jahre in Mäßigkeit und Gesundheit uns erhalten bleiben, damit er wenigstens einen ordentlichen Genuß von dem Leben im Ruhestand hat! Er möge uns auch jetzt nicht antreuen werden, wenn er sich auch die Ruhe von der 35jährigen Lebenszeit gönnt und uns öfters mit seinen Besuchen bei unseren Veranstaltungen beehren.

Heiligenstadt. (Todesfall.) Unsere Organisation hat durch das Ableben des Genossen Emil Wochopin, Verschleber, ein braves Mitglied verloren. Derselbe verschied am Dienstag den 22. Februar. Ehre seinem Andenken!

Willach. (Heizhaus der k. k. Staatsbahn.) Dem Gange der Schnecke gleich zieht sich die Eröffnung, respektive Inbetriebnahme der neuen Betriebswerkstätte hinaus und man kann die in der öffentlichen Meinung sich immer mehr laut werdende Bezeichnung „Jad“ eigentlich als angebracht finden.

Die Ursache dieses langsamen Entwicklungsganges ist nicht nur allein in der amtshimmelmäßigen Einrichtungs-theorie, sondern ist hauptsächlich in der schlechten Entlohnung der Arbeiter gelegen. Dies bewirkt der Umstand, daß die Arbeiter, hauptsächlich die Professionsisten, der Heizhausleitung den Rücken kehren. Die Professionsisten werden mit Hungerlöhnen von 3 Kr. bis Kr. 3.80 entlohnt, und nur dem schlechten Geschäftsgang der Industrie im Winter dankt es die Heizhausleitung, daß sie in den Wintermonaten über Arbeiter verfügt; die Handlungsweise der Heizhausleitung ist in diesem Falle schädlich, da sie sich die Not der Arbeiter zunutze macht und mit solchen Hungerlöhnen einstellt.

Es gehört gerade nicht zu den täglichen Ereignissen, daß Arbeiter aus dem Bahndienst scheiden, oder wenigstens nicht in so vielen Fällen, wie es bei der Heizhausleitung Willach zu-

trifft, da die Arbeiter fast durchgehend ein Augenmerk auf den Pensionsfonds richten, aber nebst der bitteren Not infolge dieser Schuldlohn greift auch eine tiefe Beschämung Platz, als Professionsist mit solcher Entlohnung überhaupt zu arbeiten. Daß dabei nie ein geschultes Personal vorhanden ist, wirkt die Frage auf, ob diese Handlungsweise vom ökonomischen Standpunkt gerechtfertigt ist.

Höhere Löhne haben nur jene Arbeiter, welche von anderen Werkstätten nach Willach versetzt wurden. Wenn auch jetzt, da die Heizhausleitung an Arbeiterschwund leidet, Arbeiter aus anderen Werkstätten verkehrt werden und höhere Löhne haben, so haben die armen Teufel in der von der Lebensmittelteuerung stark beherrschten Stadt unter der jehigen Heizhausleitung sehr wenig Hoffnung auf eine Verbesserung der Löhne.

Es wären Fälle anzuführen, welche die Schmutzerei der Heizhausleitung gegenüber Familienvätern arg kennzeichnen würde, doch wollen wir dies heute unterlassen, da wir uns mit diesem Muster eines Staatsbetriebes noch eingehender befassen werden müssen.

Versammlungsberichte.

Hütteldorf-Prading. Am 21. Februar tagte im „Eisenbahnerheim“ eine sehr stark besuchte 2-Versammlung der Zugbegleiter dieses Bahnantes. Genosse Gritsch eröffnete um zirka 8 Uhr die Versammlung und machte die Anwesenden aufmerksam, daß wir jetzt unsere Genossen und Kollegen im eigenen Heim empfangen können. Nach Annahme der Tagesordnung erteilte der Vorsitzende Genosse Gritsch dem Genossen Karl Innerhuber zur Verichterstattung über die jüngst stattgefundene Reichskonferenz der Zugbegleiter das Wort, der sich dieser Aufgabe in sachlicher Weise entledigte, wofür er reichen Beifall erntete.

Zum zweiten Punkt sprach Genosse Gluttig. Dieser beleuchtete in treffenden Worten die Fahrtrunne auf der Wiener Stadtbahn. Er kritisierte das Verhalten der früheren Turnusvertrauensmänner, das für das Personal in der letzten Zeit, speziell in der heurigen Winterperiode, nur Verschlechterungen gebracht hat. Weiter besprach er die Kasernenverhältnisse in Hütteldorf, Heiligenstadt, Wördern, Purkersdorf und Praterstern. In Hütteldorf schlafen zum Beispiel in den Zimmern je sechs Mann, obwohl nach den bestehenden Kasernvorschriften diese Zimmer nur mit vier Mann zu belegen wären. Die schlechteste der Kasernen, was Nachtruhe anbelangt, ist die am Praterstern; diese befindet sich unter dem Stadtbahnbogen, ober dem Zimmer verkehren die ganze Nacht Lastzüge, überdies ist da auch ein Wechsel angelegt, so daß bei der Durchfahrt der Züge das ganze Loch zum Zittern und Krachen anfängt, so daß es unmöglich ist, daß ein Mensch schlafen kann.

Um alle diese Nebelstände endlich zu beseitigen, hat die Ortsgruppe beschloffen, Turnuskandidaten aufzustellen, die durch unsere Vertreter in der Personalkommission dafür eintreten werden, daß wieder menschenwürdige Dienst- und Kasernenverhältnisse in Hütteldorf Platz greifen.

Nach diesen Ausführungen kam der frühere Turnusvertrauensmann Herr Oberkondukteur Pricinko zu Worte und verteidigte die Haltung der Vertrauensmänner bei der Turnuskonferenz und bemerkte, ihm habe für sein energisches Eintreten für das Personal der Herr Adjunkt Prinz sogar die Disziplinargroßstrafe.

Nun sprach Genosse Wabitsch, der in seiner Eigenschaft als Personalkommissionsmitglied erschienen war, und bemerkte, der Herr Kollege Pricinko habe durch seine eigene Aussage bewiesen, daß er zum Turnusvertrauensmann nicht taugt, da er doch bei der Konferenz als Vertreter des Personals erschienen ist und sich derartige Drohungen gefallen ließ. Genosse Wabitsch erwähnte dann seine Bemühungen um die Befreiung der Zugführerposten in Hütteldorf mit Oberkondukteuren, weiters die Gewährung der Erholungsurlaube im Sommer, die hoffentlich durch die Einsetzung eines Postens im heurigen Jahre, der sich mit zirka 30.000 Kr. bezieht, einer günstigen Erledigung zugeführt wird. Genosse Smolek schlug die Genossen Schimon, Bollner, Gluttig und Weichold als Turnuskandidaten vor, worauf die einstimmige Annahme derselben erfolgte. Genosse Gluttig forderte mit einigen kräftigen Worten zum Beitritt in unsere Organisation auf.

Südbahn. (Wächterversammlungen.) Vom 28. Dezember 1910 bis 29. Jänner 1911 fand eine große Reihe von Wächterversammlungen auf der Südbahn statt, und zwar in Wien-Meidling, Mündendorf, Gloggnitz, Wiener Neustadt, Märzuzschlag, Bruck a. d. Mur, Leoben, Graz, Preding, Pragerhof, Marburg, Klagenfurt, Willach, Spittal an der Drau, Venz, Franzensfeste, Bozen, Trient, Innsbruck, Wörgl, St. Peter, Steinbrunn, Laibach, Görz und Triest. Referent in allen diesen Versammlungen war das Personalkommissionsmitglied der Südbahn Genosse Herzog. Alle Versammlungen waren gut besucht, mit Ausnahme jener von Wörgl. Zu vielen Versammlungen, auch in Gegenden, wo es bisher an der nötigen Aufklärung auf der offnen Strecke gemangelt hat, wie in Görz, hatten sich sogar sehr zahlreiche Teilnehmer eingefunden. Die Tagesordnung lautete überall: 1. Die letzten Zustände der Südbahn für das Wächterpersonal. 2. Eventuelle.

Genosse Herzog legte seinen Kollegen in geordneter Reihenfolge und leicht faßlicher, übersichtlicher Art und Weise auseinander, was durch die Macht der Organisation in letzter Zeit für die Wächter erreicht wurde, wobei er in erster Linie auf die Gehaltsregulierungen im Jahre 1905 und 1907 verwies, sodann auf die Einreichung der Staatsbahnkollegen im Jahre 1908 in die III. Fikerkategorie. Er kam dann im Zusammenhang damit auf das Zirkular 536 A 1908 zu sprechen, wobei er in leicht verständlicher Form nachwies, daß die Südbahn ihr im Jahre 1907 mit Zirkular 385 A, III, Punkt 1, gegebenes Versprechen eigentlich nur zum Teile einhielt. In längerer Ausführung setzte er nun auseinander, inwiefern die Südbahner gegenüber den Staatsbahner geschädigt waren und welche langen und zähen Kampf es kostete, bis sich die Südbahn dazu bequeme, wenigstens einen Teil davon noch nachträglich gutzumachen.

Genosse Herzog wies ferner darauf hin, welche schweren Kampf es kostete, bis endlich einmal die Abschätzung der Naturalwohnungen der Wächter zugelegt und schließlich durchgeführt wurde. Er besprach des weiteren die Forderung der Stredenbegeher nach Streden- und Schuttpauschale sowie die Forderungen der Wächterinnen beim Schrankeendienst. Nachdem der Redner noch auf verschiedene andere Punkte, wie: Aufstellung von Diensthütten, Ausrüstung der Stredenbegeher, Erhaltungsarbeiten etc. hingewiesen hatte, summierte er die zugelegten Forderungen kurz und wies dabei nach, daß wenn auch die Wächter wohl noch nicht alles erreicht haben, weil momentan nicht mehr zu erreichen war, das Erreichte immerhin in die Waagschale falle. Was erreicht wurde, konnte nur durch den Zusammenschluß aller Kollegen und durch die Organisation erreicht werden. Die Wächter nicht haben, daß ihnen das Gewährte hinterwärts wieder entzogen wird und wollen sie endlich auch noch ihre übrigen Forderungen, insbesondere die Nachdienstzulage, erkämpfen, müssen sie trachten, Mann für Mann in der Organisation zu stehen.

Die Verichterstattung des Genossen Herzog, welche zirka anderthalb Stunden in Anspruch nahm, wurde überall mit Beifriedigung zur Kenntnis genommen, mit der Zusicherung, für

unsere Organisation intensiv agitieren zu wollen. Wo Anträgen gestellt wurden, beantwortete sie Genosse Herzog sachgemäß und zufriedenstellend. Wir rufen den Wächtern noch einmal zu, das, was ihnen Genosse Herzog vortrug, zu beherzigen und weiter mit der Organisation um Verbesserung ihrer Existenz zu kämpfen.

Aus den Organisationen.

Gilli. Bei der am 17. Februar stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Karl Felician, Obmann, Krafft, Stellvertreter; Wilibald Becker, Schriftführer; Karl Vidic, Lorenz Filipovic und Franz List, Kassiere; Nikolaus Thomann und Anton Dreo, Revisoren; Josef Gorjanec, Bibliothekar; Michael Rabitsch, Franz Jelen, Matthias Krajnc, Blasius Bremer, Anton Brennik und Anton Bremer, Ausschüsse. Nach der Wahl hielt Genosse Kovac einen trefflichen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation.

Josefstadt-Zarowitz. Am 5. Februar l. J. fand im „Grand Hotel“ die diesjährige ordentliche Hauptversammlung statt. Nach Eröffnung durch den Obmann Genossen Vinzenz Alina referierte Genosse Buchar aus Prag über die zukünftigen Ausgaben der Organisation. Bei der Neuwahl der Funktionäre wurden folgende Genossen gewählt: Johann Besicka, Obmann, Vinzenz Alina, Stellvertreter; Friedrich Danko, Schriftführer, Franz John, Stellvertreter; Wenzel Martinet, Kassier, Vinzenz Zbarsky, Stellvertreter; Vinzenz Rucker und Karl Schaffer, Revisoren; Gottlieb Wolanek und Josef Hante, Bibliothekare; Franz Hoffmann (Smirch), Franz Slaby (Predmörz), Franz Urban (Stufus), Franz Springer (Wöhmisch-Stalitz), Franz Tondl (Starloc), Celestin Vizek (Schwadowitz), Vertrauensmänner; Anton Regec, Josef Müller, Franz Zirkosel, Wenzel Bomaeta, Johann Andrejs, Karl Dubka, Josef Bratny, Wenzel Stachina, Franz Matoulek, Alois Waischittel, Robert Stuchlik, Ausschussmitglieder; Wenzel Tauschmann, Johann Vysanský, Franz Pivratsky, Wenzel Hampel, Erzhämmer.

Die nächste Versammlung findet Montag den 6. März, um 8 Uhr abends, im „Grand Hotel“ statt. Referent Genosse Kermann.

Leichstatt. Sonntag den 19. Februar hielt die Ortsgruppe ihre ganzjährige Generalversammlung ab. Aus den Berichten der Funktionäre ist zu entnehmen, daß am Ende des Vereinsjahres die Ortsgruppe 206 Mitglieder zählte. Die Einnahmen betragen Kr. 3408.67, die Ausgaben Kr. 3216.76, somit verbleibt ein Kasernenstand von Kr. 191.92.

Bei der Neuwahl wurde Genosse Jockl wieder zum Ortsgruppenleiter gewählt. Alle Zuschriften sind daher zu richten an Josef Jockl, Leichstatt 192.

Gmünd. Bei der stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Ignaz Palmenschlager, Obmann, Heinrich Wauer und Franz Zule, Stellvertreter; Johann Wisingner, Schriftführer, Franz Mohr und Johann Breinhölzler, Stellvertreter; Thomas Kofak, Adolf Kamann und Franz Fantis, Bibliothekare; Johann Reither, Kassier, Johann Kamann und Adolf Fischer, Stellvertreter; Heinrich Satter, Emanuel Augustin und Franz Böffelmann, Kontrolle.

Sämtliche Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind ausschließlich nur an Genossen Ignaz Palmenschlager, Gmünd, Stadtplatz, die in Gelbangelegenheiten an Genossen Johann Reither, Unterwieland, zu richten.

Gleichzeitig machen wir die Genossen von Gmünd darauf aufmerksam, daß vom 1. März l. J. an die Einzahlungen nur mehr einmal, und zwar den ersten Sonntag im Monat, auch wenn der Erste auf einen Sonntag fällt, in der Zeit von 2 bis 4 Uhr nachmittags im Vereinslokal „Hotel Petter“ (Seidler) stattfindet.

Sporitz. In der am 5. Februar 1911 in Herrn Franz Stugs Gasthaus in Sporitz stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in die Vereinsleitung gewählt: Michael Kubner, Obmann, Wenzel Kandler, Ferdinand Wrabek, Stellvertreter; Ferdinand Blaha, Schriftführer, Karl Richter, Stellvertreter; Josef Bonik, Kassier, Wenzel Dornaus, Stellvertreter; Adolf Langhans, Bibliothekar; Josef Dogauner, Josef Moberlat, Kontrolle; Josef Mahner, Karl Heger, Karl Fritsch, Anton Danl, Karl Partl, Wilhelm Huf, Johann Eugl, Franz Fockler, Ausschüsse.

Es diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß an jedem Sonntag von 10 bis 11 Uhr vormittags die Ausgabe der Bibliotheksbücher stattfindet, woran sich die Genossen reger wie bisher beteiligen wollen.

Die Monatsversammlungen werden von Fall zu Fall schriftlich bekanntgegeben.

Ferner wurde der Beschluß gefaßt, daß Mitglieder, welche unter drei Monaten keine Versammlung besuchen, von Seiten der Ortsgruppe keine Unterstützung erhalten.

Zuschriften sind von nun an an Genossen Michael Kubner, Kondukteur der B. C. B. in Sporitz Nr. 213, zu senden.

Wodenbach a. d. Elbe. Am 12. Februar 1911 fand in der Volkshalle unsere Generalversammlung statt. Genosse Schiller eröffnet dieselbe, begrüßte die Anwesenden und gedenkt sodann derer, die der unerbittliche Tod im Laufe des vergangenen Jahres aus unserer Mitte gerissen hat. Zum ersten Punkt der Tagesordnung verliest Genosse Zerhau das Protokoll der letzten Generalversammlung. Zum zweiten Punkt berichtet Genosse Schiller, daß im Laufe des vergangenen Jahres von der Ortsgruppe 1 außerordentliche Generalversammlung, 13 öffentliche Eisenbahnerversammlungen, 11 Ausschussitzungen, 23 2-Versammlungen, 7 2-Versammlungen auswärts, 7 freie öffentliche Versammlungen, 7 Vertrauensmänneritzungen und 4 Konferenzen abgehalten wurden. Auch nahmen die Funktionäre an 9 Kreisitzungen teil. Außerdem wurden 8 Versammlungen und 2 Sitzungen mit einer anderen Kategorie abgehalten. Die Ortsgruppe hatte 48 Rechtschuttsfälle (16 Straffälle, 3 Ehrenbeleidigungen und 29 diverse) zu erledigen, welche sämtlich gut verlaufen. Der Einlauf an Schriftstücken für die Ortsgruppe betrug 521, der Auslauf an solchen 621 Stück. Der Kassier Genosse Perma berichtet, daß den Einnahmen von Kr. 13.051.70 Ausgaben im Betrag von Kr. 12.514.16 gegenüberstehen. Es verbleibt somit ein Kasernenstand von Kr. 537.54. Die eingehende Sterbeunterstützungskasse bewährt sich gut. Die Veranlagungskasse weist ein Saldo von Kr. 107.50 aus. Die Ortsgruppe zählt 819 Mitglieder. Die Revisoren Genosse Sieber und W. B. H. haben bei ihren Revisionen alles in besserer Ordnung gefunden. Bei Punkt Neuwahlen wird Genosse Schiller als Obmann, Perma als Kassier, Zerhau als Schriftführer und die Genossen Schade, Schröder, Köllig, Stolze, Lampe, Bilinsky, Talmeier, Löbel, Häbner, Fafste, Fakan, Müller, Deutschmann, Schubert, Prantisch, Weber, Moris, Franze, Wende und John als Ausschussmitglieder gewählt. Als Kassier der Sterbeunterstützungskasse wird Genosse Schröder gewählt. Alle Zuschriften in Ortsgruppenangelegenheiten sind an Genossen Rudolf Schiller, Wodenbach a. d. Elbe, Theodor Körner-Str. 627, in Gelbangelegenheiten an Genossen Johann Perma, Wodenbach, Kr. 33, Wismarstraße 533, zu richten.

NB. Die Genossen Subskripte werden aufmerksam gemacht, von nun an die Sterbeunterstützungsbeträge an den Kassier derselben, Genossen Rudolf Schröder, Wodenbach, Kr. 33, Wismarstraße 527, abzuführen.

Saalfelden. Sämtliche Mitglieder werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher und Interimskarten behufs Kontrolle an den Kassier abzugeben. Ferner werden jene Mitglieder, die mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, aufgefordert, ehestens nachzuzahlen,

da sonst solche Mitglieder nach § 9 der Statuten behandelt werden. Ebenso ist die Sterbequote für Monat März zu be- gleichen, da Nichtzahlung der Beiträge jeden Anspruch ausschließt.

Kühnheit. Bei der am 18. Februar stattgefundenen General- versammlung wurden folgende Genossen gewählt: Josef Böch- bauer, Obmann, Leopold Zottl, Stellvertreter; Unter- reiner, Kassier, Habelberger, Stellvertreter; Heis und Zottl, Schriftführer; Steingasser und Hagleitner, Bibliothekare; Deutschmann und Kolbacher, Revisoren. Die Monatsversammlungen finden jeden 9. im Monat statt. Fällt am 9. im Monat ein Sonn- oder Feiertag, so wird die Versammlung am vorhergehenden Tage abgehalten.

Aus der Partei.

Der Kampf. Sozialdemokratische Monats- schrift. Am 1. Oktober 1910 erschien das erste Heft des vierten Jahrganges „Der Kampf“. Die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich hat ihrer Monatschrift zwei wichtige Aufgaben gestellt: sie soll erstens der Vertiefung der sozialistischen Erkenntnis innerhalb der deutschen Arbeiterklasse in Oesterreich dienen, sie soll uns zweitens in zentraler Diskussion der Lösung vieler schwierigen Fragen des proletarischen Befreiungs- kampfes näher bringen.

„Der Kampf“ erblickt seine vornehmste Aufgabe in der Fortbildung des wissenschaftlichen Sozialismus und in der Verbreitung seiner Lehren. Mit den Waffen der Forschungsmethode ausgerüstet, die Karl Marx und Friedrich Engels entwickelt haben, will er seinen Teil zur Lösung der schwierigsten Probleme beitragen, die der Arbeiterklasse aller Nationen Oesterreichs gestellt sind.

Der Erörterung der nationalen Probleme, der Probleme der sozialen Gesetzgebung, den Problemen, die aus der Ent- wicklung unserer politischen, gewerkschaftlichen und ge- nossenschaftlichen Organisationen erwachsen, wird „Der Kampf“ auch in Zukunft die größte Aufmerksamkeit schenken. Der Ausbau der Arbeitervereinsorganisation, die Reform der Steuer- gesetzgebung, die Abwehr der agrarischen Bestrebungen, das Vordringen der Arbeiterklasse in die Land- tage und Gemeindevertretungen stellen ihm neue wichtige Aufgaben.

Die folgenschweren Entschlüsse unserer Vertrauens- männer im freien Wettkampf der Argumente vorzubereiten, unseren Rednern und Schriftstellern neue Waffen zu schmieden, die proletarischen Massen selbst jede Erscheinung unseres öffent- lichen Lebens in ihrem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und politischen Gesamtentwicklung verstehen zu lehren — das sind die Aufgaben unserer Monatschrift, die zu ihren Mit- arbeitskräften die bewährtesten Vertrauensmänner des österreichischen Proletariats zählt. Sie wird nicht nur allen Genossen unent- behrlich sein, die sich um ihre Fortbildung im Geiste des wissen- schaftlichen Sozialismus bemühen, sondern auch allen, die außer- halb unserer Partei stehend, den Aufstieg der Arbeiterklasse in Oesterreich, die äußere Erklärung und innere Kräftigung ihrer politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organi- sationen studieren wollen.

Für die ersten Hefte des neuen Jahrganges wurden uns folgende Beiträge zugesagt:

- Marx Adler, Dialektik und Geschichtsauffassung.
- J. J. Anker mit (Amsterd.) Die Schulfrage in Holland.
- Otto Bauer, Staatskapitalismus. — Probleme der Partei- presse.
- O. Bism, Das Oktoberdiplom. — Adolf Braun, Abhängigkeit der Arbeiterfrage. — Die Ergebnisse der gewerb- lichen Betriebsräte in Deutschland und in Oesterreich.
- Demokratie und Bürokratie in den Gewerkschaften.
- Jacob Brod, Der Kampf gegen das Wohnungselend.
- Karl Cermak (Tepitz), Was unsere Ältern erzählen.
- Julius Deutsch, Die gewerkschaftliche Internationale.
- Josef Diner-Denes (Budapest), Reformnotwendigkeiten in Ungarn.
- Emil Dittmer (Berlin), Die Gasarbeiter und die technische Umwälzung in der Gasindustrie. — Fachbildung und Gewerkschaftsfrage.
- Gustav Eckstein, Der Marxismus und die Naturwissenschaft.
- Wilhelm Ellenbogen, Die Re- organisation der Staatsbahnen.
- Richard Engländer, Das gerichtliche Armenrecht in Theorie und Praxis.
- Ernst Falk, Die Gesundheitspflege im Massenstaat.
- Julius Fischer, Die Rückwanderung aus den Vereinigten Staaten.
- Josef Gruber (Linz), Wandlungen in der oberösterreichischen Landwirtschaft.
- Emil Häcker (Krautau), Boleslaus Limanowski.
- Ludo M. Hartmann, Das Volksbildungswesen in Wien.
- Wilhelm Hausenhein, Robin.
- Paul Hirsch (Berlin), Der Sieges- zug der Wertzuwachssteuer in den deutschen Gemeinden.
- H. Hollitscher (Birkenhammer), Die Belastung der Kranken- kassen durch den Alkoholismus.
- Anton Kühnel (Wien), Aus der Parteigeschichte Deutschböhmens.
- Wladimir Le- winski (Lemberg), Das ukrainische Problem.
- Lipcius, Was ist Krankheit? — Alfred Meißner (Wrag), Die Sozial- demokratie in Oesterreich und die nationale Frage.
- Julius Pöner, Die Rechtsverhältnisse der Konfessionslosen.
- Franz Pattermann, Ein Stück kapitalistischer Entwicklung.
- Engelbert Pernersdorfer, Internationalismus und Natio- nalismus.
- Ein österreichischer Studentenroman.
- J. Pi- tiner (Gernowitz), Sozialdemokratie und Agrarpolitik in Oesterreich.
- Odon Por (Florenz), Die italienische Land- arbeiterbewegung.
- Martin Kapoldi (Zunbrunn), Ein Bündnis der Millionäre und der Bettler. — Christlichsoziale als Wahlreformer.
- Aus der Parteigeschichte Tirols.
- M. Mia- sanoff, Karl Marx über die österreichische Handelspolitik.
- Karl Renner, Freiheit und Disziplin in der Partei.
- Zur Kritik unserer Einkommensteuer. — Einkommens- oder Ertrags- besteuern? — Wilhelm Klotnik, Die Frau und die Na- tion.
- Therese Schleginger, Patriotismus und Volks- vermehrung.
- Anton Schrammel, Erinnerungen.
- Hugo Schulz, Mehrings Deutsche Geschichte.
- Julius Spiel- mann (Linz), Die Forstarbeiter im Salzammergut.
- Josef Luitpold Stern, Soziale Lyrik.
- Eduard Stojek, Die Or- ganisation der Landarbeiter. — Revolution der Kunst.
- Karl Volkert, Ein Jahr Jugendbibliothek.
- August Wesely (Zelbsberg), Nationale Kämpfe an der niederösterreichischen Sprachgrenze.
- Fritz Winter, Rechtsfragen im kollektiven Arbeitsvertrag.
- Der Kampf gegen das Arbeitsbuch. — Dienst- ordnungen.
- Heinrich Wissial (Auffig), Die Partei- schule. — Bildungsmittel für Arbeiter.
- Otto Wittner, Zur Psychologie des Proletariats.
- Richard Woldt (Berlin), Vom Gelernten und ungelerten Industriearbeiter.

Der Abonnementpreis der Monatschrift „Der Kampf“ beträgt 6 Kr. ganzjährlich, 3 Kr. halbjährlich, Kr. 1.50 viertel- jährlich, der Preis des einzelnen Heftes 50 H. Abonnements- bestellungen und Geldsendungen sind an unsere Verwaltung, Wien V/1, Wienstraße 89A (Postparaffentonto Nr. 100.124), zu richten; auch die Wiener Volksbuchhandlung, ihre Kolporture und alle anderen Buchhandlungen sowie die Filialen und Aus- stätter der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ nehmen Abonnements- bestellungen entgegen.

Für die Redaktion:

Otto Bauer, Adolf Braun, Karl Renner.

Für die Verwaltung:

Georg Emmerling.

Technisches.

Patentbericht, mitgeteilt von Dr. Fuchs und Ingenieure Kornfeld und Hamburger, Wien, VII, Siebensterngasse 1. Auskünfte in Patentangelegenheiten werden Abonnenten dieses Blattes unentgeltlich erteilt. Gegen die Erteilung unten ange- führter Patentanmeldungen kann binnen zweier Monate Ein- spruch erhoben werden. Auszüge aus den Patentbeschreibungen werden von dem angeführten Patentanwaltsbureau mäßigst be- rechnet.

Oesterreich. Ausgelegt am 1. Februar 1911, Einspruchs- frist bis 1. April 1911.

Nr. 20 d. Jndermayer Albert, Rangiermeister in St. Margarethen (Schweiz). — Feststellvorrichtung an Rad- vorlegern für Eisenbahnfahrzeuge, gekennzeichnet durch einen an der Führungsplatte gelenkten Hebel, der an seinem hinteren Ende unter dem Druck der Widerlagsfeder stehend mit seinem vorderen Ende gegen den Schienenkopf gedrückt wird.

Nr. 20 d. Brenozzil Geza, Obergenieur der königlich ungarischen Staatseisenbahnen in Budapest und Gabor Eugen Ingenieur in Ujpest bei Budapest. — Geleiseanordnung für Rangierbahnhöfe, dadurch gekennzeichnet, daß am Eingang der Geleisegruppen zum Rangieren nach Stationen je eine Vor- richtung angeordnet ist, die mit je einer bei dem Ablauf- geleise angeordneten Vorrichtung zusammenarbeiten, um an der Stelle des bisherigen nacheinander stattfindenden Ran- gierens ein rasches paralleles Abrollen zu ermöglichen.

Deutschland. Ausgelegt am 2. Februar 1911, Ein- spruchfrist bis 2. April 1911.

Nr. 20 i. Allgemeine Elektrizitätsgesell- schaft, Berlin. — Vorrichtung zur Uebertragung von Signalen auf den fahrenden Zug.

Nr. 20 i. Joseph Bloch, Oberl., Bahnhofstraße 7. — Vor- richtung zum selbsttätigen Schließen und Öffnen von Eisenbahn- schranken.

Nr. 20 i. Zimmermann u. Buchloh, Eisenbahn- signalbauanstalt Aktiengesellschaft, Borsigstraße (Berlin). — Streckenanfangs- und Fahrtrahnenfestlegeseid für Strecken- sicherungen unter Mitwirkung des ausfahrenden Zuges.

Nr. 20 k. Eduard Kandler, Friedenau, Lauterstraße 12. — u. hängeseil für Fahrdrahte von Achterförmigen oder ähn- lich Querschnitt, besonders an Stellen der Fahrleitung, an denen Fahrdrahtenden in Frage kommen.

D. R. Gebrauchsmuster. Richard Trübsch, Auer- bach i. B. — Selbsttätig wirkende, seitlich des Wagens auszu- wühlende Kuppelung für Eisenbahnfahrzeuge.

Stettiner Träger- und Baueisen-Gesell- schaft m. b. H., Stettin. — Demmschuh für Eisenbahnwagen. Franz Wiese, Hamm i. B. — Tunnelwegweiser mit elektrischer Beleuchtung für Eisenbahnen.

Jacob Otterbach, Niederbach, Bezirk Koblenz. — Apparat zur Verhinderung des Ueberfahrens von Haltesignalen.

Silhouetten-Signale auf der Eisenbahn. Wie auch das Zugführer- und Kondukteurpersonal oft erfahren muß, er- füllen die farbigen Signale, die bei der Eisenbahn während der Nacht als Signale dienen sollen, aus verschiedenen Gründen ihren Zweck nicht so vollständig, wie es zu wünschen wäre. Man ist deshalb schon mehrfach auf den Gedanken gekommen, einfach das hellste, nämlich weißes Licht zu benutzen, ihm aber durch geeignete Laternenkonstruktion eine ebenso charak- teristische Form zu geben, wie sie die Tagssignale aufweisen. Aber auch dieser Versuch hatte nicht überall den gewollten Erfolg. Nun berichtet die „Zeitschrift des Vereines deutscher Eisenbahnverwaltungen“ über einen interessanten Versuch, den man in Amerika zur Lösung der Frage, wie auf den Eisen- bahnen die Signale während der Nacht recht deutlich gemacht werden können, gemacht hat. Man ist dabei von dem Gedanken ausgegangen, daß man die Tagssignale am besten erkennen kann, wenn sie sich vom Hintergrund hellen Himmels oder heller Mauern abheben. Die Signale erscheinen dann als Silhouetten (Schattenrisse). Die gleichen Verhältnisse hat man nun auch für die Nacht geschaffen, indem man das gänzlich unbeleuchtete Signal vor einem kräftig beleuchteten weichen Hintergrund auftauchen läßt. Den Hintergrund hat man auf einfache Weise durch eine jalouiseartige Wand geschaffen. Diese Wand wird durch eine auf der Rückseite des Signal- marktes angebrachte Reflektorlaterne auf ihrer ganzen Fläche be- leuchtet. Die Laterne selbst ist nach vorn vollkommen ab- geblendet. Die angestellten Versuche haben glänzende Erfolge gehabt. Sogar als eine der Versuchswände, die man absichtlich neben einen ruhigen Lokomotivschuppen gestellt hatte, bereits stark geschwärzt war, konnte man das Signal noch vortrefflich erkennen. Auch stellte es sich heraus, daß man bei starkem Regenwetter das neue Silhouetten-Signal auf weitere Ent- fernung erkennen konnte, als die bisherigen Lichtersignale.

Sollten sich diese Versuche auch weiterhin bewähren und die Silhouetten-Signale sich zu einer dauernden Einrichtung eignen, dann werden sich wohl auch unsere Eisenbahnverwal- tungen dazu entschließen, dem Beispiel der praktischen Ameri- kaner zu folgen. Bei der immer mehr gesteigerten Schnellig- keit der Züge ist eine größere Sicherheit des Verkehrs nicht nur sehr zu begrüßen, sondern direkt geboten.

Verchiedenes.

Eine Bahnstation 2000 Meter unter der Erde. Im Simplotunnel auf italienischem Boden, einige hundert Meter von der schweizerischen Grenze entfernt, befindet sich unter dem 2000 Meter hohen Bergmassiv zwischen den beiden Geleisen der Kreuzungsstelle des sonst einseitigen Tunnels diese Station — freilich nicht zur Beförderung von Personen und Gütern, sondern bloß zum Zweck des Bahndienstes in dem 10 Kilometer langen Tunnel. Die Station, die genau in der Mitte zwischen Ein- und Ausfahrt des Tunnels steht, hat zwei geräumige Hallen: die eine ist als Kraftzentrale für elektrischen Betrieb der Züge, die andere als Aufenthaltsort für das Personal eingerichtet. Der Dienst wird von schweizerischen Beamten und Arbeitern besorgt, die den Sechzehnstündentag haben, aber bei verkürzter Dienzeit denselben Gehalt wie ihre Kollegen über der Erde beziehen. Die gesamten Kosten des Tunnelbaues hat die Republik Schweiz getragen, Italien möchte aber jetzt aus strategischen Gründen den Tunnel bis an die schweizerische Grenze samt der Station ankaufen, da aber die Schweiz 40 Millionen verlangt, so schreift Italien denn doch etwas zurück. Die Einrichtungen der Tunnelstation sind musterhaft und sehr interessant. In dem einen der beiden Räume befinden sich das Signal- und Weichenstellwerk, die Akkumulatortendbatterie und die Umformeranlage; im anderen die Telephone und der Telegraph, der die Station mit den nächsten Stationen außerhalb des Tunnels auf italienischem Boden verbindet. Das Haus hat hermetisch schließende eiserne Türen (Fenster braucht man keine!), was um so nötiger ist, als ausnahmsweise einzelne Züge mit Dampflokomotiven durch den Tunnel geführt werden und die Rauchbelästigung sonst für die hier Arbeitenden unträglich wäre. Die Weichen und Signale werden elektrisch gestellt. Zehn Signale bedienen die Ausweiche, je vier die Ein- und Ausfahrt und zwei die Durchfahrt. Dieselben bestehen aus 14 Laternen mit vier bis acht Glühbirnen, deren eine Hälfte sich stets hinter einer Glasdrahtscheibe von anderer Farbe befindet. Diese Signale werden nicht durch Heben eines Randes oder Fallen einer Scheibe gestellt, sondern einfach durch Einschalten der grünen, roten und weißen Lampen. Bei Nichtbeachtung der Halte- signale durch den Lokomotivführer explodieren Ketten auf

dem Geleise. Die Ventilation im Tunnel erfolgt durch Luft- pumpen, die eine Temperatur von höchstens 25 Grad Celsius ermöglichen. Italien und die Schweiz haben dicht bei der Grenze schwere eiserne Türen angebracht, die sich auf das Drücken eines Knopfes von den Stationen der Ein- und Ausfahrt aus lautlos schließen. Außerdem liegen überall Sprengminen bereit, so daß in wenigen Augenblicken der Tunnel unbrauch- bar gemacht werden kann. So finden wir also auch bei diesem Werke der Verbrüderung und des Friedens die Möglichkeit der Vernichtung ins Auge gefaßt — hoffentlich kommt es niemals dazu, daß der Moloch dieses großartige Bauwerk, dieses Denkmal der Arbeit, vernichtet!

Literatur.

Der Tod auf dem Schlachtfeld. Eine epische Dichtung von Eduard Rieger. Kommissionsverlag der Wiener Volks- buchhandlung, Wien VI, Gumpendorferstraße 18. Gegen den Krieg und die Greuel des organisierten Mordens ist schon manche treffliche Streitschrift geschrieben worden, selten aber wohl eine, die neben der agitatorischen Kraft auch einen wirklich künstlerischen Wert besitzt, wie das bei der vorliegenden Schrift der Fall ist. Eduard Rieger ist den österreichischen Arbeitern schon aus der Zeit der Anfänge der proletarischen Bewegung als Dichter be- kannt. Die vorliegende Schrift ist eine neue Probe seines Talents. Künstlerisch schön in der Form, wirkungsvoll und packend in ihrem Inhalt, ist die epische Dichtung ein schlammer Protest gegen die militärischen Kriegsgreuel, die ihre nachhaltige Wirkung bei keinem Leser verfehlen wird. Dafür bildet nicht bloß die bereits erschienene zweite Auflage einen Beweis, sondern mehr noch der Umstand, daß das Wiener Korpskommando das Lesen dieser Schrift unterjagt hat. Das beste Geleitwort, das der zweiten Auflage mit auf dem Weg gegeben sei. z. 1.

Vertiefung der Partei. Allgemein herrscht in der Partei der Wunsch, daß mit ihrer Ausbreitung die Vertiefung ihrer Grundzüge bei den Parteigenossen gleichen Schritt halten möge. Das Bemühen unserer Parteibuchhandlung, der Wiener Volksbuchhandlung, geht dahin, durch Massenverbreitung von Parteischriften diesem Ziele nahezu kommen. In besonders hohem Maße ist ihr das gelungen durch die Verbreitung der in allen Parteikreisen anerkannten Schrift von Genossen Robert Danneberg über das sozialdemokratische Programm. Diese gemeinverständliche Erläuterung aller Grundzüge unserer Partei ist trotz der Herstellung einer für Oesterreich ungewöhn- lich großen Auflage nach wenigen Monaten vergriffen gewesen, so daß nun eine zweite, durchgesehene Auflage gleichfalls in einer Massenausgabe veröffentlicht werden mußte. In vielen Vereinen und Lokalorganisationen bildeten die einzelnen Ab- schnitte der Programm Broschüre die Grundlage wertvoller Diskussionen. Wir hoffen, daß das auch im Verbreitungsbezirk unseres Blattes häufig der Fall sein wird. Wir erwarten, daß alle Genossen, die diese Schrift bisher noch nicht besitzen, sie nun anschaffen und auch gründlich durchstudieren. Es wird dies zum Vorteil für jeden Genossen und zum Nutzen der ganzen Partei ausschlagen.

„Die Schwindsucht der Arbeiter, ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung.“ Von dem auf dem Ge- biete der Gewerbehygiene und der Tuberkuloseforschung rüh- mlichst bekannten Berliner Arzt Professor Dr. Sommerfeld, ist im Verlag von Alexander Schlichte u. Komp., Berlin NW. 6 und Stuttgart eine 64 Seiten starke Broschüre: „Die Schwindsucht der Arbeiter, ihre Ursachen, Häufigkeit und Verhütung“ erschienen.

Im ersten Abschnitt bespricht der Verfasser die Ursachen, das Wesen und die Bedeutung der Tuberkulose sowie den Ein- fluß der verschiedenen Gefahren der Berufstätigkeit, und der mannigfachen krankhaften Zustände des Körpers auf die Ent- wicklung der Seuche, wobei der „gewerbliche Staub“ und die „Staublunge“ mit besonderer Sorgfalt besprochen werden. Eigene Statistiken des Verfassers und wichtige Veröffentlichungen anderer Schriftsteller zeigen in dem zweiten Abschnitt die Verbreitung der Tuberkulose in den verschiedenen Berufsarten.

Der dritte Teil umfaßt die Maßnahmen, die zur Ver- hütung der Ansteckung und zur Erhöhung der Widerstandsfähig- keit des Körpers erforderlich sind und schildert die Krankheits- ercheinungen, hinter denen sich die Tuberkulose nicht selten ver- birgt. Bemerkungen über Augenheilstätten, Walderholungsstätten und Fürsorgestellen bilden den Abschluß der Broschüre.

Die Arbeit Sommerfelds ist nicht eine einfache Vermehrung der schon umfangreichen, volkstümlichen Tuberkulose-Literatur, sondern bringt wertvolle neue Gesichtspunkte, die gerade er auf Grund jahrzehntelanger Studien besonders beherrscht. Die Sprache ist einfach und klar die Darstellung.

Um eine weite Verbreitung der lehrreichen Schrift zu er- möglichen, ist von der gut ausgestatteten Broschüre, die im Buch- handel 1 Mk. kostet, eine Volksausgabe zum Preise von 20 Pf. (bei einem Bezuge von mindestens 20 Exemplaren) her- gestellt.

Die Anschaffung ist jedem, der sich für die Bekämpfung der Tuberkulose interessiert und der sich selber schützen will, vor allem den Ärzten, Verwaltungsbeamten, Sozialhygienikern und der werktätigen Bevölkerung aufs wärmste zu empfehlen.

Eingelendet.

(Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

Wunderbare Eigenschaften des menschlichen Blutes.

„Schafft Eisen Euch ins Blut! lautet ein altes Säge- wort der medizinischen Wissenschaft. Das ist nach den neueren Forschungen nicht mehr ganz richtig. „Schafft Euch Mineral- salze ins Blut, besonders auch Eisensalze“ müßte es heißen. Nur dadurch wird es befähigt, seine Aufgabe ganz zu erfüllen, alle Organe des Körpers ausreichend mit allen nötigen Nähr- stoffen und mit dem zu deren Verarbeitung nötigen Sauer- stoffe zu versorgen, die schädlichen Ueberreste aber durch die Nieren, durch die Hautporen u. s. w. zu entfernen.

Wo das nicht geschieht, da leidet der Organismus Mangel an Stoffen, die er braucht und hat Ueberfluß an Stoffen, die ihm schädlich sind, die das Blut vergiften, die Nerven lähmen und damit ist Krankheiten aller Art Tür und Tor geöffnet.

Sicht, Rheumatismus, Strophuloje, Blut- stockungen, Hautkrankheiten, Knochenleiden, Leber- und Nierenleiden, Nerven Schwäche, Mattigkeit, Verdauungsstörungen, Kopf- schmerzen, übermäßige Körperfülle, Neigung zu Erkältungskrankheiten aller Art, Arterienverkalkung, Entzündungen und viele an- dere Leiden stellen sich ein und der Mensch altert um 10 bis 20 Jahre früher als andere, deren Blut gesund und deren Körper infolge- dessen kräftiger und widerstandsfähiger ist.

Alle äußeren Abhärtungsversuche nützen nichts, wenn die Blutbeschaffenheit nicht die richtige ist. Ist sie das, so be- darf es keiner besonderen Abhärtung, der Körper ist in sich selbst gegen Krankheit und schädliche Einflüsse gesichert. Dem Organismus müssen deshalb die fehlenden Mine- ralsalze in aufnahmefähiger Form dargeboten werden. Von

Abonnieret die „Arbeiter-Zeitung“.

diesen Gesichtspunkten aus ist das von vereidigten Fachleuten und Sachverständigen bestens empfohlene Dr. Schröders „Menascin“ zusammengefasst, und das diese Zusammenstellung genau das Richtige trifft, beweisen die Tausende anerkennender Berichte von Leuten, die es gebraucht haben. Sie füllen ein ganzes Buch, es dürfte aber genügen, hier einige wiederzugeben.

Herr Bruno Admels in Langenöls schreibt: Ich erlaube mir nun doch, ein paar Worte zu schreiben. Als ich von der zweiten Schachtel die Hälfte verbraucht hatte, bekam ich wieder Appetit und hatte auch wieder Stuhlgang. Schwindel und Kopfschmerz sind bereits behoben, auch das Hautjucken und Angstgefühl ist beseitigt, das unregelmäßige Herzklappen wird auch noch nachlassen. Gätte ich das Mittel schon früher gewußt, hätte ich mir schon längst dieses Mittel empfohlen sein lassen, da es mir an einer gründlichen Blutreinigung gefehlt hat, denn ich hatte sonst immer Geschwüre und ein Geräusch im Herzen, da wird auch das Blut nicht rein gewesen sein. Ich spreche hiermit meinen verbindlichen Dank aus und werde, soviel wie ich kann, meinen Freunden, Bekannten und Verwandten dieses gut bewährte Mittel sehr empfehlen.

Herr Grünbauer in Wildenruth berichtet: Auf Ihren Brief vom 2. d. M. will ich Antwort geben, daß „Menascin“ mir geholfen hat. Nach der ersten Schachtel fand ich schon Besserung. Nach der zweiten habe ich schon Rückenschmerzen und Rheumatismus verloren, ich habe bloß noch ein wenig Ohrenlaufen. Ich kann Ihnen mitteilen, daß ich die Krankheit schon jahrelang habe und jetzt verschwindet sie auf einmal, wofür ich Ihnen sehr dankbar bin. Ich habe oft kaum mehr gehen können vor lauter Rückenschmerzen und jetzt bin ich wieder ganz frisch und gesund. Herr Schröder, ich werde und kann Sie überall empfehlen, da Herr „Menascin“ mir geholfen hat.

Ein besonderer Vorzug des Dr. Schröderschen „Menascin“ ist die Art, wie es angeboten wird. Wenn man sonst irgendein Mittel versuchen will, so muß man es kaufen und auf eigene Kosten versuchen, ob es etwas taugt. Von Dr. Schröders „Menascin“ erhält jeder, der es versuchen möchte, ganz kostenlos und portofrei eine Probe zugesandt. Man braucht nur unter Bezugnahme auf diese Zeitung eine Postkarte an Dr. S. Schröder, G. m. b. H., Berlin 35, Postfach S. 144, zu schreiben, in der man seine genaue Adresse angibt und man erhält sofort eine Probebox dieses hilfreichen Mittels gratis zugesandt. Zugleich folgt, ebenfalls gratis, ein Buch mit, in welchem man Aufklärungen über alle durch unreines Blut entstandenen Leiden findet.

Da der Versuch also gar nichts kostet, so sollte ihn jeder sofort machen, der mit seinem Befinden nicht zufrieden ist, denn die Wahrscheinlichkeit spricht doch dafür, daß ein Mittel, dessen überraschend gute Wirkung Tausende bezeugen, auch in tausenden weiteren Fällen helfen wird. Man muß sich nur bald entschließen und es nicht erst zum Neuesten kommen lassen. Besser, man schreibt heute als morgen, denn einen Tag länger gesund sein, heißt einen Tag länger leben.

Es ist festgestellt worden, daß jene Hausfrauen, welche für ihre Wäsche, sei es Bett- oder Leibwäsche, gute Leinwand verwenden, dieselbe aus der bestrenommierten Leinenweberei Josef Kraus in Nachod beziehen. Diese Firma liefert vorzügliche Qualitäten von Leinenwaren zu außerordentlich billigen Preisen und ist die Reellität und Solidität ihrer Erzeugnisse seit 44 Jahren rühmlichst bekannt. Preisliste und Muster sehen allen Hausfrauen gratis und franko zu Diensten.

Mitteilungen der Zentrale.

Zentralausschussigung am 23. Februar 1911. — Gemeinsame Beratung mit den gewählten Vorstandsmitgliedern der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt. — Bericht über die Bewegung unter den Staatsbediensteten in Triest und Stellungnahme unserer Organisation hierzu. — Bericht über die Bewegung unter der Arbeiterschaft in der Nordbahnwerkstätte in Floridsdorf und Fassung der diesbezüglich notwendigen Beschlüsse. — Verwaltungskomiteesigung am 24. Februar 1911. — Entgegennahme des Berichtes der Sekretäre für Böhmen und Mähren über die tschechisch-separatistische Bewegung unter den Eisenbahnern in Böhmen und Mähren. — Erledigung des vorliegenden Einlaufes.

Sprechsaal.

An die geehrten Ortsgruppenleitungen zur besonderen Beachtung!

In Angelegenheit des von den Vereinen zu entrichtenden Gebührenäquivalents treten die Steuerbehörden auch an unsere einzelnen Ortsgruppen mit der Aufforderung heran, die zum Zwecke der Berechnung des Gebührenäquivalents nötigen Einkommnisse und dergleichen in Vorlage zu bringen.

Diesbezüglich stellt nun die Zentrale an die geehrten Ortsgruppenleitungen das Ersuchen, im Falle einer solchen Aufforderung der betreffenden Steuerbehörde bekanntzugeben, daß die einzelnen Ortsgruppen keine selbständigen Vereine sind, und daher das Einkommnis zur Berechnung des Gebührenäquivalents von der Vereinsleitung (Zentrale) in Wien für den ganzen Verein beim k. k. Zentralrat und Gebührenbemessungsamt in Wien eingereicht wird.

Die Zentrale wird übrigens um die Enthebung von der Entrichtung eines Gebührenäquivalents einkommen.

Die Zentraleitung.

Vertrauensmänner der Wiener Bahnerhaltungsarbeiter, Achtung!

Montag den 6. März 1911, um 7 Uhr abends, in XV., Gasgasse 3, Vollversammlung der Vertrauensmänner. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Wahl der Hauptvertrauensmänner.

Die Vertrauensmänner der Bahnerhaltungsarbeiter werden ersucht, bei dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen.

An die Mitglieder des Lebensmittelmagazins der k. k. Staatsbahnen in Knittelfeld.

Die Generalversammlung wird Sonntag den 19. März stattfinden. Es ist Sorge zu tragen, daß die Mitglieder sich zahlreich beteiligen. Anfragen sind an die Ortsgruppenleitung in Knittelfeld, Vobmingergasse 33, zu richten.

Offene Anfragen.

An die k. k. Staatsbahndirektion in Linz.

Die Wächter der k. k. Bahnerhaltungssektion Frankensmarkt sind noch immer von dem 16stündigen, dienstfreien Tag ausgeschlossen. Die betroffenen Wächter bitten eine k. k. Staatsbahndirektion in Linz, auf die k. k. Bahnerhaltungssektion Frankensmarkt einzurücken, daß auch diese für die unterstellten Wächter den 16stündigen dienstfreien Tag einführen möge.

Freie Eisenbahnerversammlungen.

Gaisbach-Wartberg. Am Sonntag den 5. März, um 2 Uhr nachmittags, findet hier in Bergsleitners Gasthaus eine allgemein zugängliche Vereinsversammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung statt. Referent Genosse Ehart, Obmann des Arbeiterschusses aus Linz. Die Genossen und Kollegen samt ihren Frauen sollen alle erscheinen.

Linz-Neufahr. Am Samstag den 11. März, präzis 7/8 Uhr abends, findet im Salon des Herrn Wipplinger, Wiener Reichsstraße in Linz, die ganzjährige Generalversammlung statt. Die Genossen werden ersucht, hierzu vollzählig zu erscheinen.

Am Sonntag den 12. März, Eisenbahnerversammlung nach § 2 in Pöhlung (Pöhlbahn). Anfang 2 Uhr nachmittags, in der Bahnhofrestauration, wozu alle Genossen erscheinen wollen. Referent Genosse Weiser aus Linz.

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein für Oesterreich.

Ortsgruppe Schwarzach. Sämtliche Zuschriften sind an den Genossen Klausenhof, Bahnrichter in Schwarzach-St. Veit, zu adressieren.

Ortsgruppe Kleinreifling. Alle Zuschriften sind an den Genossen Alois Schneider, Verschieber in Klein-Reifling zu senden.

Ortsgruppe Marchegg. Am 6. März um 1/8 Uhr abends findet im Gasthaus des Herrn Teusch die Generalversammlung der Ortsgruppe statt. Referent aus Wien. Jene Mitglieder, welche Bücher aus der Bibliothek entliehen haben, werden ersucht, dieselben bis 3. März dem Bibliothekar, Genossen Oswald, zurückzustellen.

Genossenschaft Oösterreich. Der Zahlstellenleiter des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines, Genosse Franz Pfisterer, warnt alle diejenigen, welche behaupten, daß er als Funktionär der Organisation so große Einkünfte zc. hat. Genosse Pfisterer hat viel Mühe und Plage, wie jeder Funktionär, welche er gern und uneigennützig auf sich nimmt und daher jede derartige Äußerung als Verleumdung gerichtlich verfolgen lassen wird.

Ortsgruppe Leobersdorf. Es diene den geehrten Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag den 5. März um 1/4 Uhr nachmittags in Herrn Haubers Gasthaus in Leobersdorf die Generalversammlung stattfindet und werden alle Kollegen ersucht, bei derselben zu erscheinen.

Zahlstelle Groß-Weikersdorf. Die Generalversammlung findet am 5. März um 2 Uhr nachmittags in Herrn Maurers Restauration statt. Referent aus Wien.

Gleichzeitig werden jene Mitglieder, die sich mit ihren Monatsbeiträgen im Rückstand befinden, ersucht, ehestens nachzuzahlen, damit der Kassier den Rechenschaftsbericht erstellen kann.

Ortsgruppe Wiener-Neustadt. Am 5. März 1911, 5 Uhr abends, findet im Arbeiterheim die diesjährige Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Funktionäre. 2. Neuwahl des Ausschusses. 3. Vortrag eines Referenten der Zentrale und Vortrag des Genossen Herrn Schönfeld. 4. Eventuelles.

Es werden alle Mitglieder aufs höflichste ersucht, samt ihren Frauen bestimmt zu erscheinen.

Zahlstelle Hallein. Den 5. März um 1/4 Uhr nachmittags findet die konstituierende Versammlung der Ortsgruppe mit Neuwahl der Leitung und Vortrag statt. Die dienstfreien Kollegen werden ersucht, sich zahlreich und pünktlich einzufinden. Versammlungsort: Gasthaus „zur Kugel“. Gäste sind herzlich willkommen.

Ortsgruppe Sudweis. Den Mitgliedern des Sterbefonds wird bekanntgegeben, daß für die verstorbene Gattin des Genossen Vinzenz Kotel per Mitglied 20 S. zu bezahlen sind.

Zahlstelle Fejzmitz. Sonntag den 12. März l. J. findet um 3 Uhr nachmittags im Gasthaus des Herrn Schwarz, „na Horecku“, eine Versammlung der Eisenbahnbediensteten und Arbeiter statt. Referent aus Brünn.

Genossen, erscheint alle und bringt eure Bekannten mit.

Ortsgruppe Bilin. Die Generalversammlung findet am 12. März um 8 Uhr abends im Vereinslokal Bahnerestauration, Hattstella, statt.

Die dienstfreien Kollegen werden ersucht, bestimmt zu kommen und die Frauen mitzubringen.

Ortsgruppe Wels. Samstag den 4. März um 8 Uhr abends findet in Herrn Brudschweigers Gasthof, Westbahnstraße, eine freie, allgemein zugängliche Eisenbahnerversammlung statt mit der Tagesordnung: Die Wohnungsfürsorge auf den k. k. Staatsbahnen und der Bau von Personalhäusern. Referent: Reichsratsabgeordneter Rudolf Müller. In Anbetracht der Wichtigkeit dieser Versammlung wird um sehr zahlreiches Erscheinen ersucht.

Ortsgruppe Yorderberg. Die Generalversammlung findet am 4. März um 1/8 Uhr abends im Gasthaus Perisutti statt. Die dienstfreien Kollegen wollen zahlreich und pünktlich erscheinen.

Ortsgruppe Grubbach. Die Generalversammlung findet Sonntag den 12. März um 2 Uhr nachmittags in Scherzers Gasthaus in Grubbach statt. Referent aus Wien. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich und pünktlich an dieser Versammlung zu beteiligen.

Ortsgruppe Leoben. Die Generalversammlung findet am 5. März um 2 Uhr nachmittags im Hotel Wöler statt. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe St. Pölten. Die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Ortsgruppe St. Pölten findet am 5. März 1911 im Gasthaus des Herrn Gareis, Parkpromenade Nr. 8, um 2 Uhr nachmittags statt.

Ortsgruppe Reichenberg. Am Sonntag den 12. März 1911, nachmittags 1/3 Uhr, findet im Vereinshaare, Reichenberg, Johannesgasse 8, die diesjährige Generalversammlung statt. Mitglieder, erscheint pünktlich und zahlreich.

Die auf den 4. März 1911 fallende Monatsversammlung wird nicht abgehalten.

Ortsgruppe Mährisch-Schönberg. Die Monatsversammlung wird den 6. März um 8 Uhr abends abgehalten. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Ortsgruppe Bregenz. Die Generalversammlung wird Samstag den 4. März im Restaurant „Walderbahnhof“ abgehalten. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Zahlstelle Wilkendorf. Am 5. März findet in der Restauration des Herrn Leopold Zotter in Wilkendorf eine Versammlung nach § 2 des Vereinsgesetzes statt. Anfang 1/2 Uhr nachmittags. Die dienstfreien Genossen werden aufgefordert, sich zahlreich zu beteiligen, da sehr wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind. Referent aus Wien.

Ortsgruppe Knittelfeld. Wir geben hiermit unseren P. T. Mitgliedern bekannt, daß die am 5. März um 1/4 Uhr nachmittags stattfindende Monatsversammlung nicht im Gasthaus Steinkellner, sondern im Gasthaus des Herrn Julius Leitner in Knittelfeld, Bahnstraße, stattfinden wird.

Ortsgruppe Knittelfeld. Am Samstag den 4. März, abends 8 Uhr, findet im Lokal des Herrn Wildauer die Generalversammlung statt und werden die Genossen ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Inhalt der Nummer 6 vom 20. Februar 1911.

Artikel: Der Dienstweg. Zur Verstaatlichung der Spangbahn II. Klassenbewußtsein und Selbstbewußtsein. Unsere Presse. Kreuz und quer unter den Eisenbahnern Deutschlands. Staatsnotwendigkeiten oder Volksnotwendigkeiten. Rechtsprechung in den Disziplinarämtern. Reformgedanken eines Nationalisten. Die Wirtschaft bei der A. T. C.

Feuilleton: Der Maskenball.

Inland: Nationale Wutausbrüche. Statt Eisenbahnen Kriegsschiffe. Das arme Oesterreich. Schrecklich! Differenzen bei der Uebernahme der St. C. G. Die Günstlingswirtschaft bei der Nordwestbahndirektion.

Ausland: Der Bau des Panamakanals. Die Staatsbahnen Australiens im Jahre 1910. Ein schweres Eisenbahnglück in Frankreich.

Aus dem Gerichtssaal: Gewissenlose Bahnärzte. Die Verantwortung des Eisenbahners. Die Bedeutung des Folgesignales. Ein Verschubunfall am Westbahnhof. Verletzung durch ein Kohlenstück.

Streiflichter: „Die Eisenbahn ist ein kaufmännisches Unternehmen.“ Unjüdische Spaxerei. Die k. k. Staatsbahndirektion Willach. Das Lebensmittelmagazin der k. k. Nordbahndirektion. An die Unterbeamten, Diener und Arbeiter der A. T. C. Die Kanzleidiener der Einnahmekontrolle der Südbahn. Von der Bahnerhaltung in der Staatsbahndirektion Willach.

Korrespondenzen: Oöbern. Wien II. Laa an der Thaya. Marienbad. Czernowitz. Znam. Troppau. Leipzig. Lambach in Oberösterreich. Eichberg. Steyregg. Proßnitz. Wiese. Rudig. Zellweg. Eijenberg. Linz. Jgau. Westendorf. Breitenstein am Semmering. Maria-Rain. Willach. Stadlau.

Versammlungsberichte: Arafau. Mästergrab. Baldhofen a. d. Pöb. Willach. Wiener-Neustadt. Lemberg. Komotau.

Aus den Organisationen: Salzburg. Straßmarchen. Dehendorf. Amstetten. Werau. Obertraun. Wien XIV. Teischen. Klagenfurt. Seitzthal. Schwarzach-St. Veit. Jglaun. Heiligenstadt.

Literatur: Unsere Märzzeitung.

Mitteilungen der Zentrale: Zentralausschussigung.

Sprechsaal: An das gesamte Personal der österreichischen Privatbahnen. An unsere Ortsgruppen- und Zahlstellenleitungen der Privatbahnen. Druckfehlerberichtigung. Achtung, Wächter und Ablöswächter der Strecke Stadlau-Marchegg und Stadlau-Grubbach.

Offene Anfragen: An die Bahndirektion der Südbahn. An die Direktion der St. C. G. An die Direktion der St. C. G. An die Staatsbahndirektion Olmütz. An das Eisenbahnministerium.

Freie Eisenbahnerversammlungen: Bärn und Umgebung.

Allgemeiner Rechtsschutz- und Gewerkschaftsverein: Böckstein. Mauthausen. Eug. Mästergrab. Spittal an der Drau. Bräu. Jelenitz. Wien XV. Komotau. Furch im Walde. Lichtenau. Hierzdorf. Brünn II. Seitzthal. Tannwald-Schumburg. Jiebig. Weiskirchitz. Purkersdorf. Goding. Liebesitz. Braunau am Inn. Priesen.

Briefkasten der Redaktion.

Säulenstein. Die heutige ordentliche Delegiertenversammlung unserer Organisation wird jedenfalls zur Frage der Einführung der Sterbeunterstützung Stellung nehmen und über diese Frage entscheiden. — A. S., Bodenbach. Zu 1. Wagenschmierer sind Tagelohnbedienstete. Zu 3. Könnten wir nur beantworten, wenn uns Ihre Tunes bekannt wäre. Zu 4. Wenn Sie das Schlosserhandwerk erlernt haben, als Wagenschmierer. — Cheminot, Berlin. Raummangels halber nächste Nummer. Velen Grub! — J. Voldlechner, Obervertrieber in Eisen-erz. Da Sie „durch unzuverlässige Aufnahmen in Fachblatt sich Personell betroffen fühlen, das mich eines freuntlichen Bliges nicht ferreid“, so tun wir Ihre Daragnummern 19 in den Maul des Babelstropf stecken, der sie verschlungen haben tud“.

— Wolfberg. In dieser Form nicht verwendbar. Graz II. Leider gibt es überall Demunzianten und Zuträger, die sich durch niedere Kriecherei einnisten und dann, wenn sie warm sind, ihre Kollegen vernabern. — Mährisch-Schönberg. Die zweite Einsegnung ist so unklar, daß wir beim besten Willen daraus nicht klug werden. Wir bitten um klare, kurze Tatsachen, ohne jede Verleumdung in Medensarten. — Au mehrere Einsender.

Infolge Mangelns mußten mehrere Einsegnungen zurückbleiben. Gleichzeitig machen wir unsere Vertrauensmänner aufmerksam, daß der „Eisenbahner“ von nun an stets um einen Tag früher erscheinen wird, wie bisher, deshalb sind Einsegnungen an unser Fachblatt stets rechtzeitig zu machen. — Friedberg. Zu 1. Die Bahnanlagen dürfen überhaupt nicht als Gehweg benutzt werden. Zu 2. Nur wenn dies der Bahndienst erfordert oder bei der Verfolgung strafgerichtlicher zu ahnender Handlungen. Zu 3. Falls die Uebertretungen dieser Vorschriften nicht nach dem Strafgesetz zu verfolgen sind, bestraft diese die politische Behörde im Rahmen ihres Strafgesetzes.

Advertisement for 'Langsam aber sicher' (Slowly but surely) coffee. It features an illustration of a horse-drawn carriage and text stating that the coffee is safe for the human body, especially for the stomach, heart, and nerves, and is free of caffeine. It also mentions that it is made from coffee-free beans and that the harmful effects of coffee are removed.

Inlerate

Für den Inhalt der Inlerate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.

Für den Inhalt der Inlerate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.

MAGGI's Würfel
a 5 h
sind die besten!

Achtung!

Durch Übernahme einer Kontostaffe von circa 3000 Posten Herbst- und Winterkleidern für Herren und Knaben, wie auch aus Verfallenen eleganten, fast neue Verhängnisse, Winterroben, Wadenstiefel, Stiefel- und Jagdweste, Frack, Smoking- und Salonanzüge etc. gelangen zum Detailverkauf erkauflich billig. Ch. Ritter, f. f. handelsgerichtlich bestellter Schmeißer, Wien, III., Löwendgasse Nr. 26.

Provinzialverband prompt.

Gegen bequeme

Teilzahlungen

liefern wir **Photogr. Apparate** all. Systeme in allen Preislagen, ferner Original-**Goerz' Trieder-Binocles** f. Reise, Jagd, Militär, Sport etc. Illustrierter Katalog gratis.

Eial & Freund
Wien 26, Mariahilferstr. 103

Grüsslich

hohe Preise werden oft für Herren- und Damenstoffe gezahlt. Dies kann jeder Private vermeiden, wenn er seinen Bedarf in diesen als auch in schlesischen Leinen- und Waschwaren direkt vom Fabrikplatz deckt. — Verlangen Sie daher kostenlose Zusendung meiner reichhaltigen **Frühjahrs- und Sommer-Musterkollektion** und geben Sie gef. an, ob Sie feine oder billigere Ware zu kaufen beabsichtigen. Führe nur erstklassige Erzeugnisse.

Tuchversandhaus Franz Schmidt
Jägerndorf Nr. 76, Oest.-Schles.

!!! Von Verfallenen !!!

Die schönsten Herren- und Damenstoffe, Überzieher 7 Kr., Mäntel, Wetterfägen 4 Kr., Wintermäntel, Regenmäntel, Hüte von 4 Kr. aufwärts, reine Pelze, Frack, Smoking, Salonanzüge etc., feinste Herrenhemden 1 Kr., 1 1/2 Kr., Unterhosen 1 Kr., 1 1/2 Kr., Damenröcke 1 Kr., 1 1/2 Kr., 2 Kr., 3 Kr., 4 Kr., 5 Kr., 6 Kr., 7 Kr., 8 Kr., 9 Kr., 10 Kr., 11 Kr., 12 Kr., 13 Kr., 14 Kr., 15 Kr., 16 Kr., 17 Kr., 18 Kr., 19 Kr., 20 Kr., 21 Kr., 22 Kr., 23 Kr., 24 Kr., 25 Kr., 26 Kr., 27 Kr., 28 Kr., 29 Kr., 30 Kr., 31 Kr., 32 Kr., 33 Kr., 34 Kr., 35 Kr., 36 Kr., 37 Kr., 38 Kr., 39 Kr., 40 Kr., 41 Kr., 42 Kr., 43 Kr., 44 Kr., 45 Kr., 46 Kr., 47 Kr., 48 Kr., 49 Kr., 50 Kr., 51 Kr., 52 Kr., 53 Kr., 54 Kr., 55 Kr., 56 Kr., 57 Kr., 58 Kr., 59 Kr., 60 Kr., 61 Kr., 62 Kr., 63 Kr., 64 Kr., 65 Kr., 66 Kr., 67 Kr., 68 Kr., 69 Kr., 70 Kr., 71 Kr., 72 Kr., 73 Kr., 74 Kr., 75 Kr., 76 Kr., 77 Kr., 78 Kr., 79 Kr., 80 Kr., 81 Kr., 82 Kr., 83 Kr., 84 Kr., 85 Kr., 86 Kr., 87 Kr., 88 Kr., 89 Kr., 90 Kr., 91 Kr., 92 Kr., 93 Kr., 94 Kr., 95 Kr., 96 Kr., 97 Kr., 98 Kr., 99 Kr., 100 Kr.

Ehrenderklärung.

Der Gefertigte nimmt mit Bedauern die gegen Herrn Josef Ellert, Oberkonduktor in Bozen, gemachten Beschimpfungen zurück, desgleichen den grundlosen ehrenrührigen Vorwurf, welchen der Gefertigte gegen Herrn Ellert gleichzeitig mit den Beschimpfungen erhoben hat und leistet hierfür Abbitte.

Bozen, am 31. Dezember 1910.

Sermann Bernthaler m. p., Zugsführer.

Danksgagung.

Für die zahlreiche Beteiligung am Begräbnisse meines teuren Gatten spreche ich meinen innigsten Dank aus; insbesondere danke ich dem Herrn Vorstand, den Herren Beamten sowie dem gesamten Personale.

Die tieftrauernde Witwe **Wilhelmine Karnik.**

Danksgagung.

Allen Freunden und Genossen, die durch Beteiligung am Leidenbegängnisse meiner so früh verstorbenen Tochter Emilie ihre Anteilnahme betunden, danke ich auf diesem Wege bestens. Ebenso danke ich für die zahlreichen Beileidschreiben und Kranzspenden.

Rudolf Weigl.

Erklärung.

Ich **Johann Kühn** bedaure, den Herrn Julius Fleier grundlos einen Betrüger genannt zu haben.

Sprib, im Februar 1911. **Johann Kühn.**

Gemsbart

Ächtlicher Fischbart, neu, mit echter Silberhülle, f. f. patentiert, 18 cm, nur 5 Kronen. Haar und Metall garantiert naturecht. — Nur Nachnahme. — Sedlitz, Willenbeyer, größte Gemsbartfabrik, Krotzbach bei Wess Nr. 10.

Kleiderhaus Albert Kern, Graz

Annenstraße 28.

Überzieher Kr. 18.—, 30.—, 40.—
Modanzug „ 16.—, 28.—, 40.—
Wettertragen „ 10.—, 15.—, 18.—
und aufwärts.

Großes Tuchlager für Maßbestellungen.
Knaben- und Kinderkleider staunend billig.

Gegen Vorweisung der Legitimation gewähre ich dem Bahnpersonal 5 Prozent Rabatt von den festen erichtlichen Preisen.

Illustrierte Kataloge und Muster gratis.

Beste Bezugsquelle!

Billige Bettfedern

1 Kilo neue graue, geschiffene Bettfedern Kr. 2.—, bessere Kr. 2.40 halbweiße Kr. 2.80, weiße Kr. 4.—, bessere Kr. 6.—, Verfallschleif, schneeweiß Kr. 8.—, Daunen, grau Kr. 6.—, 7.— und 8.—, Daunen, weiß Kr. 10.—, Weißhaum Kr. 12.—, Kaiserhaum Kr. 14.— von 6 Kilo an franco.

Fertige Betten

aus dichtfähigem roten, blauen, gelben oder weißen Ranking, eine Zudeck 180x118 cm samt zwei Kopfküßern, diese 80x58 cm genügend gefüllt mit neuen, grauen, dauerhaften Bettfedern Kr. 16.—, Halbbaumen Kr. 20.—, Daunen Kr. 24.—, Tuchent allein Kr. 13.—, 14.— und 16.—, Kopfküßler allein Kr. 3.—, 3.50 und 4.—, Zudeck 180x140 cm groß Kr. 15.—, 15.— und 20.—, Kopfküßler 90x70 cm groß Kr. 4.50, 5.— und 5.50, Unterbett 180x116 cm groß Kr. 13.—, 15.— und 18.—, Kinderbetten, Verfallschleife (fertig genäht oder Stoff), Verfallschleife, Plüschdecken, Stoffdecken, Watragen u. s. w. Billigst bezogen, gegen Nachnahme, Verpackung gratis von Kr. 10.— an franco.

Josef Blahut in Deschenitz 109 (Böhmerwald).

Nichtpassendes umgetauscht oder Geld zurück. — Verlangen Sie die ausführliche illustrierte Preisliste gratis und franco.

Männerkrank-

heiten und Nervenschwäche von Spezialarzt Dr. Kunler. Reicher lehrreicher Ratgeber und Wegweiser zur Verhütung und Heilung von Gehirn- und Rückenmarkserkrankung, Geschlechtsnervenkrankung, Folgen nervenrunder Leiden, Kräfte und Energie und aller sonstigen geheimen Leiden. Für jeden Mann von geradezu unschätzbarem gesundheitlichem Nutzen. Für Kron 1.50 Briefmarken franco von Dr. med. Kunler, Genf 881 (Schweiz).

Gasthof und Café-Restaurant „Elisabeth“

Innsbruck Maximilianstraße Innsbruck
(nächst dem Südbahnhof, Haltestelle der elektrischen Bahn).

Empfehle den Herren Eisenbahnern auf der Urlaubsreise meinen ganz neu eingerichteten Gasthof.

Bürgerliche Preise. Betten von K 1.50 an.

Gute Tiroler Weine, Pilsner und Innsbrucker Bier.

Alois Leitner, Restaurateur.
Treffpunkt der Eisenbahner.

Benützen Sie bei Vergebung von Druckaufträgen nur die Telephonnummern **2364 oder 3545** der modernst eingerichteten

DRUCK- UND VERLAGSANSTALT „VORWÄRTS“

Wien, V. Wienstrasse 89A

1 Legitimationsbild K 1-20
3 Legitimationsbilder nur K 2.—

bei **Anton Knoll**
Atelier für Photographien aller Art
Wien II, k. k. Prater, Kronprinz Rudolfstraße 8.

Danksgagung.

Die Gefertigte spricht auf diesem Wege allen Teilnehmern für die zahlreiche Beteiligung am Leidenbegängnisse ihres innigstgeliebten Gatten **Johann Böhm**, Konzeptionsrat in Wien, welches am 31. Jänner d. J., ferner den korporativ erschienenen Eisenbahnern für deren Unterstützung und Kranzspenden, dem Alexanderfelder Arbeiter-Verein für den schönen Trauergang am Grabe des teuren Verstorbenen und insbesondere dem Herrn **Hönigsman** für den tief empfundenen Nachruf am Grabe ihren herzlichsten Dank aus.

Die tieftrauernde Witwe: **Eufanna Böhm.**

Zu 55 Heller per Meter

werden die beliebten, prachtvollen

WEISSWARENRESTE

wieder, solange Vorrat, von der

Leinenfabrik Jos. Kraus, Nachod VII, Böhmen

versendet.

Probepakete, enthaltend drei lange Reste, zusammen zirka **40 Meter Macowebe**, unverwüßlich und schön, für feinste Wäsche verwendbar, per Nachnahme.

Nichtpassendes wird zurückgenommen, Geld retourniert.

44 jähriger bester Ruf der Firma verbürgt Solidität.

Muster jeder Art schöner Webwaren für Haushalt und Brautausstattung **kostenlos.**

Gelegenheitskauf 3 Monate Kredit!

Diese hochfeine, echt silb. Remontoir-Herrenuhr, mit doppeltem Goldband, Wert nur K 21.—. Dieselbe Uhr mit echt silbernem Staudmodell kostet nur K 31.—. Diese hochfeine Remontoir-Damenuhr kostet in echt Silber mit doppeltem Goldband nur K 21.—, in echt Gold nur K 42.—. Die Uhren sind von erstklassigen Uhrmachern genau abgemessen und haben die Garantie 3 Jahre. Garantie! Nur diese vier erstklassigen Uhren werden gefertigt, daher die große Bekanntheit! (Präzise Zeitmesser, hochfeine Arbeit)

zu jeder Uhr gratis keine Nachnahme, 3 Monate Kredit, auch bei sofortiger Barzahlung keinen Heller billiger! Die Herren Beamten können sich durch Übernahme der gelegentlichen Verzögerung großen Bedienungsvorteil verschaffen! Bestellen Sie gleich bei der Großfirma **Paul Alfred Goebel, Wien, VIII., Alberggasse 3.**

Seltene Gelegenheit!!!
= Reklümmerner! =

2 Stück Kr. 2.50.

Große genau wie Abbildung, sehr schön gearbeitet, samt Bajung und Ringen, 15 mm Kr. 2.50, 17 mm Kr. 1.—, 20 mm Kr. 3.50 der Paar, solange der Vorrat reicht.

Nur Nachnahme.

Sedlitz, Willenbeyer und Willenbeyer, Krotzbach bei Wess Nr. 10.

Um meine Waschmaschinen à 24 Kronen

mit einem Schläge überall einzuführen, habe ich mich entschlossen dieselben zu obigen billigen en gros-Preis ohne Nachnahme zur Probe zu senden! Kein Kaufzwang! Ziel 3 Monat! Durch Seifenersparnis verdient sich die Maschine in kurzer Zeit! Leichte Handhabung! Leistet mehr wie eine Maschine zu 70 Kronen! Die Maschine ist aus Holz, nicht aus Blech und ist unverwüßlich! Grösste Arbeitserleichterung! Schont die Wäsche wie bei der Handarbeit! — Schreiben Sie sofort an:

Paul Alfred Goebel, Wien, VIII., Alberggasse Nr. 3

Vertreter auch zu gelegentlichem Verkauf überall gesucht. Bitte nicht zu vergessen, die Bahnstation anzugeben, nach welcher die Maschine geschickt werden soll.

Grammophone

auf Teilzahlung

ohne jedweden Preisaufschlag.

Nebenstehendes wirklich feines Grammophon (Modell B), Kasten 30x30x13 cm, mit prachtvollem, goldverzertem Blumentrichter von 50x46 cm, ganze Höhe des Grammophons 75 cm, mit Präzisionsaufwerk, Tonarm und Ideal-Konzertmembran, von kräftigster, reinsten Wiedergabe, nebst 10 grossen, doppelseitigen, garantierter neuen Platten in jeder gewünschten Sprache erhalten Sie um nur

75 Kronen

bei 20 K Anzahlung und 5 K Monatsraten, also bei ganzjähriger bequemer Abzahlung und dreijähriger Garantie. Die Anzahlung wird nebst 3 K für postfähige Verpackung (also zusammen 23 K) der Sendung unmittelbar nachgenommen. — Bei eventueller sofortiger Ausbezahlung gewähren wir 5 Prozent Nachlass.

Landstrasser Grammophon-Versandhaus
Wien, III., Thomasplatz 8.

Grösstes und reellstes Exportgeschäft der Monarchie. Viele Anerkennungs-schreiben aus Kreisen der Herren Bahnbediensteten liegen auf.

MÖBEL

Fünfhauser Möbelniederlage

M. Eisenhammer 142
Wien, XV., Mariahilferstrasse Nr. 142

(neben der Löwendrogerie Schawerda)

politierte Zimmereinrichtungen à Kr. 130, 150, 170, 200 u. 240. Küchenrichtungen von Kr. 34 aufwärts. — Komplette Schlaf- und Speisezimmer von Kr. 280. — Moderne Kücheneinrichtungen, gran, weiß, grün, à Kr. 70. — Patentbetten von Kr. 9.— und Matrasen, breittelig von Kr. 12.— aufwärts. — Eine Gelegenheit billig in großer Auswahl. Kleiner Preis für die Provinz gratis. Großer Möbelkatalog gegen 60 Heller Briefmarken franco.

Briefliche Bestellungen streng wie bei persönlicher Auswahl.

Zunächst in allen Bahnhöfen und Bestellen Wiens kostenfrei.

Warnung! Um meine B. L. Kunden vor Schäden durch Irrführung zu bewahren, achten Sie genau auf meine Firma **Fünfhauser Möbelniederlage**, da eine Konkurrenz meine Kundennummer als Preis nichtbraucht, um meine p. t. Kunden zu täuschen. Warten Sie auf die gelben Zettel vor dem Geschäftsort.

Sie sind erst dann in dem richtigen Geschäft, wenn Sie meine Schutzmarke „Eisenhammer“ in Lebensgröße in meinem Schaufenster sehen.

Wetter Herr!

Teile Ihnen mit, daß ich die bestellten Möbelfüße schon am 22. Oktober 1910 erhalten habe und hierüber meine volle Zufriedenheit ausspreche; werde mich daher beim nächsten Betrachter an Sie wenden.

Marburg. Hochachtungsvoll **Johann Mannes, Konduktor-Zugsführer.**

Euer Wohlgeborener!

Mit den mir im vorigen Jahre gefandten Möbeln war ich sehr zufrieden und erlaube Sie, mir nachstehende Möbel zu senden u. s. w.

Marientbad. Hochachtungsvoll **Johann Ruit.**

Die

„Patent-Korkkappe“

ist die beste Uniformkappe der Gegenwart.

K. u. k. Hof-Uniformen-, Uniformsorten- u. Tuchfabriken

Wilhelm Beck & Söhne

Zentrale: Wien, VIII., Langedgasse Nr. 1.
Fabrik: Wien, VI., Bezirk, Hirschengasse Nr. 25.

Sprechmaschinen u. Platten

Jeder Apparat mit 3 Jahre Garantie.

Ohne Anzahlung

3 Kronen monatlich.

Jedes Wort und Platte ein Wechselstück; direkt ab einziges Spezialattributionsergebnis:

LEOP. KIMPINK
Wien VII, Kaiserstrasse 65

Kein Cassentabell. Anstellungskasse der Fabrik. — Man verlange nur ausdrücklich Katalog 100 (gratis überallhin).

Um die Konkurrenz zu übertreffen, will ich einen verschenken

ich liefere diese vier extra starken, echten, hochmodernen, reinen Aluminium-Kochtöpfe mit Deckeln für nur Kr. 27.— und gebe diese wunderrolle Aluminium-Kuchenform und einen Patent-Topfsteiger unsonst dazu. Keine Nachnahme, sondern 3 Monate Credit! Niemand veräume diese Gelegenheit!

Paul Alfred Goebel, Wien, VIII., Alberggasse 3

Ihre Gesundheit, erhalten Sie, Ihre Schwäche und Schmerzen verschwinden, Ihre Augen, Nerven, Muskeln, Sehnen werden kräftig. Ihr Schlaf gesund. Ihr allgemeines Wohlbefinden stellt sich wieder ein, wenn Sie den echten Feller's Fluid m. d. W. „Eisfluid“ benötigen. Probeduendend 5 Kronen franko. Erzeuger nur Apotheker E. V. Feller in Stubica, Esaplatz Nr. 191 (Kroatien).

Schöne Wäsche

Herrenunterhosen la um K 2-20, 3-20, 3-
 Herrenhemden la um K 2-20, 2-80, 3-40
 Damenhemden la um K 1-40, 2-20, 2-50
 Damenhosen la um K 1-30, 1-50, 2-
 Damenunterröcke la um K 1-40, 2-20, 3-
 40 Meter Beste schöner Stoffe K 17-
 Schreiben Sie um Muster und Illustr. Preisliste.

Fabrik: Dsm. Leled, Böhmerland in Böhmen.

Die Weltmeisterchaft in der Uhren-Industrie endlich erobert!

Die Uebernahme des alleinigen Vertriebes legt mich in die Lage für nur Kr. 4-00 eine elegante, extrafeine, amerikanische 14 Kar. Gold-Doppel Schweizer Taschenuhr zu liefern. Derselbe besitzt ein gut gehendes 36tünd. Unterwerk präzisierter Waage „Speciosa“ und ist auf elektrische Wege mit edelsten Gold überzogen. Garantie für gewissenhaftigen Gang 4 Jahre. 1 Stück Kr. 4-00, 2 Stück Kr. 9-30. Jeder Uhr wird eine fein vergoldete Kette unisona beigelegt. Rückgabe, da Umtausch erlaubt, eventuell Geld retour. Versand per Nachnahme.

E. Holzer, Krafau, Stradom Nr. 18/51.

Parteigenossen!

Bestellen Sie jeder ein Packet fehlerfreier Reste, enthaltend: Besten Hemdenstoff, feinen Hemden- und Kleiderzepp, hochprima Betikanevas, starke Hemdenleinswand, Blandruck, Barchent, Blusen- und Kleiderstoffe etc., alles nur in prima Qualität

40 Meter um 16 K

per Nachnahme. Die Restenlänge ist von 4-10 Meter und kann jeder Rest bestens verwendet werden. Ihr werdet staunen über die Billigkeit und Güte der Waren.

LEOPOLD WLČEK
 Handweber in Nachod Nr. 17, Böhmen.
 Mitglied der politischen Orts- und Fachorganisation.

Im Leben nie wieder!
Statt 16 Kronen nur 6 Kronen!

Durch billigen Einkauf in einer großen Uhrenfabrik verkaufe ich meine Metalle

6K

„Gloria“ Silber-Smit-Remontoir-Uhr

Doppelmantel, schändliches vorzügliches Mem.-Wert, in Steinen laufend, prachtvoll schönes Gehäuse, entwed. Klappen-, Pferd-, Tisch- oder Eichen-Gravierung, solange der Vorrat reicht, um den Spottpreis von

6 Kronen per Stück!

Passende „Gloria“-Kette 1 Krone.
 3 Jahre Garantie. Versand per Nachnahme. Vom Uhren-Exporthaus
Max Böhmel, Wien IV, Margaretenstrasse Nr. 27/9.

Ohne Anzahlung gegen Monatsraten

Illustr. Preiskataloge gratis und franko.

nur erstklassige

Uhren Gold-, Silber- und Alpakasilberwaren

Grammophone

Theater- u. Reisegläser

nur erstklassige

Illustr. Preiskataloge gratis und franko.

Adolf Jirka, Uhrmacher und Juwelier, Krumau a. d. Moldau.

ECHTES KORNBRÖT

von anerkannt vorzüglichster Qualität und Preiswürdigkeit versendet unter den allergünstigsten Bezugsbedingungen die Firma

JOS. REDER, DAMPFBÄCKEREI UND KUNSTMÜHLE GARSTEN BEI STEYR

Oberösterreich. Seit mehr als 30 Jahren Lieferant der k. k. Eisenbahnbediensteten!

Gratis!

Neuer illustrierter Katalog! (Verschlossen für 20 Heller-Marko.)

Pariser Gummi-Spezialitäten

Neuheit für Herren: Stück K 2-.-, Dauernd verwendbar! 3 Jahre Garantie. Per Dutzend: K 4-.-, 6-.-, 8-.-, 10-.-

Olla-Depot, Wien, V/2, Schönbrunnerstr. 141, Mezz. 5.

Zur Probe

NEU! 50 Stücke auf einmal zugleich mit Apparat!

mit Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen, also ohne jede Kaufverpflichtung, lediglich gegen bequeme Teilzahlung

Helfen wir Sprech-Apparate in all. Größen u. Preislagen mit Pathé-Platten, ohne Nadelwechsel spielbar.

Echte Pathé-Platten werden mit einem Saphirstift gespielt, beseitigen mithin den lästigen Nadelwechsel u. nützen sich im Gegensatz zu den übl. Nadelplatten niemals ab. Lieferung zum **Original-Fabrikpreis**

Verlangen Sie unseren illustrierten Katalog gratis. - Postkarte genügt.

Bial & Freund, Wien 48 Mariahilferstr. 103

Billige Bettfedern u. Daunen!

1 Kilo graue geschlossene Kr. 2-.-, halbweiße Kr. 2-80, weiße Kr. 4-.-, prima Daunenweiße Kr. 6-.-, hochprima Schleich, beste Sorte Kr. 8-.-, Daunen, grau Kr. 6-.-, weiß Kr. 10-.-, Größt-Kamm Kr. 12-.-, von 5 Kilo an franko.

= Fertige Betten =

aus blinfädigen, roten, blauen, gelben oder weißen Julet (Ranking), eine Tuchent, Größe 180x116 cm. und 2 Koppkissen, diese 80x68 cm, grünlich gefüllt, mit neuen grauen gereinigten füllfähigen und dauerhaften Federn Kr. 16-.-, Goldkissen Kr. 20-.-, Daunen Kr. 24-.-, Tuchent allein Kr. 12-.-, 14-.-, 16-.-, Koppkissen Kr. 3-.-, 3-50, 4-.-, Tuchent, 180x140 cm groß, Kr. 15-.-, 16-.-, 20-.-, Koppkissen 90 70 oder 80x80 cm Kr. 4-50, 5-.-, 5-50. Unterbetten aus Orabel, 180x116 cm Kr. 13-.-, 15-.-, verleiht gegen Nachnahme, Verpackung gratis von 10 Kr. an franko.

Max Berger in Deschenitz Nr. 1092 (Böhmerwald).

Preisliste über Matratzen, Decken, Nebensäge und alle anderen Bettwaren gratis und franko. - Nichtkonvenientes tausche um oder gebe Geld zurück.

Mechanische Strickereien u. Strickgarnhändler

Kaufleute und Konsumvereine kaufen Strickgarn (Baumwoll- oder Schafwollgarn) am besten und am vortheilhaftesten in der

Ersten Strickgarnfabrik

Brosche & Cie., Reichenberg in Böhmen.

Filiale: Wien, VII, Schottenfeldgasse 21.
 Musterarten gratis.

Erdäpfel-Milchbrot

aus den Hammerbrotwerken.

Ein vortreffliches, ausgiebiges Kaffee- und Tafelgebäck.

Ein Laib kostet 50 h

Nachahmungen sind minderwertig!

Hammerbrotwerke u. Dampfmühle Skaret, Hanusch & Co.
 Schwechat bei Wien.

Bureau: Wien, II, Zirkusgasse Nr. 21
 Telefon 23240.

Heile die Trunksucht

ehe der Trunksüchtige das Gesetz verletzt.

Rette ihn, ehe der Alkohol seine Gesundheit, Arbeitslust und Vermögen zerstört, oder ehe der Tod die Rettung unmöglich gemacht hat.

Coom ist ein Surrogat für Alkohol und bewirkt, dass der Trunksüchtige geistige Getränke verabscheuen wird.
Coom ist vollkommen unschädlich und wirkt so intensiv, dass auch stark trunksüchtige Personen einen Rückfall niemals bekommen.
Coom ist das neueste, was die Wissenschaft in dieser Beziehung hervorgebracht hat und hat derselbe bereits Tausende von Menschen aus der Not, dem Elend und Ruin errettet.
Coom ist ein leicht lösliches Präparat, das z. B. die Hausfrau ihrem Gatten im Morgengetränk geben kann, ohne dass er das geringste davon merkt. In den meisten Fällen versteht der Betroffene gar nicht, weshalb er plötzlich Spiritus nicht verlangen kann, sondern glaubt, dass der übertriebene Genuss davon der Grund dazu sein wird, wie man oft eine gewisse Speise verabscheuen kann, wenn man dieselbe zu oft genossen hat.
Coom sollte jeder Vater seinem Sohne, dem Studenten, geben, ehe er beim Examen durchfällt; wenn er dem Trünke auch nicht besonders ergeben ist, so schwächt der Alkohol dennoch sein Gehirn. Ueberhaupt sollte ein jeder, der nicht willenskräftig genug ist, sich dem Genuss geistiger Getränke zu enthalten, eine Dose Coom einnehmen. Selbiges ist völlig unschädlich. Der Betroffene konserviert dadurch seine Gesundheit und erspart sehr viel Geld, das sonst zu Wein, Bier, Brauntwein oder Likör verwendet worden wäre.

Herr R. F. schreibt: Coom-Institut, Kopenhagen, Dänemark:
 Ich bitte so gütig zu sein, eine Schachtel Coom zu senden mit Postnachnahme à K 10-.-. Ich habe einen Freund, der sich sehr stark dem Trünke ergeben hat, und möchte ihn gern abgewöhnen. Mit dem bis jetzt gesandten Coom habe ich schon drei Personen abgewöhnt und sind jetzt ganz tüchtige Männer, nur wollen sich die Menschen bei uns nicht anreden lassen. Vielmals dankend, verbleibe, ich Sie ehrend,
 R. F., Dösgyör gyartelep 1910, XI/23, Ungarn.

Das Coom-Präparat kostet 10 Kronen und wird versandt gegen Vorauszahlung oder gegen Nachnahme nur durch:

COOM-INSTITUT Kopenhagen 314, Dänemark.

Briefe sind mit 25 Heller, Postkarten mit 10 Heller zu frankieren.